

Die Notenbank- und die Währungs-Frage.

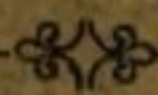
Gemeinfasslich dargestellt

von

Dr. Karl Walcker.

„Du choc des opinions jaillit
la vérité.“

Buffon.



Berlin, 1876.

Haude- & Spener'sche Buchhandlung.
(F. Weidling.)

Dessauer-Strasse 34a.

Merc. 260 ⁱ

Walchen

Die Notenbank-
und
die Währungs-Frage.

Gemeinfasslich dargestellt

von

Dr. Karl Walcker.

„Du choc des opinions jaillit
la vérité.“

Buffon.

Berlin, 1876.

Haude- & Spener'sche Buchhandlung.

(F. Weidling.)

Dessauer-Strasse 34a.

Die Notenbank-

am



Das Uebersetzungsrecht wird vorbehalten.

Vorrede.

Die vorliegende Schrift ist nicht blos für Gelehrte, sondern auch für die zahlreichen Geschäftsmänner bestimmt, welche ein theoretisches, oder praktisches Interesse an der Bankfrage haben. Die halbamtliche Provinzial-Correspondenz sagte im Febr. oder März 1875 in einem Rückblick auf den parlamentarischen Bankstreit, das Ziel der Bankreform müsse im Fortschritt zu vollgedeckten Noten (oder Münzscheinen) gesucht werden. Auch der angesehenste Vertheidiger des Notenwesens, Prof. A. Wagner, sagt in seiner Schrift über die Zettelbankreform (1875 S. 6), dass der Gesetzentwurf des Reichskanzleramtes (der ja im Wesentlichen Gesetz geworden ist) folgerichtig zur Volldeckung der Noten, zur Ersetzung derselben durch Münzscheine führe.

Die Veränderungen, welche mit diesem Vorgange verbunden wären, werden zwar häufig von pessimistischen Notenfreunden überschätzt; aber trotzdem bleibt die augenscheinliche Wahrheit bestehen, dass die industriellen und kaufmännischen Kreise sich bei Zeiten auf jene Veränderungen einrichten müssten, weil sie sonst bedeutende Verluste erleiden würden. Die Geschäftswelt hat daher ein pecuniäres Interesse daran, so früh als möglich zu erfahren, ob jene Tendenz des Ueberganges zu Münzscheinen Aussicht

hat, durchzudringen oder nicht. Die nackte Thatsache, dass diese Tendenz von der Reichsregierung vertreten wird, verbürgt ihr noch nicht den Sieg. Die meisten Staatsrechtslehrer und Nationalökonomen dürften z. B. mit Recht der Ansicht sein, dass die von der Reichsregierung empfohlene Communalsteuer-Freiheit des Reiches nicht durchdringen, oder wenigstens nicht lange zu halten sein wird.

Die Zukunft der Bankfrage hängt im Wesentlichen von der Wissenschaft ab. Das Wort Wissenschaft ist hier natürlich in seinem wahren, kosmopolitischen Sinne genommen und nicht auf diese oder jene Richtung, oder gar Coterie beschränkt. Auch tüchtige, nationalökonomisch gebildete Fabrikanten, Kaufherren, Bankiers etc. sind Vertreter der Wissenschaft. Es giebt Fälle, in denen auch eine von der Wissenschaft verurtheilte Sache sich durch Intriguen noch eine Zeit lang über Wasser halten kann. Dies gilt z. B. vom Ultramontanismus in Oesterreich, der in gewissen Kreisen den falschen Glauben zu erwecken gewusst hat, dass die Emancipation vom Jesuitenjoch gefährlich sei. Kein Freund oder Gegner des Notenwesens wird indess naiv genug sein, um zu glauben, dass auf diesem Gebiete, welches Jedermanns Geldbeutel berührt, mit Intriguen etwas Wesentliches und Dauerndes zu machen wäre. Stehen doch auf beiden Seiten tüchtige Nationalökonomen, welche die Fehlschüsse (oder gar die etwaigen Trugschlüsse) der Gegner unter das Secirmesser und die Loupe der Kritik nehmen. Die Wichtigkeit der Bankfrage ist auch vom Verein für Socialpolitik anerkannt worden, der diese Zeit- und Streitfrage schon 1873 auf die Liste seiner Berathungsgegenstände setzte.

Noch in den 50 er und 60 er Jahren war die öffentliche Meinung Deutschlands im Allgemeinen ziemlich notenfreund-

lich. In den letzten Jahren und Monaten ist indess ein bedeutender Umschwung eingetreten, wie Prof. Conrad in Hildebrand's Jahrbüchern für Nat.-Oekon. und Dr. Schäffle in der Zeitschr. für Staatswiss. 1874, Dr. Eras, der Secretär der Breslauer Handelskammer, in der Brockhaus'schen Zeitschrift „Unsere Zeit“ (1875 S. 167, 175) die Redaction der Allg. Ztg., die Weser-Zeitung und andere Beobachter übereinstimmend constatirt haben (obgleich Conrad u. A. noch einigermaassen am Noten-Standpuncte festhalten). Auch der Verf. der vorliegenden Schrift ist durch erneuertes Studium und Nachdenken über die Bankfrage zu der Ueberzeugung gelangt, dass jener Tendenz der Reichsregierung wirklich die Zukunft gehört, weil die Regierung, in Uebereinstimmung mit dem Zuge der Wissenschaft und des Zeitgeistes, für das richtig verstandene Volkswohl, für eine gesunde Volkswirtschaft, kämpft.

Die Bankliteratur, auch die jüngste deutsche Literatur über die Zettelbank-Frage, ist sehr umfassend und zum Theil auch sehr werthvoll. Die Gründe der Notenfreunde werden indess von den Notengegnern nur beiläufig oder gar nicht berücksichtigt; während Hegel und Roscher doch mit Recht betonen, dass man einen Irrthum nur dann völlig überwinden kann, wenn man alle Bestandtheile desselben kritisch beleuchtet und widerlegt. Als wissenschaftlich bedeutendster Vertreter der Notenbanken gilt mit Recht der Engländer Th. Tooke, dem sich Wilson, Fullarton u. A., unter den Deutschen namentlich A. Wagner, angeschlossen haben, der die Tooke'sche Lehre in einzelnen Puncten berichtigt, fortgebildet und auf die von den englischen Zuständen so wesentlich verschiedenen deutschen Verhältnisse angewandt hat. Die übrigen hervorragenden deutschen Bankschriftsteller, welche hier in Frage kommen könnten, haben

sich nur monographisch und gelegentlich,¹⁾ nicht systematisch über die Zettelbank-Frage geäußert, oder sie sind mehr Gegner als Freunde des Notenwesens. Es ist daher vollkommen gerechtfertigt, unter den Vertheidigern der Noten hauptsächlich Wagner zu berücksichtigen. Auch einer der scharfsinnigsten und angesehensten Notengegner, der Strassburger Prof. F. H. Geffcken, bezeichnet Wagner als den „besonnensten und wissenschaftlich bedeutendsten Vertreter“ der Notentheorie. Aehnlich haben die Redacteurs des kathedersocialistischen Bluntschli'schen Staatswörterbuchs und des freihändlerischen Handwörterbuches der Volkswirthschaftslehre von Dr. Rentzsch die Bearbeitung der Geld- und Creditartikel ihre Sammelwerke Wagner übertragen, der zugleich Professor der Staatswissenschaften an der ersten deutschen Universität ist. Neben Wagner ist hauptsächlich Bamberger berücksichtigt, weil er ein sehr erfahrener Bankier ist und bei Vielen für eine grosse bankpolitische Autorität gilt.

Karlsruhe, im September 1875.

Der Verfasser.

¹⁾ Die unten S. 8 angef. Abh. in den Preuss. Jahrb. steht ungefähr auf dem Tooke'schen Standpuncte.

Inhaltsverzeichniss.

I. Die richtige Fragestellung. Die Literatur der Notenbank-Frage. S. 1—13.

	Seite
Es giebt vier Standpuncte, bezw. Parteien in dieser Frage:	
1) die Notenfreunde, die Anhänger des banking principle Tooke, Wagner, Bamberger u. A., 2) die halben Gegner des Notenwesens, die Anhänger des currency-principle, Lloyd (Lord Overstone), Sir R. Peel u. A., 3) die entschiedenen Gegner der ungedeckten Noten, die Münzschein-Partei, Tellkampf, Faucher, v. Unruh, Perrot, Hirth, Geffcken u. A., 4) „Metalltemperanzler“ (richtiger: „Papiertemperanzler), welche nur Metallgeld wollen. Dieser Standpunct wurde nur von Augspurg und Kämmerer vertreten	1
Die Geldqualität der Noten wird von einem Theile der Notenfreunde (Wolowski, Bamberger u. A.) zugegeben, von einem anderen Theile derselben (Tooke, Wagner u. A.) geleugnet .	2
Die principielle Zulässigkeit ungedeckter Noten und Papierscheine in gewissen Kriegsnothen. Die Notenfrage darf nicht mit der Papiervaluta-Frage Oesterreichs etc. confundirt werden	3
Die Bankliteratur	5

II. Das Zettelbankwesen und die Geschichte. S. 14—26.

Die Entstehung der Notenbanken. Grade die mercantilistischen Erfinder der Banknoten waren Metalltemperanzler	15
Die optimistische Vorstellung vom englischen „Musterstaat“	18
Das schottische Bankwesen	19

Frankreich. Cernuschi. Die Papierwährungs - Länder. Die Gründe der Entstehung und der üppigen Entfaltung des Notenswesens in Deutschland	20
(Die Stellung der „Kathedersocialisten“ und vorzugsweise s. g. Freihändler zur Bankfrage)	21

III. Der Unterschied der Banknoten und Wechsel.

Der Geldcharakter der Ersteren. S. 26—51.

Die drei Functionen des Geldes (Währung, Preismaass, Umlaufsmittel). Das eigentliche und uneigentliche Papiergeld. Die Reichscassenscheine	26
Auch Banknoten sind Papiergeld und unterscheiden sich principiell von den s. g. Geldsurrogaten. Die Letzteren sind richtiger als Abrechnungsmittel zu bezeichnen. Die Banknoten sind ein uneigentliches Papiergeld mit einem factischen Zwangscourse und problematischer Einlöslichkeit. Sie können nicht als Wechsel bezeichnet werden	28
(Die angeblichen Unterschiede zwischen dem Papiergelde und den Noten)	29
Die juristische Absurdidät des Wesens der Banknote	36
Dieselbe beruht nicht auf Credit	37
Der Notenschacher der kleinen Banken und der factische Zwangscours der Noten als ein Beweis für den Geldcharakter derselben	39
Ein Dilemma für die Tooke'sche Schule	44
(Das Münz- und Notenregal)	46
Die Noten sind factisch ein Theil der deutschen etc. Währung	49

IV. Die Geldverdrängung und die künstliche Vertheuerung des Lebens durch die ungedeckten Banknoten. S. 51—65.

Wechsel, Anweisungen, Checks etc. ersparen der Volkswirtschaft kein Geld	52
Die Wirkungen des Clearing und eines schnelleren Geldumlaufes	54
Das Wesen des Notengeschäfts besteht nicht in der Aufnahme unverzinslichen Credits, sondern in einer Art Falschmünzerei, wie O. Michaelis, J. Faucher u. A. hervorheben	57
Die Richtigkeit des Kernes der Ricardo'schen Quantitätstheorie über den Geldwerth	58

IX

Seite

Der Lawismus und Macleodianismus Tooke's. Die Vertheidiger der Noten müssten consequenter Weise auch die Falschmünzerei einer gut verwalteten Discontobank für volkswirtschaftlich nützlich erklären	59
Die Unhaltbarkeit der von Tooke, M. Wirth und Bamberger gegen die künstliche Preissteigerung durch Noten erhobenen Einwände	61

V. Die speciellen Wirkungen der ungedeckten Noten auf die Volks- und Staatswirthschaft. S. 65—83.

Die Landwirthe und die Notenbanken	65
(Die Unvortheilhaftigkeit der durch die Noten bewirkten Theuerung für die Verkäufer von Waaren)	66
Widerlegung der Wagner'schen Behauptungen, dass die Notengegner auch die modernen Depositenbanken verwerfen müssten, und dass die Notenbanken die Capitalersparung befördern, indem sie den Ueberschuss zu grosser Cassenbestände disponibel machen	68
Selbst wenn der angebliche Nutzen der Discontogeschäfte etc. der Notenbanken wirklich existirte, so wäre damit noch durchaus nicht die Berechtigung der ungedeckten Noten erwiesen	70
Die Noten und die Handelsbilanz. Die Notenbanken, die Industrie und die Handelskrisen	71
Die Notenbanken und die „fixirte Bevölkerung“ (die Festbesoldeten etc.)	17, 77, 78
(Der Verkehrsbedarf)	78
Die Verluste des Fiscus, insbesondere des Militärfiscus, durch die ungedeckten Noten	78
Die Beförderung geldoligarchischer, pathologischer Zustände durch die Zeitelbanken. Die Gewinne aus den ungedeckten Noten	79
Schätzungen der Geldmenge Deutschlands	82

VI. Das Reichsbankgesetz. S. 83—98.

Der Entwurf des Reichskanzleramtes und die von Sonnemann u. A. gegen denselben erhobenen Einwände	84
Das wahre Ziel der meisten Agitatoren für die „Reichsbank“.	
Die inneren Spaltungen der Notenpartei	85
Kritik der wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes	86

Keine „Deckung“ durch Papiergeld. Die Annahme der Noten an den öffentlichen Cassen und der factische Zwangscours	86
Das Notenwesen macht den gesetzlichen Zwangscours nothwendig, oder es führt zur Straflosigkeit von Betrügereien.	
Die Stückelung der Noten, die Schemata der Bilanzen, die 5%ige Steuer, die Notendeckung	87
Die Steuerfreiheit und Gewinnvertheilung der Reichsbank	88
Die Controle der Banken	89
Der Bankrott einer Bank	92
Die Nichtbewährung der deutschen Banken im J. 1866 u.	70
Das Verhältniss der Bankfrage zur Militärfrage	95
Bankrotte von Banken. Die heimliche, bezw., unbewusste Betheiligung der Notenbanken bei Landgütern, Zuckerfabriken etc.	96

VII. Das Ziel der Reform, die Ersetzung der Banknoten und des Papiergeldes durch vollgedeckte Münzscheine und durch Schatzscheine. S. 98—106.

Missverständnisse Bamberger's u. A. in Betreff der Münzscheine.	
Dieselben sind auch nicht als Depositenscheine zu bezeichnen	98
Die Aufbewahrung und die Sicherstellung des baaren Gegenwerthes gegen Unterschleife und Kriegsgefahren	99
(Falsche Scheine)	101
Die Reichscassenscheine. Schatzscheine	105

VIII. Die Mittel zur Durchsetzung der Reform. S. 107—114.

Der allmälige, aber unaufhaltsame Niedergang der Sache der Notenpartei	108
Die Einziehung der Noten	112
Das national-constitutionelle und einzelstaatliche Interesse an der Reform	112
Auch die Reichsbank-Verwaltung hat ein Interesse an der Reform	114

IX. Die Nothwendigkeit eines Reichsgesetzes über die übrigen Banken, insbesondere über die Depositanken. S. 115—122.

Das Notenwesen führt zur Verkrüppelung der Depositanken und zur Schädigung der Discontobanken u. Bankiersgeschäfte	115
--	-----

	Seite
Die Nothwendigkeit eines Reichsgesetzes über die Depositenbanken etc.	117
Die Depositenprivilegien der Preuss. Bank	118
Werthpapier-Depots	118
Die grössere Rentabilität der Depositenbanken im Vergleich zu den Notenbanken	119
Die wahrscheinliche Dividende der Reichsbank	121

X. Die politische Seite der Bankfrage. S. 122—126.

Eine Reichsbank ohne Notenemission kann nicht hypercentralistisch wirken	122
Die Begriffsconfusion über den politischen Nutzen einer Reichsbank	123
Der 1874 (und früher) begonnene Kampf der Reichsregierung gegen das Notenunwesen hat seine tiefen geschichtlichen Wurzeln in den besten, volksfreundlichsten Traditionen des preussischen Staats	124
Die Bankreform als ein Factor der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches	125

XI. Die Notenbank-Frage in den übrigen civilisirten Ländern und ihr Verhältniss zur Währungsfrage.

S. 126—132.

Die Notenbank-Frage	126
Die Währungsfrage	128

Corrigenda und Nachträge	133
---	-----

Die richtige Fragestellung. Die Literatur der
Notenbank-Frage.

Wenn gegenwärtig von Banken schlechweg die Rede
ist, so denken selbst Nationalökonominnen häufig nur an Noten-
oder Zettelbanken. Das hat seine historischen Gründe, ist
indess unlogisch: die übrigen Arten von Banken, z. B. die
Disconto- und Depositenbanken, dürfen keineswegs unter-
schätzt werden. Wagner hebt mit Recht hervor, dass der
Inhalt eines Gesetzes (oder vielmehr einer Reihe von Ge-
setzen) über diese Banken eine wichtige Aufgabe des deut-
schen Reiches bildet.

Die Zettelbank-Frage ist am eingehendsten in England
bei Gelegenheit der 1809 ff. geführten Debatten über die
Entwerfung der Noten der Bank von England und der
Peel'schen Bankacte von 1844 erörtert worden. Es ist da-
her an sich nicht unrichtig, dass der damals in England
ausgebildete Gegensatz des banking principle und des currency
principle auch bei den continentalen Bankdebatten eine Rolle
spielt; aber es ist falsch, wenn Wagner, ein Vertreter des
Locke-Fallarton-Wilson'schen banking principle, jeden Geg-
ner seines Standpunktes in die Kategorie der Currency-
Schule wirft, welche hauptsächlich von J. Lloyd (später
Lord Overstone), dem geistigen Urheber der Peel's-Acte, ver-
treten wurde. Das ist ein ähnlicher Fehlschluss wie die
„antagonistische Confundierung der „Nepotisten“ (soll

I.

Die richtige Fragestellung. Die Literatur der Notenbank-Frage.

Wenn gegenwärtig von Banken schlechtweg die Rede ist, so denken selbst Nationalökonomien häufig nur an Noten- oder Zettelbanken. Das hat seine historischen Gründe, ist indess unlogisch: die übrigen Arten von Banken, z. B. die Disconto- und Depositenbanken, dürfen keineswegs unterschätzt werden. Wagner hebt mit Recht hervor, dass der Erlass eines Gesetzes (oder vielmehr einer Reihe von Gesetzen) über diese Banken eine wichtige Aufgabe des Deutschen Reiches bildet.

Die Zettelbank-Frage ist am eingehendsten in England bei Gelegenheit der 1809 ff. gepflogenen Debatten über die Entwerthung der Noten der Bank von England und der Peel'schen Bankacte von 1844 erörtert worden. Es ist daher an sich nicht unrichtig, dass der damals in England ausgebildete Gegensatz des banking principle und des currency principle auch bei den continentalen Bankdebatten eine Rolle spielt; aber es ist falsch, wenn Wagner, ein Vertreter des Tooke-Fullarton-Wilson'schen banking principle, jeden Gegner seines Standpunctes in die Kategorie der Currency-Schule wirft, welche hauptsächlich von J. Lloyd (später Lord Overstone), dem geistigen Urheber der Peels-Acte, vertreten wurde. Das ist ein ähnlicher Fehlschuss wie die ultramontane Confundirung der „Neuprotestanten“ (soll

heissen: der Altkatholiken) mit den Protestanten. Die Letzteren haben in negativer und positiver Beziehung so Manches mit den Altkatholiken¹⁾ gemein, aber die protestantische Theologie ist keineswegs verpflichtet, Alles zu vertheidigen, was die altkatholische Theologie behauptet. Aehnlich giebt es in der Bankpolitik noch einen dritten Standpunct, nämlich den Standpunct Derjenigen, welche alle ungedeckten Banknoten verwerfen, d. h. die Banknoten durch Depositalscheine über deponirte Münzen und Barren — kurz Münzscheine genannt — ersetzen wollen. Diese Volkswirthe haben mancherlei Berührungspuncte mit der Currency-Schule, welche ohne principielle Leugnung der Berechtigung der Banknoten doch die Zuvielausgabe von Noten, künstliche Preissteigerungen und die Beförderung von Handelskrisen durch dieselben befürchtet. Trotzdem ist die Münzschein-Partei keineswegs verantwortlich für die Halbheiten und Inconsequenzen der Currency-Partei.

L. Bamberger hat für alle Gegner der Noten den Spitznamen „Metalltemperanzler“ aufgebracht, obgleich dieser schiefe²⁾ Vergleich nur auf die Anhänger eines vierten Standpunctes passt, welche bloß Metallgeld dulden wollen. Augspurg war früher dieser Ansicht, und auch Kämmerer neigt einigermaassen zu derselben. Alle übrigen Notengegner sind indess weit entfernt von diesem Standpuncte, vgl. z. B. Hirth's Polemik gegen Kämmerer in der unten angef. Perrot'schen Schrift (S. 279).

Unter den Vertheidigern der Banknoten sind ferner zwei Richtungen zu unterscheiden, nämlich Diejenigen, welche

¹⁾ Mit dem Obigen soll natürlich nicht geleugnet werden, dass der Altkatholicismus seine relative örtliche und zeitliche Berechtigung hat und einen bedeutenden Culturfortschritt involvirt.

²⁾ Ein Säuer ruinirt sich; wer viel Capital ansammelt, wird dagegen reich und mächtig. Ueberdies hätte B. offenbar sagen müssen: Papiertemperanzler, nicht Metalltemperanzler.

den Geldcharakter der Noten leugnen (Tooke, Wagner u. A.) und Diejenigen, welche denselben zugeben (Wolowski, Bamberger u. A.). Dieser Unterschied ist sehr bedeutsam: wer den Geldcharakter der Noten zugiebt, hat sein Spiel eigentlich schon verloren, wie Wagner ganz richtig fühlt. Auch darin hat Wagner Recht, dass die Currency-Schule von der Logik der Ideen und der Thatsachen nolens volens zum dritten Standpunct, zur Münzschein-Partei — oder wie man kurz sagen kann: zur Münzpartei — gedrängt wird. Nach Geffcken's unten angef. Schrift bestand Peel's Ideal in der Ersetzung der Noten durch Staatspapiergeld. Von hier aus ist nur ein Schritt zu vollgedeckten Münzscheinen.

Wenn ein lebensfähiger, hoffnungsvoller Staat durch die Unterlassung militärischer und steuerpolitischer Reformen im Kriege in eine sehr gefährliche Lage gerathen ist, so kann er unter Umständen genöthigt sein, ungedeckte Banknoten auszugeben, ja selbst vor einer Papiergeld-Entwerthung nicht zurückschrecken. So lange als möglich müsste sich der Staat indess mit ungedeckten Banknoten zu behelfen suchen, weil diese mehr Vertrauen geniessen würden, als eigentliches Papiergeld. Solche verzweifelte Fälle beweisen indess nichts für gewöhnliche Zeiten. *Exceptio firmat regulam.*

Einzelne Notengegner confundiren die Bankfrage Deutschlands, Englands etc. mit den Fragen in Betreff des entwertheten Papiergeldes in Oesterreich, Russland, Italien und den V. Staaten. Das ist indess eine von Wagner mit Recht getadelte Begriffsverwirrung. Eine Papiergeld-Entwerthung entsteht — mit, oder ohne das Zwischenglied einer Staatsbank — durch schlechte Staatsfinanzen und Kriegsnöthe; Banknoten werden dagegen ausgegeben, um den Gründern und Actionären der Bank pecuniäre Gewinne zu verschaffen und (angeblich) um den Handel und die Industrie zu befördern. Die Zettelbanken führen zu künstlichen Vertheue-

rungen der Lebensbedürfnisse, sie verschärfen die Handelskrisen, machen nicht selten Bankrott und schädigen durch dies Alles die Steuerkraft des Volkes; aber sie schaffen nicht direct eine Staatsschuld und eine Zerrüttung der Metallwährung wie eine übermässige Ausgabe des eigentlichen d. h. uneinlöslichen und mit dem Zwangscours versehenen Papiergeldes in Kriegsnothen.

Für die deutsche Bankfrage ist ein näheres Eingehen auf die englischen, französischen etc. Bankschriftsteller nicht nothwendig, da Wagner und andere Freunde und Gegner der Noten die wichtigsten Ausführungen jener Autoren bereits berücksichtigt haben. Er wirft den Notengegnern vor, dass sie ein specielles Eingehen auf jene umfangreiche Literatur unterlassen, und dass ihre eigenen Arbeiten dünne Broschüren sind. Jedes kurze, absprechende Urtheil über die Licht- und Schattenseiten eines Standes, einer gemässigten Partei, oder eines vielseitigen Individuums ist allerdings oberflächlich; aber mit Naturgesetzen, z. B. den Kepler'schen, oder dem Kerne der Malthus'schen und Ricordo'schen Lehren, verhält es sich anders. Hier gilt der Satz: Simplex veri sigillum. Sowohl die Hauptmomente der Wagner'schen Theorie als die Grundgedanken der Münzpartei lassen sich auf wenigen Seiten darlegen. Wenn man dieselben weiter ausspinnt, so werden sie allenfalls klarer, aber nicht beweiskräftiger, ähnlich wie das umfangreiche Gebäude der neukatholischen und protestantischen Unterscheidungslehren Consequenzen je eines Begriffes, nämlich des hierarchischen Priesterthums, bezw. des allgemeinen Priesterthums, sind. Aehnlich wird der grösste Theil der Ausführungen der Banking-Schule irrelevant, sobald man die Basis ihres ganzen Lehrgebäudes, die Behauptung von der principiellen Zulässigkeit und von der volkwirthschaftlichen Nützlichkeit der Banknoten, widerlegt hat. Was ferner den

Broschüren-Vorwurf¹⁾ betrifft, so ist es eine eigenthümliche Anschauung, den Werth einer Schrift mit dem Zollstock messen zu wollen. Die nationalökonomischen Folianten des deutschen ancien régime werden heute nur von einigen Wenigen, nämlich von Historikern, gelesen. Gneist's kleine nur 28 S. lange Broschüre Budget und Gesetz etc. 1867 hat eine epochemachende Bedeutung. Die bändereichen Werke der B. Constant, Pölitz und Cons. liest dagegen heutzutage kein Mensch mehr. Bis 1867 waren fast alle Staatsrechtslehrer und Poliker Anhänger des französisch-belgischen, pseudo-englischen Steuerverweigerungsrechtes. In Folge jener kleinen Abhandlung Gneist's sind indess heute alle berühmten Staatsgelehrten von jener Ideologie zurückgekommen, die höchstens noch in Zeitungen und bei oberflächlichen Kammermitgliedern spukt.

Aus der Literatur über die Zettelbank-Frage sind folg. Werke hervorzuheben:

1) Vertheidiger der Banknoten.

Tooke and Newmarch history of prices 6 vol. 1838—57, deutsch von Asher 1859 2 B. Wagner, der sich zu Tooke ähnlich verhält wie Häckel zu Darwin, gesteht doch zu, dass Tooke in den beiden ersten Bänden seines Werkes noch manche Spuren seines früheren Currency-Standpunctes verräth, welche erst im III. Bande verschwinden (Beiträge S. 20, 76, 121). Gewiss ist es thöricht, Tooke aus jenen Wandelungen einen sittlichen Vorwurf zu machen, aber sie beweisen doch, dass Tooke trotz seiner Verdienste kein klarer Denker war und noch weniger darauf Anspruch machen kann, ein unfehlbarer Bank-Papst zu sein. Das behauptet Wagner freilich nicht, aber er über-

¹⁾ O. Michaelis' Abhandlungen in Pickford's Volksw. Monatsschrift und in Faucher's Viertelj. werden übrigens auch von Wagner im D. Staatswört. Bd. XI S. 339 als Quelle citirt.

sieht, dass die Schriften Tooke's u. A. so wie die von Wagner mehrfach als Autorität citirten Bankartikel des Economist Parteischriften sind, wenn auch natürlich nicht im niedrigen Sinne des Wortes. Tooke, der selbst ein grosser Kaufmann war, ist ebenso wenig frei von den Vorurtheilen seiner Zeit und Umgebung wie auf anderen Gebieten die Cobden, Bright, Buckle, die quäkerischen Friedensapostel und die nothing-but-free-traders. Der Economist ist ferner ein prononcirtes Börsenorgan, wenn auch ein wissenschaftlich gehaltenes und für redlich geltendes. Gneist sagt über den Kreuzzeitungs-Theoretiker F. J. Stahl: „Die gesellschaftliche¹⁾ Natur des Menschen ist sich immer gleich, und unabänderlich kehrt sie in jedem Jahrhundert wenigstens einmal die politischen und die Rechtsbegriffe um. So ergeht es auch dem deutschen Philosophen, der geistig zusammenfasst, was die Männer seiner Zeit und Umgebung gedacht.“ Diese feine psychologische Bemerkung gilt auch für andere Völker und Interessengruppen, z. B. für die englische Schule Tooke's, zu der auch J. S. Mill gehörte.

Von A. Wagner's Schriften sind hier zu nennen: Beiträge zur Lehre von den Banken, 1857; die Geld- und Credittheorie der Peel'schen Acte 1862; die russische Papierwährung, Riga, 1868; die meisten Credit- und Bankartikel in Rentzsch's Handwört. der Volkswirthschaftslehre 1866; die Art. Münzwesen, Papiergeld und Zettelbanken im Deutschen Staatswört. Bd. VII. und XI; System der Zettelbankpolitik, 1873; Staatspapiergeld, Reichscassenscheine und

¹⁾ Naiv ist Sonnemann's Berufung auf den englischen Bankgouverneur Crump, der durch seine officielle Stellung eher auf eine Vertheidigung als einen Tadel der Peels-Acte angewiesen sei (Reichsbank etc. S. 12). Man sollte hiernach glauben, dass der Gouverneur der Bank von England ein Staatsbeamter ist, während er durch Wahlen aus der haute finance hervorgeht (vgl. Tellkampf die Principien etc. S. 53).

Banknoten, 1874; die Zettelbankreform im D. Reiche 1875 (das Vorwort ist vom 28. Sept. 1874 datirt). Es bedarf kaum einer Erwähnung, dass die Leugnung der Berechtigung der Banknoten keineswegs gleichbedeutend ist mit einer Leugnung oder Unterschätzung der eminenten Verdienste Wagner's; denn der Werth des grössten Theiles seiner Ausführungen ist von jener Streitfrage ganz unabhängig. Auch ein Notengegner kann Wagner's Ansichten über die österr. etc. Zwangscours-Frage, die Staatsschulden etc. im Wesentlichen beistimmen, wie ich z. B. thue. Sowohl Roscher's Gesch. der Nat.-Oek. 1874 als Conrad's Rec. des Wagner'schen Systems etc. in Hildebrand's Jahrb. Bd. XXIII. zollen den grossen Verdiensten Wagner's eine emphatische, aber nur gerechte Anerkennung, obgleich Conrad bereits stark zu den Ansichten der Münzpartei neigt. Es ist auch keineswegs unmöglich, dass Wagner noch ein Gegner der Noten wird, denn er selbst bemerkt an einigen Stellen des „Systems“, die Berechtigung der Noten sei bis jetzt nicht widerlegt, was also zukünftige Widerlegungen nicht ausschliesst. Ein Vergleich der verschiedenen Schriften Wagner's zeigt einen allmäligen aber stetigen Fortschritt des scharfsinnigen Verf. in der Richtung zur Münzpartei, wie schon Conrad constatirt hat. Dies tritt namentlich deutlich hervor, wenn man die „Beiträge“ und das „System“ vergleicht. Die „Zettelbankreform“ enthält nur scheinbar einen durch die Erregung des nationalen Gefühls beim Worte „Reichsbank“ zu erklärenden Rückschritt. In den „Beiträgen“ wird noch die s. g. Bankfreiheit gefordert, d. h. die Notenbank-Gründer-Freiheit, im „System“ ist W. von diesem Standpunct längst zurückgekommen, der heute nur noch ganz vereinzelt vorkommt, im Reichstag z. B. 1874 und 1875 keinen einzigen Vertreter fand.

E. Nasse und namentlich Knies stehen der Currency-Schule, oder der Münzpartei viel näher als Wagner (Zettel-

bankr. S. 14) meint, wie auch Schäffle in der Tübinger Zeitschrift¹⁾ 1874 S. 379 anerkennt. Vgl. Nasse's Abh. in der Tübinger Zeitschrift 1856 und 1872, in Hildebrand's Jahrb. 1868 und seine in Faucher's Viertelj. 1866 H. 2 recens., 1866 erschienene Schrift über die Preuss. Bank. Von Knies' interessantem und verdienstvollem Werke: Geld und Credit, 1873, liegt bis jetzt nur der erste einleitende Theil vor, so dass man Knies' Stellung zum heutigen Bankstreit noch nicht völlig übersehen kann.

M. Wirth vertritt allerdings in seiner neuesten²⁾ Schrift: Die Münzkrise und die Notenbankreform im D. Reiche, 1874, das banking-principle. Er sagt indess selbst (Handb. des Bankwesens 1. Aufl. S. 582): „Bei vollkommener Freiheit der Notenemission wird ein Monopol der Reichen geschaffen, welchen dann unverzinsliches Capital von den Armen vorgeschossen wird . . .“ Auch das Concessions- oder Monopolssystem ändert hieran nichts Wesentliches. Wirth kann übrigens nicht als ein unbefangener Schriftsteller betrachtet werden, da er nach Zeitungsnachrichten Mitredacteur der „Neuen Freien Presse“ ist, welche Ofenheim und Cons. vertheidigt.

L. Bamberger, die Zettelbank vor dem Reichstage. Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung 1. und 2. Aufl. 1874 (122 S.). Auf dem Krefelder Volksw. Congresse von 1874 sprach er sich für eine Reichs-Monopolbank mit unbegrenztem Emissionsrecht aus.

L. Sonnemann, Reichsbank oder Notensteuer? 1874 steht auf demselben Standpunkte, nur will er 6—8 Privatbanken conserviren und ist mehr Tookianer als Bamberger.

Anhänger der reinen Currency-Doctrin giebt es in

¹⁾ Die Abh. über die Bankfrage im Märzheft der Preuss. Jahrb. von 1874 Bd. XXXIII ist mir im Augenblick nicht zugänglich.

²⁾ Vgl. seine Artikel in den Grenzboten 1875 No. 15 ff.

Deutschland nicht, denn J. Faucher u. A., die von Wagner zu den Anhängern derselben gerechnet werden, wollen die Banknoten allmählig durch Münzscheine ersetzen. Wenn O. Michaelis die Noten auch nicht ganz verwirft, so steht er doch dieser Consequenz sehr nahe. Vgl. oben S. III und O. Michaelis' Volkswirthschaftliche Schriften 2 B. 1873, eine Sammlung seiner erwähnten Abhandlungen über die Bankfrage und andere Fragen. Die Schriften des deutschen Londoner Bankiers E. Seyd: Die innere Contingentirung der Banknoten etc. und: Die wahren Grundsätze des Banknotenwesens etc. (Leipzig, 1875) stehen trotz ihrer Polemik gegen die Peels-Acte und den Entwurf des Reichskanzleramtes doch der Peels-Acte und dem Reichsbankgesetz nahe; denn Seyd schlägt vor, dass die Banken nach einer gewissen Scala nur dann ungedeckte Noten emittiren dürfen, wenn der Discont $2\frac{1}{2}\%$ übersteigt.

Wer der erste Vertreter der reinen Münzscheinpartei war, ist schwer festzustellen. Vielleicht war es der amerikanische Staatssecretär D. Webster¹⁾ (geb. 1782). J. L. Tellkamp's Abhandlungen in Hunt's Merchants Magazine erschienen erst 1842 und später. Seine „Entwicklung des Bankwesens in Deutschland“ erschien 1856 in 3. A. „Die Principien des Geld- und Bankwesens“ 1867 geben das Resumé der Tellkamp'schen Arbeiten und würden viel mehr gewirkt haben, wenn sie nicht in formeller Hinsicht mangelhaft wären. Tellkamp schreibt breit und wenig übersichtlich, verfällt auch in manche Uebertreibungen.²⁾ Er überschätzt z. B. den Einfluss der Noten auf Handelskrisen, wäh-

1) Vgl. seine Speeches, Boston, 1840. Von ihm rührt das Wort her: Paper circulation is the most effectual of inventions to fertilise the rich man's field by the sweat of the poor man's brow.

2) Trotzdem ist T. viel bedeutender, als Wagner meint. Seine Vorschläge in Betreff der Gold-Mark-Währung und des Decimal-

rend er die Verschiedenheiten der amerikanischen und deutschen Bankzustände unterschätzt. Wagner geht indess in seiner Betonung dieser Verschiedenheiten zu weit, er übersieht, dass die Missbräuche der amerikanischen Banken durch ihre Bankrotte ganz, oder fast ganz an's Tageslicht gekommen sind, während O. Michaelis, Augspurg, Siemens, Eras und selbst Bamberger und M. Ströll mit Recht hervorheben, dass auch deutsche Zettelbanken hinter den Coullissen de facto stille Gesellschafter von Zuckerfabriken etc. geworden sind, schlechte Werthpapiere belehnten u. s. w. Die Liquidation der Privatbanken kann bei manchen derselben zu sehr unerwünschten Ueberraschungen führen. Vgl. unten Cap. V.

Auch O. Hübner, ein Nationalökonom, dessen Tüchtigkeit auch von Wagner wiederholt anerkannt wird, forderte schon 1853 in seinem Werke: Die Banken (2 B.) die Volldeckung und Bankfreiheit (d. h. für die legitimen Bankgeschäfte). Eras' Angabe, Hübner habe 1874 in der Berliner Volksw. Gesellschaft die Zettelbankfreiheit (im Wagner'schen Sinne von 1857) vertreten, beruht wohl auf einem Missverständniss.

Ferner sind zu nennen:

Gegen die Errichtung von Zettelbanken, Gotha, 1856.

Schübler, Metall- oder Zettelbank 1856 (für Münzscheine).

(Dr. Ploos van Amstel), die Gefahren der Erweiterung einer Zettelbank, Heidelberg, 1869.

Die Bankfrage vor der Commission des deutschen Handelstages beleuchtet von H. V. v. Unruh, Mitglied

systems (Principien S. 103 ff.) sind im Wesentlichen Reichsgesetz geworden, und 1866 wurde er von der französischen Regierung zu einem Gutachten über die Bankfrage aufgefordert.

des Reichstages, 1871. Herr von Unruh, einer der Führer der Nationalliberalen, steht bekanntlich seit 1845 an der Spitze grosser industrieller Unternehmungen und war vorher preuss. Regierungsrath.

G. D. Augspurg's Broschüren über die Bankfrage, Halle 1872 und Bremen 1873 und 1874. Der Verf. ein Bremer Kaufherr, war Mitglied des Reichstages.

G. H. Kämmerer (Vertreter der Hamburger Handelskammer in der 1870 vom Ausschusse des Deutschen Handeltages berufenen Commission von Sachverständigen zur Berathung der Bankfrage), Blicke auf das Bank- und Notenwesen, Hamburg, 1872.

Dr. G. Hirth's Aufsätze in seinen Annalen des D. Reiches 1872, 1873 ff.

F. Perrot (Secretär der Rostocker Handelskammer) der Kampf gegen die Ausbeutung des Publicums durch den Banknotenschwindel und die Papierpest, Rostock, 1872.

F. H. Geffcken¹⁾ (Prof. der Rechte in Strassburg), das deutsche Reich und die Bankfrage, Hamburg, 1873, 2. A. 1874.

Geyer, Theorie und Praxis des Zettelbankwesens, München, 1867, 2. A. 1874.

Dr. G. Siemens (Assessor a. D. und Direktor der Deutschen Bank in Berlin), das Zettelbankwesen und der Bankgesetzentwurf, Berlin, 1874.

Unter Faucher's Abh. kommen insbesondere der Aufsatz: Währung und Preise und die zukünftige Bankgesetzgebung im D. Reiche (Viertelj. Bd. XXIII, XXIV. und XLIII) in Betracht²⁾. Vgl. auch Prince-Smith's Abh.

¹⁾ Nicht zu verwechseln mit seinem Vater, dem verstorbenen Hamburger Senator H. Geffcken, der 1856 eine Schrift: „Zur Bankfrage“ gegen die Notenbanken schrieb.

²⁾ Desgl. seine neueste Abh. Kurze Wechselziele als Vorbeugungsmittel der Handelskrisen (Viertelj. Bd. XLV).

dasselbst Bd. X. und die Recens. von Bankschriften Bd. XXXVI, S. 149—155, 187; XXXVII. S. 202 und 203, insbes. das Plaidoyer für Münzscheine Bd. XXXVI. S. 152 und die Verhandl. der Volkswirthsch. Congresse von 1861, 62, 63, 65, 71, 74 (von 1863 an meist in Faucher's Viertelj. referirt). Die Berichte über die letzten Congresse, z. B. den Krefelder Congress von 1874, sind als Sonderschriften in Berlin erschienen, herausg. von Wackernagel.

Eine Statistik der Banken geben Wagner's „System“, Saling's Berliner Börsenpapiere Bd. II. 4. Aufl. 1874 und Rudolf Meyer, die Banken, Berlin, 1873.

Die 1872, 73 und 74 von mehreren Zettelbank-Direktoren verfassten Denkschriften über die Bankfrage sind nicht in den Buchhandel gebracht, sondern nur an Zeitungsredactionen etc. versandt worden, offenbar ein Beweis dafür, dass man das volle Licht der Oeffentlichkeit und der wissenschaftlichen Kritik, z. B. der Faucher'schen Vierteljahrsschrift, scheut. Mir ist nur die 35 S. umfassende „Zur Beleuchtung des Bankgesetz-Entwurfes“ betitelte Denkschrift von 1874 (Druck von Weniger & Comp. in Dessau, ohne Verlagsort und Firma) zu Gesicht gekommen. Dieselbe war auch in der Berliner Börsenztg. abgedruckt.

Der Gesetzentwurf des Reichskanzleramtes nebst den Motiven ist sowohl bei Faucher a. a. O. als in Hildebrand's Jahrb. für N. Oek. Bd. XXIII. abgedruckt.

Verhandlungen des 6. Deutschen Handelstages zu Berlin. Stenograph. Bericht 1874.

Eras (Secretär der Breslauer Handelskammer), die Bankfrage im Brockhaus'schen Journal Unsere Zeit 1875, betrachtet ebenfalls die vollgedeckten Münzscheine als letztes Ziel der Bankreform.¹⁾

¹⁾ Ein Gutachten der Leipziger Handelskammer über die Bankfrage ist in Hildebrand's Jahrb. Bd. XVII., 1871 abgedruckt.

Camphausen's, Delbrück's und O. Michaelis' Bankreden vom 16. und 18. Nov. (bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes) sind als Sonderabdruck aus dem stenograph. Bericht des Reichsanzeigers bei C. Heymann in Berlin erschienen, desgl. der von Bamberger erstattete Commissionsbericht des Reichstages. Die „Embryologie des Bankgesetzes hat derselbe in der Deutschen Rundschau Jan. und März 1875 von seinem Standpuncte aus erzählt.

Die einprocentige Steuer wurde bei der ersten Lesung in der Commission angenommen, bei der zweiten mit einer Stimme Majorität verworfen. Das Plenum verwarf am 26. Jan. 1875 mit 160 gegen 116 Stimmen die Steuer. Dagegen stimmten u. A. das ganze Centrum und die Bankinteressenten, dafür Namen wie der Minister Friedenthal, Lasker, Feldmarschall Graf Moltke, Schulze-Delitzsch und wenn ich nicht irre auch Gneist.

Eine gute kleine Ausgabe des Gesetzes hat Dr. M. Ströll, der Secretär der Baier. Hypotheken- und Wechselbank¹⁾ herausgegeben (Nördlingen, 1874).

Vgl. ferner die Literaturangaben bei Rau Lehrbuch der polit. Oekon. Bd. I. 8. Aufl. § 292a, 304 Bd. II. 5. A. § 247, bei Wagner in Rentzsch's Handwört. der Volkswirthschaftslehre 1866, im D. Staatswört. Art. Banken, Papiergeld und Zettelbanken und den Art. Zettelbanken im kleinen, von Prof. Löning herausg. D. Staatswört. Bd. III. 1875.

¹⁾ Vgl. unten Cap. II. Eine kleine Ausgabe ohne Commentar ist u. A. bei R. v. Decker erschienen, und ein ausführlicher Commentar von Prof. Soetbeer bei Palm & Enke in Erlangen (unter dem Titel: Die deutsche Bankverfassung).

II.

Das Zettelbankwesen und die Geschichte.

Die Notenpartei legt grosses Gewicht darauf, dass die ungedeckten Noten etwas Hergebrachtes, Bestehendes seien. Mitunter erinnern die Klagen über die angeblichen Umsturz-tendenzen des Reichskanzleramtes an die Leitartikel der Kreuzzeitung und der Germania und an die Kammerreden der Herren v. Gerlach, Ewald und M. Mohl. Schon Goethe sagte 1824 zu Eckermann: „... Freund des Bestehenden ... ist ... ein sehr zweideutiger Titel, den ich mir verbitten möchte. ... Da ... neben vielem Guten zugleich viel Schlechtes, Ungerechtes und Unvollkommenes besteht, so heisst ein Freund des Bestehenden oft nicht viel weniger als ein Freund des Veralteten und Schlechten.“ Die Banknote war in der That ein illegitimes Kind des Mercantilismus und der schutzzöllnerischen Monopolsucht (vgl. Faucher's Viertelj. Bd. XLIII. S. 71 ff. und selbst verschiedene Zugeständnisse Wagner's im D. Staatswört. XI, 294 ff., insbes. S. 302, 316). Bei einer rationellen und naturgemässen Entwicklung der alten Girobanken hätten sich statt der Noten Münzscheine, geldähnlich umlaufende Bescheinigungen über baar vorrätig liegende Münzen und Barren, bezw. Checks entwickelt. Dass es nicht dazu kam, lag an willkürlichen Eingriffen des Absolutismus und vor Allem an dem tiefen volkswirthschaftlichen Aberglauben jenes mercantilistischen, Hexen und Ketzer verbrennenden, Unschuldige à la J. Calas folternden, Landeskinder nach Amerika verkaufenden Zeitalters. Einige führen die schwedischen Noten von 1657, Andere die massachusetts'schen Noten von 1690 als die ersten Noten an, und Dritte meinen, die genuesische Girobank habe die Noten erfunden, als sie einst zahlungsunfähig geworden war. Wie es damals mit der Wissen-

schaft der Nationalökonomie bestellt war, ersieht man z. B. daraus, dass noch die Physiokraten und der verständige Markgraf Carl Friedrich von Baden von der Grundsteuer als einziger Steuer träumten. Ja kein Geringerer als Vauban (1707) hatte noch keine Ahnung vom Unterschiede des Roh- und Reineinkommens, und noch 1737 liess ein französischer Minister in seiner Instruction für die Erhebung der vingtièmes, weil er dunkel fühlte, dass nicht der Gesamtbetrag der Ernte reiner Gewinn sei, um den Letztern auszumitteln, nur die Kosten des Schneidens und Dreschens abziehen (Roscher). Uebrigens muss man nicht glauben, dass die ersten Notenemittenten mala fide handelten. Sie verfahren im Gegentheil naiv und unbewusst. Die Wahrnehmung, dass nur ein Theil der Depositen an jedem Tage zurückgefordert wurde, und die damalige Midas-artige Ueberschätzung der Edelmetalle mussten zu der scheinbar genialen Erfindung der ungedeckten Banknoten führen. Grade jene Mercantilisten waren Metalltemperanzler, d. h. sie wollten den Geldgebrauch der Edelmetalle auf ein Minimum reduciren. Der nüchtern-verständige Vater der Nationalökonomie A. Smith¹⁾ (Wealth of Nations 1776 B. II. Ch. 2) vergleicht das (Privat-) Papiergeld, d. h. die Banknoten, mit einem Fuhrwege durch die Luft, der das Umackern der gewöhnlichen Wege gestatte (freilich auch mit den Dädalus-schwingen des verunglückten Ikarus). In Wirklichkeit gleichen die Zettelbanken jenen russischen Ofenheim's, welche das zu Eisenbahnzwecken nöthige Land gratis usurpiren, indem sie vermittelt ihrer Connexionen den Bauern und selbst den Gutsbesitzern jede Entschädigung vorenthalten. Jene naive Smith'sche Vorstellung, die übrigens nur das Echo landläufiger Phrasen war, spukt noch heute und wird von den Anhängern wie von den zahllosen Gegnern des

¹⁾ Vgl. Perrot S. 123, 124.

grossen Schotten mit einer Gläubigkeit nachgebetet (d. h. dem Sinne, nicht den Worten nach), die einer bessern Sache würdig wäre. Smith, der vor der Montgolfier'schen Erfindung schrieb, stellte sich das Notenwesen als eine Art Hexerei oder Zauberei¹⁾ vor und diese Vorstellung hat sich auf die heutigen Notenfreunde vererbt. Selbst Bamberger spricht mit einer mystischen Salbung vom Notenwesen. Dasselbe hing ferner mit jener gewaltigen Ueberschätzung des innern Verkehrs zusammen, die noch heute nachklingt. Dahin gehörte z. B. die Forderung einiger Volkswirthe, das französische, englische oder amerikanische Münzsystem in Deutschland zu adoptiren. Selbst abgesehen von etwaigen Verschlechterungen des Münzfusses wäre dabei die Bequemlichkeit von Millionen, die an die Thalerwährung etc. gewöhnt sind, der Bequemlichkeit weniger Kaufleute und Bankiers geopfert worden. (Damit soll übrigens nicht geleugnet werden, dass die Idee einer Weltmünze doch eine Zukunft haben kann.) Selbst Wagner spricht von einem nationalen Gewinn gegenüber andern Völkern vermittelt der ungedeckten Noten (Staatspapierg. S. 28). Er übersieht dabei:

1) Dass in jedem Grossstaate der innere Verkehr den auswärtigen an Bedeutung gewaltig überragt, obgleich namentlich der erstere sich einer genauen Schätzung entzieht. Vgl. die statistischen Daten bei Roscher Nat.-Oek. I. § 8. N. 2. und bei R. von Mohl Polizeiwiss. 3. Aufl. Bd. II. 1866 S. 383. Noch Pitt's Schätzung 10 : 1 war viel zu niedrig.

2) Dass fast alle anderen Völker auch Noten und Papiergeld haben. Auch China hatte schon im Mittelalter eine Papiergeld-Entwerthung (vgl. Rau I. § 295). Insoweit die Völker A und B ein gleiches Verhältniss zwischen Metallgeld und Papiergeld (im weiteren Sinne des Wortes)

¹⁾ Vgl. Walcker, Zeitfragen, 1875, S. 276.

haben, insoweit findet eine Entwerthung ihrer Edelmetall-Mengen gegenüber dem Zustande vor Emission des Papiergeldes statt; aber keins von beiden Völkern erlangt eine grössere Kaufkraft für die Waaren des anderen.

3) Wenn das Volk A durch relativ stärkere Ausgabe von Papiergeld mehr Edelmetall in's Ausland treibt, als das Volk B, so kann für diesen quasi-Ueberschuss allerdings mehr gekauft werden. Das Volk A ist indess nicht um seinen geldpolitischen Raubbau zu beneiden: sonst wären die Papierwährungs-Länder à la Oesterreich, wo man fast gar kein Gold- u. Silbergeld mehr sieht, am glücklichsten.

4) Nicht wir, nicht das ganze Volk — an dessen Wohl man in der Zeit der Zunftprivilegien und Monopole, der Leibeigenschaft etc. fast gar nicht dachte, und das ja nicht im Communismus lebt — sondern die Zettelbank-Gründer etc. gewinnen bei jenem Vorgange. Die ungeheure Majorität des Volkes verliert nur durch die künstlich beförderte Geldentwerthung, so wie durch das Häufigerwerden und die Verschlimmerungen der Handelskrisen. Die Beamten und die Professoren verlieren z. B. nicht blos an ihren normirten Einnahmen (Gagen und Vorlesungshonoraren), sondern, von ungewöhnlich gesuchten Autoren abgesehen, auch am Honorar für ihre Schriften; denn gewöhnlich ist die wirthschaftliche Ueberlegenheit auf Seiten des Verlegers.

Sowohl bei den Banknoten, als bei den Schutzzöllen und anderen Monopolen handelt es sich in Wirklichkeit nicht um einen Gewinn des Inlandes auf Kosten des Auslandes, sondern um die Ausbeutung der ungeheuren Majorität der Staatsbürger durch eine kleine privilegierte Minorität. Selbst Freihändler und Notengegner vergessen Das mitunter in Betreff der Banknoten, wie z. B. die Stelle in Faucher's Viertelj. Bd. XLIII. S. 84, 85 zeigt. Ungedekte Noten schaden nicht blos bei ihrer Emission durch die Ver-

drängung¹⁾ eines entsprechenden Quantums Metallgeld ins Ausland, sondern auch später, indem sie, ähnlich falschen Münzen, eine künstliche Preissteigerung herbeiführen, raubähnlich auf den Classen mit festen Einnahmen lasten und den Notenaberglauben, Ueberspeculationen und Bankerotte befördern.

Bei Wagner u. A. spielt auch eine optimistische Auffassung der englischen Zustände hinein (vgl. z. B. das Citat aus Montesquieu in den Beiträgen etc. S. 4.) Es ist hier natürlich nicht der Ort, auf dies verwickelte²⁾ Thema einzugehen. Wagner selbst wird indess heute jenes Urtheil nicht mehr aufrecht erhalten, wo die Sympathien der öffentlichen Meinung Englands für die amerikanischen Slavenhalter, die Haltlosigkeit der englischen Oligarchie gegenüber dem Radicalismus, ihre frivole Connivenz gegen den Ultramontanismus, der epidemisch um sich greifende Krypto-Infallibilismus der Oligarchie, der Tichborne-Scandal etc. gar viele Illusionen über England zerstört haben. Bis zum 19. Jahrhundert gab es in England Bergwerks-Sclaven, die Lage der verthierten Landarbeiter ist noch heute ähnlich, die Latifundien³⁾ — ehemalige, von den Tudors und Stuarts an ihre Günstlinge verschleuderte Kirchengüter — sind

¹⁾ Statt einer wirklichen Verdrängung kann in Zeiten eines grossen Geldbedarfes auch eine blosser Unterlassung einer (nothwendigen) Verstärkung des Metallfonds stattfinden, wie J. E. Horn und Wagner mit Recht hervorheben, obgleich sie mercantilistischer und metalltemperanzlicher Weise darin einen Gewinn für die Volkswirtschaft sehen. Sie vergessen u. A., dass ja der „ersparte“ Metall-Betrag beim Fortschritt zu vollgedeckten Noten (Münzscheinen) wieder zurückgekauft werden muss.

²⁾ Vgl. z. B. über die Verkehrtheit der festen Münzpreise der Bank von England Tellkamp S. 45, 46.

³⁾ Vgl. M. Wirth's Artikel über die englische Agrarfrage Allg. Ztg. 1874 No. 247 u. 248 und Grenzboten 1875 No. 10 u. 11.

dem Freihandel mit Land durch Fideicommissse entzogen, die Besitztitel sind so unsicher und die Gerichts- und Advocaten-Kosten sind so ungeheuer, dass kleines Grundeigenthum fast gar nicht verkauft werden kann, und dass es thatsächlich für die schwächeren Classen gar keine Civiljustiz und oft genug auch keine Criminaljustiz giebt, wenn ihnen von Mächtigen Unrecht geschehen ist. Man denke endlich an den Alabama-Fall und den englischen Waffenschacher von 1870 und 1871.

Die Notenpartei legt grosses Gewicht darauf, dass die Peels-Acte 1847, 1857 und 1866 suspendirt worden ist. Die Münzpartei ist indess, wie oben S. 1 erwähnt, für die Halbheit der Currency-Doctrin keineswegs verantwortlich. Wenn 1844 die Noten durch vollgedeckte Münzscheine ersetzt worden wären, und wenn die öffentliche Meinung das Notenunwesen klar erkannt hätte, so wären die zum Theil durch die Zettelbanken verursachten¹⁾ Krisen ungefährlicher gewesen, und der etwaige Ruf nach einer socialistischen Staatshülfe, nach einem Rückfall in's Notenunwesen, wäre als eine Ideologie wirkungslos verhallt.

Das schottische Bankwesen, welches nach Geffcken's treffender Bemerkung (S. 47) einen leicht übersehbaren Wirkungskreis und eine wirthschaftlich entwickelte Bevölkerung voraussetzt, wird von Wagner u. A. sehr hochgestellt; die solidarische Haft der schottischen Bankeigenthümer, welche meist wohlhabende Grundbesitzer sind, wird indess den continentalen Zettelbank-Gründern sehr wenig gefallen (vgl. Tellkampf S. 70 ff.). Jene solidarische Haft findet überhaupt in ganz Grossbritannien und Irland statt. Der Umstand, dass die schottischen Banken zugleich Sparbanken sind, rechtfertigt ihr Notengeschäft nicht, so wenig ein schlechter Musikant sich damit entschuldigen kann, dass er sonst ein

¹⁾ Vgl. unten Cap. V.

guter Mann ist. Uebrigens hat die solidarische Haft von Bankeigenthümern auch ihre Gefahren (vgl. Wagner Art. Zettelbanken S. 336 und Perrot S. 186, 187). Trotz der Solidarhaft und trotz der schottischen Oeffentlichkeit des Hypothekenwesens haben vor 1845, wo die ungedeckte Notenausgabe contingentirt wurde, wiederholt Banken ihre Baarzählungen eingestellt und ebenso 1857 die Western Bank of Scotland. Das ganze schottische Bankwesen setzt ferner die Bank von England voraus, wie auch Wagner anerkennt. Auch in Schottland fanden die Beschränkungen der Notenausgabe durch die Peels-Acte lebhaft Zustimmung bei den Bankhaltern (vgl. Logan The Scottish Banker 3. ed. 1850).

Die Existenz des Notenunwesens in Frankreich kann nicht Wunder nehmen, da dies schöne Land zur Zeit noch eine Jesuitokratie bildet und trotz des zollpolitischen „Fortschritts“ von 860 noch heute das gelobte Land des Hochschutzzoll-Systems, des Marie-Alacoquismus etc. ist. Auch in Frankreich gewinnt die Münzpartei indessen durch Cernuschi u. A. an Boden. Derselbe ist ein römischer Flüchtling, ein ausgezeichnete Bankier und nationalökonomischer Schriftsteller, seit 1874, wenn ich nicht irre, auch Mit-eigenthümer des Siècle.

Die Culturländer zweiten und dritten Ranges zwitschern so wie die leitenden grossen Völker vorsingen, und die Papierwährungs-Länder, die V. Staaten, Italien, Oesterreich und Russland, können sich schon deshalb des Notenregens nicht erwehren, weil sie noch unter der Traufe der Papiergeld-Entwerthung stehen. Es kommt also nur noch Deutschland in Betracht. Die Ersetzung der Noten durch Münzscheine wäre eine viel geringere Veränderung des Bestehenden als so manche extreme Forderung Wagner's, Schmoller's und anderer Kathedersocialisten. Wagner neigte z. B. 1871 und 1872 zu einer Expropriation der grossstädtischen Hausbesitzer zu Gunsten der Commune, und Schmoller hält es

in seiner Geschichte der Kleingewerbe (1870) für nicht ganz unmöglich, dass der Staat einst die Fabrikherren expropriiren werde. Eine Parteifrage ist die Bankfrage übrigens nicht: die Kathedersocialisten müssten consequenter Weise noch eifriger als die Freihändler die Ausbeutung des Publicums durch die Notenpresse verwerfen, und sie werden es auch früher oder später thun. Wenn die vorzugsweise s. g. Freihändler jene geldoligarchischen Teufel wären, für welche die „Manchestermänner“ bei Vielen gelten, so müssten sie eifrig für Zettelbanken sein. In Wirklichkeit werden sie indess täglich entschiedenere Gegner derselben und waren sie von jeher mindestens Currency-Männer.¹⁾

Wenn es nur 3—4 sehr homogene deutsche „Staaten“ gäbe, so könnte man sagen, ihr Verhalten gegenüber den Notenbanken war ein Zufall; da es indess bis 1866 mehr als 30 deutsche „Staaten“ gab, deren sonstige Zustände zum Theil sehr verschieden waren, so kann man aus ihrem Verhalten zur Bankfrage lehrreiche Schlüsse ziehen. Wagner selbst hat das Verdienst, auf das Gesetz der s. g. kleinen Zahl aufmerksam gemacht zu haben (vgl. seinen Art. Statistik im D. Staatswört. Bd. X.), d. h. auf den Satz, dass die Gesetzmässigkeiten der grossen Zahlen in Betreff der Selbstmorde etc. auch in den kleinen Zahlen hervortreten. Sollte es nun wirklich ein Zufall sein, dass die bestverwalteten Staaten eine grosse Abneigung gegen das Notenunwesen zeigten, welches vorzugsweise von den im Volksmunde so genannten „Raubstaaten“ gehegt und gepflegt wurde? „Sage mir mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist.“ (Vgl. Perrot S. 25, 26). Es war kein Zufall, dass das erste Notenprivilegium in Preussen²⁾ erst in einer reac-

¹⁾ Nur Bamberger macht eine Ausnahme davon.

²⁾ Vgl. ferner Nasse o. c., Niebuhr's Geschichte der Preuss. Bank 1854 und Wagner System S. 5 A. ff.

tionären Zeit, nämlich 1824, ertheilt wurde und zwar, charakteristisch genug, der Ritterschaftlichen Privatbank in Stettin. Es war Dies ein Seitenstück zu den feudalen, 1872 ff. beseitigten Kreis- und Provinzialständen von 1823. Noch 1833 wahrte ein Gesetz das Notenregal durch Geldstrafen. Es ist auch kein Zufall, dass die Umbildung der Königl. Bank in eine Noten- und Actienbank in's Jahr 1846 fällt. Die übliche Anschauung, in jenen Kämpfen der 40er Jahre sei alles Recht auf Seiten der Constitutionellen und alles Unrecht auf Seiten der absolutischen Bureaukratie gewesen, ist oberflächlich. 1848—50 siegten nicht blos liberal-progressive, sondern auch staatsfeindliche Bestrebungen. Man denke an die s. g. Freiheit der Kirche, d. h. die Preisgebung der unveräusserlichen Hoheitsrechte an den Ultramontanismus in den berufenen, 1875 abgeschafften Verfassungsartikeln 15 und 18. Camphausen erinnerte am 16. Nov. 1874 im Reichstage daran, dass die liberale Partei, insbesondere der Abg. Harkort (dessen sonstige Verdienste natürlich nicht geleugnet werden sollen) in den 50er Jahren im preuss. Landtage Jahr für Jahr nach mehr Privatbanken und Noten rief. Es ist höchst wahrscheinlich, dass jene Umwandlung der damals 81 Jahr alten Preuss. Bank eine hochpolitische Maassregel, ein Köder war, mit welchem der Absolutismus die Bourgeoisie von ihren constitutionellen Bestrebungen abbringen wollte, ähnlich wie Napoleon III. und reactionäre österreichische Machthaber das Börsenspiel begünstigten, und wie die absolutistische Partei Russlands die Moskauer Constitutionellen durch Conservirung des prohibitiv-ähnlichen Schutzzollsystems zu bestechen sucht. Auch Wagner und andere wahrheitsliebende Freunde der Noten dürften zugeben, dass die meisten und tüchtigsten preussischen und deutschen Staatsmänner und Staatsbeamten principielle Gegner der Zettelbanken sind. Man denke z. B. an Delbrück, O. Michaelis und Camphausen. 1865 sprach sich

das Abgeordnetenhaus gegen die von der Regierung beantragte Erweiterung des Geschäftskreises der Preuss. Bank und für eine Contingentirung der ungedeckten Noten auf 60 M. Th. aus. Von einer tendenziösen Opposition kann man dabei nicht reden, denn die Redner der Majorität führten rein sachliche Gründe an, und der Beschluss war hauptsächlich ein Werk J. Faucher's und O. Michaelis'. Gneist sagte z. B. in seiner Kammerrede, wenn es nur darauf ankäme, der derzeitigen Leitung der Preuss. Bank ein Compliment zu machen, so würde er mit Vergnügen für die Vorlage stimmen, aus sachlichen Gründen müsse er indess wider dieselbe stimmen.

Wagner's Klagen über die angebliche Feindseligkeit des Michaelis'schen Entwurfes von 1874 gegen die Preuss. Bank sind nur Consequenzen der Tooke'schen Lehre. Weil dieser Ausgangspunct indess falsch ist, so müsste Wagner logischer Weise zu der augenscheinlich falschen Behauptung kommen, dass eine Reichsbank ohne Notenpresse ein ziemlich unnützes Ding wäre, und dass die Preuss. Bank vor 1846 ebenfalls ziemlich unnütz gewesen sei.

Die grossen Verdienste, welche sich die Leitung der Preuss. Bank erworben hat, werden nicht blos von Wagner, Bamberger und Sonnemann, sondern auch von Notengegnern, z. B. von Kämmerer, Siemens und Geffcken anerkannt. Die Missgriffe, welche die Bank gemacht hat, waren grösstentheils eine Folge des Instituts der Zettelbank an und für sich, analog dem alten „dura lex, sed lex.“ § 1 der Bankordnung verpflichtete die Bank z. B., „einer übermässigen Steigerung des Zinsfusses vorzubeugen,“ d. h. die wohlthätigen Warnungssymptome einer heranziehenden Handelskrisis künstlich zu unterdrücken.

Auch die Sprödigkeit der preussischen Verwaltung gegenüber den Privatzettelbanken erklärt sich aus dem tüchtigen preuss. Staatsgeist, nicht aus rein fiscalischen Gründen,

denn in England hat man trotz dem Monopol der Englischen Bank den übrigen Zettelbanken viel mehr die Zügel schiessen lassen.

In Baiern fällt die Concession zur Notenausgabe der Baier. Hypotheken- und Wechselbank in's Jahr 1834, d. h. in eine Zeit, welche Pözl im D. Staatswört. I. S. 752 folgendermaassen charakterisirt: Das Hauptbestreben der Regierung ging dahin „möglichst viel vom constitutionellen Staate aus der baier. Verfassung heraus- und dagegen möglichst viel vom Patrimonialstaat hinein zu interpretiren.“ Ueberdies wirkte dabei Plusmacherei mit: die Bank musste für ihr Monopol dem Staate gewisse Zahlungen machen.

Baden und Württemberg capitulirten erst 1870 und 71 nach zähem Widerstande vor der Notenpartei.

Nach Zeitungsnachrichten soll 1870 das sächsische Armeecorps ohne Silberthaler blos mit sächsischen Papierscheinen ins Feld gerückt sein. Wenn Sachsen an Frankreich gränzte, so wäre Dies allenfalls in der Ordnung gewesen, da die Truppen indess auch deutsches Gebiet zu passiren hatten, so war diese thatsächliche Zwangsanleihe sehr ungerechtfertigt. Sachsen hat auch schon früher ungewöhnlich viel Papiergeld ausgegeben, und die Connivenz gegen das Notenwesen war ganz natürlich, da man auch den Feudalismus, den Ultramontanismus und den Particularismus begünstigte und die Bourgeoisie — oder vielmehr die Vorurtheile eines Theiles derselben — auch nicht leer ausgehen lassen konnte und wollte.

Dass Kurhessen von einer Zettelbank verschont blieb, beruhte auf irgend einem Zufall, den ein künftiger Vehse enthüllen wird. Dass der Spielbanken-Staat Hessen-Homburg dagegen auch eine Zettelbank concessionirte, war ganz natürlich. Auch die übrigen Duodezstaaten, welche

diesen auf die Taschen des preuss. etc. Publicums¹⁾ gemünzten Missbrauch ihrer „Souveränität“ begingen, waren und sind meist classische Stätten der Domänenusurpationen von Seiten der Dynastien, des Feudalismus und jeglicher kleinstaatlicher Willkür und Misère. Der „Homburger Knecht“ war z. B. nach Meyer's Universum eine alte spruchwörtliche Redensart. Die Rostocker Bank zahlt 15% ihres Reingewinnes an den Grossherzog von Mecklenburg. Ungemein charakteristisch für das Notenunwesen ist die Geschichte der Bank für Süddeutschland in Darmstadt. Dieselbe wurde von einem preussischen Financier ausserhalb Preussens gegründet, weil er hier leichter, oder nur hier eine Concession für eine Bank mit äusserst geringer Baardeckung erhielt. Wenn die Angaben der Köln. Ztg. vom 4. Januar 1870 und Perrot's S. XIII—XV, 26 gegründet sind, was leider nicht zu bezweifeln, so ist die Concession in jener particularistisch-feudal-ultramontanen Aera (1855) für „Trinkgelder“ à la Giskra, Banhans und Ofenheim verkauft worden, nämlich für (mindestens) 100,000 Fl. baar und 5 Mill. Gulden in Actien (!!). Die Geraer Bank, welche vor Thoresschluss, vor dem Eintritt des vorläufigen Bankgesetzes für den Nordd. Bund, gegründet wurde, musste dem Staate einen Vorschuss von 150,000 Thlr. machen (vgl. Wagner System S. 106, 177).

Die Interessen der grossen preussischen Firmen sind — vermeintlich — mit der Notenpresse der Preuss. Bank verbunden, daher kommt es, dass Hamburg — und trotz der Bremer Bank auch Bremen — die Hauptquartiere der Münzpartei sind, ähnlich wie Hamburg die erste feste Burg des Freihandels in Deutschland war. Die grossen Kaufherren dieser Welthandelsstadt haben eben einen weiten und

¹⁾ Man muss dabei unwillkürlich an die Caperbriefe denken, welche ehemals in Seekriegen In- und Ausländern ertheilt wurden.

freien Blick. Man denke an Jürgen Wullenweber, an Heinrich Smidt und an viele Hamburger Patricier. Trotz der Schattenseiten der hanseatischen Zustände kann man in den Hansastädten doch lernen, was das Wort vom „königlichen Kaufmann“ in Shakespeare's Kaufmann von Venedig bedeutet. Auch in Preussen und im übrigen Deutschland bricht sich übrigens die bankpolitische Aufklärung Bahn wie die Haltung der Krefelder Fabrikanten und Kaufleute auf dem Volksw. Congresse von 1874, die Schriften von Unruh's und Siemens' etc. zeigen. Auch die Angriffe der feilen Gründerpresse auf den Gesetzentwurf des Reichskanzleramtes und auf Camphausen zeigen die Nothwendigkeit des Culturkampfes gegen das Notenunwesen.

III.

Der Unterschied der Banknoten und Wechsel. Der Geldcharakter der Ersteren.

Das Geld hat drei¹⁾ Functionen 1) als Währung, Valuta oder gesetzliches Zahlungsmittel, 2) als Preismaass (Werthmesser) und 3) als Tauschmittel, Tauschwerkzeug oder Umlaufsmittel (Wagner Art. Papiergeld S. 647 ff.). Zum Gelde rechnet Derselbe die Münzen und das eigentliche, d. h. uneinlösliche, mit einem Zwangcourse versehene Papiergeld. Wagner's Begriffsbestimmungen des eigentlichen Papiergeldes muss man beistimmen, denn Rau's formell richtige Einwände (I. § 295 Note d) und C. H. Roesler's Bemerkungen in seiner N. Oekon. (1864) widerlegen

¹⁾ Irrthümlich und nicht recht verständlich ist die Aufzählung Augspurg's bei Perrot S. 244.

Wagner in der Hauptsache nicht. Auch der Umstand kommt nicht in Betracht, dass noch heute jedes russische Creditbillet das Versprechen unverzüglicher Einlösung durch die Reichsbank enthält, und dass ein Engländer um 1857 so hartnäckig die Einlösung seiner Noten verlangte, dass man ihn schliesslich befriedigte und — über die Grenze schaffte.

Das uneigentliche Papiergeld hat nur den Zwangscours, oder nur die Uneinlöslichkeit, oder keins dieser beiden Merkmale. Das Papiergeld der deutschen Staaten war uneinlöslich und meist zwangscourslos. Auch das neue deutsche Papiergeld, die Reichscassenscheine sind nach dem Gesetz vom 30. April 1874 einlösbar und haben keinen Zwangscours. Die Stadtkämmereischeine der Stadt Hannover, die Papierscheine des braunschweigischen Leihhauses, der Leipzig-Dresdener-Eisenbahngesellschaft etc. werden allgemein, auch von Wagner als Privatpapiergeld bezeichnet. Die Tooke'sche Schule leugnet dagegen, dass die Banknoten, ebenfalls (Privat- oder Staats-) Papiergeld sind, wie die meisten N.-Oekonomen, z. B. Rau und Roscher mit Recht lehren. Wagner gesteht übrigens (a. a. O. S. 648) zu, das man Papiergeld und Banknoten zusammen als Papiergeld im weiteren Sinne des Wortes, als Metallgeld-Surrogate bezeichnen kann. Die Banknoten, die Checks, fällige Coupons, Wechsel, Anweisungen etc. werden von Wagner als Geldsurrogate (d. h. als Surrogate der Münze und des eigentlichen Papiergeldes) bezeichnet. Er müsste folgerichtig auch das uneigentliche Papiergeld zu den Geldsurrogaten rechnen, was er nicht immer und nicht deutlich genug thut. Die beiden Grundlehren, oder wie Wagner meint, die beiden Fundamentalirrthümer der Currency-Theorie bestehen darin, dass sie Banknoten und Papiergeld (mehr oder minder) identificirt und Beide als Geld betrachtet, und dass sie principielle Unterschiede zwischen den Banknoten und

anderen „Geldsurrogaten“ (nach dem Wagner'schen Sprachgebrauch) macht.

Die Banknote wird von Wagner als ein „trockener Sichtwechsel mit Blancoindossament“ bezeichnet (Art. Zettelbanken S. 302 vgl. S. 293).

In den nachfolgenden Ausführungen werde ich zu beweisen suchen, dass jene Lehren der Currency-Schule, trotz sonstiger Irrthümer derselben, im Wesentlichen richtig sind, und dass man die couranten Münzen, das eigentliche Papiergeld, das uneigentliche Papiergeld und die Noten von Staats- oder Privatbanken nur als vier verschiedene Species oder Erscheinungsformen das Genus Geld auffassen kann und muss. Auch der Wagner'sche Ausdruck „Geldsurrogate“ ist inexact d. h. zu eng. Er passt z. B. nicht auf das gegenseitige Ausgleichen von Credit und Debet in den Clearing-Houses. Statt Geldsurrogate muss man „Abrechnungsmittel“ sagen. Dieser Ausdruck passt auch auf den Process des Clearing. Wenn ein Geschäftsmann in einem höchst privaten Familienbriefe seiner Frau schreibt: „Zahle der und der Wohlthätigkeitsanstalt so und so viel,“ so sind diese Zeilen kein Geldsurrogat, auch wenn der Name Rothschild, oder Baring darunter steht, aber wohl ein Abrechnungsmittel. Die Banknoten sind meiner Ansicht nach als ein uneigentliches Papiergeld mit einem factischen Zwangscourse und mit problematischer Einlösbarkeit zu definiren. Sie gleichen also dem holländischen einlösbaren, mit einem gesetzlichen Zwangscourse versehenen Staatspapiergelde.

Der in der Tooke'schen Schule übliche Vergleich der Banknoten mit Wechseln ist ganz schief. Die Gedichte eines frostigen Dichterlings und Goethe's haben in Bezug auf Druck, Papier, Goldschnitt, Versmaass und selbst in Bezug auf den Inhalt noch hundert Mal mehr Aehnlichkeiten, als eine Banknote und ein Wechsel, deren ganze Aehnlichkeit sich darauf beschränkt, dass sie auf Papier geschriebene

Zahlungsversprechen sind. Auch Wagner definirt in den Beiträgen S. 3 die Banknoten nur als „unverzinsliche, auf den Inhaber lautende und bei Sichtfällige Zahlungsverprechungen.“ Schon das Fehlen des Wortes „Wechsel“ in den Notenformularen ist von grosser Wichtigkeit. Selbst eine als Wechsel gemeinte Anweisung ist kein Wechsel, wenn das Wort „Wechsel“ auf derselben fehlt, wie das Leipziger Reichs-Oberhandelsgericht wiederholt entschieden hat. Die Notenbank-Gründer sind keineswegs gewillt, wechselrechtlich zu haften, sie spielen vielmehr mit dem Publicum, mit der *misera contribuens plebs*, ein Schrift- und Adler-Spiel nach folg. Schema: Schrift, so gewinne ich; Adler, so verlierst Du. Sie würden es sich auch sehr verbitten, wenn man das Wort Wechsel auf die Noten setzen wollte, denn dadurch würde der Geldcharakter, die Umlaufsfähigkeit der Noten leiden. Die Bezeichnung Wechsel würde das Publicum stutzig machen. „Jeder Kaufmann weiss, dass der Wechsel Zinsen kostet, die Banknoten dagegen [der Bank aus der Tasche des Publicums] Zinsen einträgt (Perrot). Derselbe bezeichnet die Banknoten nicht mit Unrecht als Reitwechsel (oder richtiger als ein Seitenstück zu denselben).

Wagner (D. Staatswört. Bd. VII. S. 655) meint, Papiergeld werde in Zahlungen des Staats gegen Quittung ausgegeben, die Noten werden indess als Darlehen gegen Schuldurkunden fortgegeben. Diese Ansicht enthält ein Körnlein Wahrheit, ist indess in mehrfacher Beziehung schief:

1) Jene Behauptung gilt nur in Bezug auf Ausgaben für unnütze Kriege und andere unproductive Zwecke, nicht in Bezug auf segensreiche Kriege und andere productive Zwecke. Das deutsche Papiergeld wird z. B., von einzelnen Missbräuchen abgesehen, zu productiven Zwecken, zu Eisenbahnbauten des Staats, Beamtenbesoldungen etc. ausgegeben. Es bildet ja eine Art unverzinslicher Staatsschuld, und

Wagner (D. Staatswört. Bd. X. Art. Staatsschulden) führt selbst treffend aus, dass productive Staatsschulden eine „Capitalanlage in den Staat“ sind. Solche Ausgaben sind ein Opfer des Säemanns für die Ernte. Höker etc. setzen ihr Capital wohl täglich um, Industriellen und Kaufleuten ist mit Drei-Monats-Wechseln gedient, die Landwirthschaft hat Umtriebsperioden von 1 Jahr, die Forst- und Staatswirthschaft noch viel längere; aber in allen diesen Fällen handelt es sich mehr um quantitative, als um qualitative Unterschiede, besonders da die Notenbanken sehr häufig stille Theilhaber von Fabriken etc. sind. Vgl. unt. Cap. V.

2) Wagner sagt ferner (S. 655, 656), Noten bilden nur zeitweilig einen Bestand der allgemeinen Umlaufsmittel, das Staatspapiergeld bilde dagegen eine nachhaltige Vermehrung der allgemeinen Umlaufsmittel. Dies „zeitweilig“ ist falsch: die Noten kehren allerdings zum Theil zurück, sie werden indess wieder ausgegeben, während ein Wechsel ausser Circulation gesetzt, als Maculatur verwandt wird, sobald er eingelöst ist. Wechsel gleichen arbeitsamen unverheiratheten, oder verheiratheten Menschen, welche ihrer Zeit sterben und den Nachkommen Platz machen, während das eigentliche Papiergeld und die Noten zahllosen ewigen Juden, oder jenen flüchtenden Soldaten gleichen, welchen Friedrich der Grosse zurief: „Kerl's, wollt Ihr denn ewig leben?“ vgl. Augspurg bei Perrot S. 246 ff. und die 1874 erschienene Denkschrift der Zettelbanken, welche eine 5 tägige (!) Einlösungsfrist etc. verlangt. Wagner selbst bemerkt z. B. (System S. 719), die Notensumme der Baier. Hypotheken- und Wechselbank sei „fast ganz im Umlauf,“ und bei anderen Banken würde sich dieselbe Erscheinung zeigen, wenn die betreffenden Länder und Banken nicht relativ viel mehr Papiergeld und Noten ausgegeben hätten, als Baiern. Auch die 1874er Denkschrift der Privatbanken bricht (S. 15, 29) ausdrücklich eine Lanze für das Recht der Banken, die eingegangenen Noten anderer Banken wieder auszugeben.

Jenes Zurückströmen der Noten setzt voraus, dass sie als Darlehen beim Discontiren von Wechseln der Fabrikanten und Kaufleute fortgegeben sind. Die kleinen Banken setzen indess viele Noten rein als Geld durch Commissionäre in Cours (vgl. unten Cap. III). Aber auch grosse Banken setzen viele Millionen von Noten rein als Geld in Cours, z. B. beim Kauf von Gold und Silber, von Wechseln und Werthpapieren, bei Zahlungen für den Staat und für Private. Ausser den Zinsen der Depositen kommen hier u. A. auch die Zinsen der deponirten Werthpapiere in Betracht, mit deren Verwaltung die Französische Bank schon 1872 400 Beamte beschäftigte.

3) Auch das deutsche Papiergeld strömt an den Steuer-, Post-, Telegraphen-, Eisenbahn-Cassen etc. wieder in die Staatscasse zurück.

„Wechsel und Banknoten haben nichts mit einander gemein, als dass Beide Schuldscheine ... sind. Aber Beide sind es in einem ganz verschiedenen Sinne. Der Wechsel ist das genau formulirte Versprechen einer einmaligen bestimmten Geldzahlung, in welcher nicht nur die Person des Zahlenden, sondern auch die des Berechtigten, nicht nur der Ort, sondern auch die Zeit der Zahlung angegeben sind, er ist also nur der Ausdruck für eine bestimmte kaufmännische Verbindlichkeit, welche mit Leistung der versprochenen Zahlung erlischt. Die Banknote dagegen ist das Versprechen eines Instituts, den Betrag einer auf sich selbst [in runder Summe] ausgestellten Anweisung jederzeit jedem Inhaber auf Verlangen baar auszuzahlen, (sie läuft auf unbestimmte Zeit um und kann, selbst wenn sie eingelöst wird, sofort wieder von dem Verpflichteten ausgegeben werden. Der Wechsel ist ein reines Creditmittel, das, wie die Waaren, welche er repräsentirt, gegen Geld verkauft wird, also nicht selbst Geld ist und um sich vor der Verfallzeit in Geld umzuwandeln, verhältnissmässige Abzugszinsen zahlen

gegangenen Noten wieder auszugeben.

muss; wenn ich einen Wechsel kaufe, so mache ich eine productive Capitalanlage auf kurze Zeit. Die Banknote ist zwar auch ein Creditmittel,¹⁾ aber zugleich ein Circulationsmittel, das, der Substanz nach vom baaren Gelde verschieden, [bis auf Weiteres] denselben Dienst thut, wie Geld als Preismesser der Waaren dienen soll, wie dieses seinem Inhaber nichts einbringt und deshalb nur im Umlaufe ihre Bestimmung hat; denn wenn auch jede Bank auf ihren Noten erklären muss, dass sie dieselben zu jeder Zeit zu voll baar einlöse, so giebt sie dieselben doch nur in der Hoffnung aus, dass möglichst wenig wirklich eingelöst werden müssen. Wer einen Wechsel ausstellt, contrahirt eine Schuld, wer mit Banknoten zahlt, tilgt seine Schuld. Wenn ein Wechsel nicht honorirt wird, so kann Das möglicher Weise den Creditmarkt, niemals das Circulationsmedium berühren, während Dieses die Nichteinlösung der Noten einer Bank sofort empfinden muss, indem die Noten ein Theil der gesammten Circulationsmittel sind. Je mehr Wechsel auf den Markt kommen, desto mehr steigt die Nachfrage nach Geld, in dem Maasse als die Masse der Noten sich vermehrt, steigt das Angebot von Geld, sie wirken also in umgekehrtem Verhältniss.“ (Geffcken S. 24 ff.)

Kurz die Aehnlichkeit der Wechsel und Noten gleicht jener von Lassalle erwähnten Aehnlichkeit zwischen Napoleon und der Hebamme Müller, welche darin besteht, dass Beide Menschen waren.

Wechsel sind wegen der Weitläufigkeiten²⁾ der Uebertragung, wegen der Discontospesen und wegen der mangelnden Kenntniss der wirklichen Vermögenslage der betheiligten

¹⁾ Dies ist nicht richtig, vgl. unten.

²⁾ Auch ein redlicher und routinirter Kaufmann wird bekanntlich wegen eines kleinen Irrthums in Betreff des Wechselstempels leicht straffällig, und eine solche Strafe schadet dem Rufe und dem Credit des Mannes.

Personen langsame Umlaufsmittel, gleichsam schlechte Wärmeleiter (vgl. Rau I. § 288). Die Verhältnisse einer Bank sind dagegen viel genauer und in viel weiteren Kreisen einigermaassen bekannt. Die ungewöhnlich grosse Zahl von Wechseln, welche in dem ersten Viertel unseres Jahrh. in Lancashire etc. umlief (vgl. Wagner Beiträge S. 40, 41) erklärt sich durch das Fehlen von Münzscheinen und Filialen der privilegienreichen Bank von England und zum Theil vielleicht auch durch Misstrauen gegen die Englische Bank, welche damals ihre Zahlungen suspendirt hatte. Grossentheils waren jene Wechsel überdies Reitwechsel (Wagner, Geldtheorie etc. S. 123). „Eine Schwalbe macht keinen Sommer.“ Exceptio firmat regulam.

Ja Noten und Wechsel stehen vielfach in einem ähnlichen Verhältniss wie Kälte und Wärme, Metall- und Papiervaluta d. h. sie haben eine gewisse Tendenz, sich gegenseitig zu verdrängen. Zettelbanken haben ein pecuniäres Interesse daran, möglichst viel Wechsel durch ihre Noten zu verdrängen. Die Preuss. Bank liess deshalb z. B. die von ihren Filialen discountirten Wechsel bis zum Verfalltage in ihren Portefeuilles liegen, so dass es vielfach an Wechseln auf solche Plätze fehlte (Geffcken S. 60). Aehnlich hat der Tookianer Newmarch nachgewiesen, dass in England die Zahl der Wechsel steigt, wenn die der Noten sinkt.

Noten einer angesehenen Bank kann man thatsächlich im Kleinverkehr wie bei den grössten Zahlungen ganz wie Gold- und Silbermünzen ausgeben. Von zweifelhaften Schuldern muss man zwar mitunter Wechsel annehmen, aber im gewöhnlichen Verkehr werden nicht Wechsel offerirt, wo Baarzahlung zu erfolgen hat.¹⁾ Wenn z. B. ein Kaufherr

¹⁾ Ein Erkenntniss des preuss. Obertribunals vom 2. Juni 1874 besagt ausdrücklich, dass Arbeiter (nach § 134, 146 der Gewerbeordnung) nicht mit Wechseln gelohnt werden dürfen, vgl. W. Hartmann's Zeitschr. für Gesetzg. etc. Bd. I. 1875 S. 321—323.

seinem ersten Buchhalter, der doch auch ein Kaufmann ist, die fällige Gage in Wechseln statt in Noten, oder Gold anbieten wollte, so würde ihn Letzterer für bankrott (oder für verrückt) halten. Mit Noten einer weit bekannten, angesehenen Bank z. B. der Reichsbank kommt man in ganz Deutschland durch, wenn die Bank indess Sichtwechsel mit Blancoindossament, selbst ganz kleine, ausgäbe, so würde ein Reisender mit solchen Wechseln an jeder Eisenbahn-, Post- etc. Casse etc. abgewiesen werden, und auch in Hôtels seine liebe Noth haben.

Die Noten haben ferner grosse Privilegien¹⁾, welche die übrigen „Geldsurrogate“ nicht haben. Diese Privilegien beziehen sich auf die Mortification, die Falsification, die Vindication, den Wegfall der Compensationseinreden und des Wechselstempels (Knies und Faucher). Auch Wagner gesteht zu, dass dies ungerechte Steuerprivilegium oft den Ausschlag zu Gunsten der Noten gegenüber anderen „Geldsurrogaten“ giebt (Geldth. S. 117, Syst. S. 459), besonders da es so leicht zur Straffälligkeit führt (vgl. oben S. 32). Am wichtigsten ist ferner die wenn auch widerrufliche so doch thatsächlich fortlaufende Annahme der Noten bei den öffentlichen Cassen. Sie nehmen dadurch Theil an der s. g. Steuerfundation²⁾ des Papiergeldes und am Staatscredit.

Schon O. Hübner, Cernuschi und Geyer haben hervorgehoben, dass die Zettelbanken ein unmögliches Versprechen geben, da sie die stets fälligen Depositen und die stets

¹⁾ Vgl. gegen M. Chevalier's Zusammenwerfen der Noten und Wechsel Fick in Goldschmidt's Zeitschrift für Handelsrecht, Bd. III. S. 613 ff., G. Hartmann, Ueber den rechtlichen Begriff des Geldes 1868 S. 34, Goldschmidt, Handbuch des Handelsrechts I, 2, 2 S. 1060 ff. u. Augspurg o. c. 1873 S. 5. und bei Perrot S. 256 über „halbflüssiges“ Capital.

²⁾ Vgl. Wagner Art. Papiergeld im D. Staatsw.

zahlbaren ungedeckten Noten nicht einlösen können, falls alle Noten in kurzer Zeit präsentirt werden. Wagner (Syst. S. 86) entgegnet hierauf, factisch geschehe Dies aber nicht. Er setzt dabei gleich allen Vertretern der Zettelbanken voraus, dass eine vorsichtig geleitete Bank von Kriegsfällen etc. abgesehen gar nicht in einen solchen Fall kommen könne, und dass sie in solchen Ausnahmefällen eine moralische und criminalistische Indemnität erhalten werde. Er übersieht dabei, dass die Rechtlichkeit und Redlichkeit der Notenemission einerseits und die s. g. Freiwilligkeit des Publicums in Betreff der Annahme und des Nichtpräsentirens der Noten ein s. g. amerikanisches Duell¹⁾ miteinander haben, bei welchem der eine Begriff untergehen muss. Beide Begriffe sind aber gleich nothwendige Tragsäulen der Tooke'schen Theorie. Stürzt die eine derselben, so ist es auch um die Banking-Partei geschehen. Die Notenfreunde denken gar nicht an den Fall, dass selbst die deutsche Geduld des Publicums reissen kann, dass die öffentliche Meinung lebhaft, um nicht zu sagen stürmisch darauf dringen kann, dass die unten Cap. VIII. genannten Vereine etc. die Notenbanken zwingen, „die Bude zu schliessen“²⁾, und dass die Reichsbank ihren Baarfonds bis zur Voldeckung verstärkt. Das Eintreten dieses Falles ist aber keineswegs unmöglich, sondern vielmehr höchst wahrscheinlich, denn mächtige Kräfte wirken in dieser Richtung, vgl. unten Cap. VIII. Auch Wagner (System) betrachtet viele kleine Banken als lebensunfähig.

Die Noten haben also die stillschweigende Clausel beim Einlösungsversprechen: vorausgesetzt, dass nicht in der

¹⁾ Die Duellanten loosen und derjenige, der das Loos zieht, muss sich selbst erschiessen.

²⁾ Dieser Ausdruck stammt nicht von mir, sondern von zwei Notenfreunden Windthorst-Meppen und L. Sonnemann.

Wissenschaft, in den Regierungskreisen und in der öffentlichen Meinung die Münzpartei siegt. Der Einwand, dass jenes systematische Einlösen, vom Standpuncte der Bankingschule aus betrachtet, volkswirthschaftlich unklug wäre, ist nicht stichhaltig, denn die Notenbesitzer haben das Recht zu einem solchen Vorgehen. *Qui jure suo utitur neminem laedit.*¹⁾ Wenn Jemand dies Recht leugnet, so macht er die Freiwilligkeit zu einer sinnlosen, auf Täuschung berechneten, nur auf dem geduldigen Papier stehenden Phrase. Ein unbedingtes Versprechen kann wohl durch eine höhere Gewalt z. B. Erdbeben, Aufstände etc. zeitweilig, oder ganz hinfällig werden; aber Niemand darf ein unbedingtes Versprechen geben, welches er mit mathematischer Gewissheit nicht erfüllen kann, wenn Andere ihr gutes Recht benutzen, von ihrer Willensfreiheit und Freiwilligkeit Gebrauch machen. Sonst konnte jeder Bankrotteur und jeder leichtsinnige Student oder Lieutenant zu seinen Gläubigern sagen: „Ja, meine Herren, warum sind Sie alle auf ein Mal gekommen? Fällig sind meine Wechsel wohl, aber ich dachte, der eine würde 1875 präsentirt werden, der andere 1876 und so fort.“ Wenn A. Orton, der Pseudo-Tichborne, und Don Carlos Obligationen ausstellen in der Hoffnung, die Tichborne'schen Güter, bezw. die spanische Königskrone zu erlangen, so hat Das noch etwas Sinn, aber Goldschmidt, Renaud und überhaupt die Juristen aller Völker und Zeiten würden grosse Augen machen, wenn ihnen Jemand mit einem Wechsel käme:
 zahlbar, wenn die Plutonisten über die Neptunisten
 siegen,

¹⁾ Es ist schon aus diesem Grunde absurd, wenn der „Demokrat“ Sonnemann und Andere von „erworbenen Rechten“, von einem Stuartisch - Bourbonischen göttlichen Rechte der Notenbanken sprechen.

oder: zahlbar, wenn die Darwinisten über die Anti-Darwinisten siegen,

oder: zahlbar, wenn diese oder jene politische, oder nationalökonomische Doctrin, oder Partei siegt.

Die Notenfreunde, z. B. Wagner, sagen, dass die Zettelbanken mittelst Ausgabe von Banknoten „Credit aufnehmen.“ Auch die meisten Notengegner äussern sich ähnlich, wenn sie auch den Banken vorwerfen, dass sie unverzinsliche Darlehen beim Publicum aufnehmen.

In Wirklichkeit kann indess von einem Creditaufnehmen hier nicht die Rede sein, man müsste denn den s. g. Puff forcé der Studentensprache auch zu den Creditgeschäften zählen. Unter jenem Puff versteht man das vorherige Consumiren von Getränken etc. und das nachherige Geständniss, dass man nicht zahlungsfähig ist. Ein solches Vergehen wird von den studentischen Ehrengerichten mit Veruruf bestraft. Zum Begriff des Creditgebens gehören in der That als integrirende Theile die Momente des Bewusstseins und der Freiwilligkeit.¹⁾ Sonst wäre ein Cassirer, Postbeamter etc., der, vielleicht aus Noth, einen Unterschleif begeht und den aufrichtigen Vorsatz hat, das Gestohlene sobald als möglich zu ersetzen, kein Dieb, sondern ein Creditnehmer. Mit jener Logik kommt man consequenter Weise zur jesuitischen Lehre von der reservatio mentalis und zur Gury'schen Moral.

Wagner kennt nur drei Möglichkeiten: Freiwilligkeit der Notenannahme, einen factischen Zwang dazu, oder den Zwangscours. In den weitaus meisten Fällen, namentlich bei der lebenden Generation, werden die Noten indess ganz

¹⁾ Wenn Jemand vor einem Ehegericht beweist, dass er unbewusst geheirathet, d. h. gar nicht daran gedacht hat, dass er auch ledig bleiben, oder eine Andere heirathen könne, so wird seine Ehe für nichtig erklärt. Jeder Kaufcontract enthält Wendungen wie „nach reiflicher Ueberlegung,“ „mit Verzicht auf alle Einreden“ etc.

mechanisch und unbewusst genommen, weil man sie einfach als Geld ansieht. Man braucht kein Hartmannianer zu sein, um zuzugestehen, dass das Unbewusste wirklich eine sehr grosse Rolle in der Welt spielt. Wagner spricht passim davon, dass Noten thatsächlich so Manches vom Wesen des Papiergeldes annehmen können, aber in der Regel legt er den would-be-juristischen Begriff der Noten zu Grunde, der überdies, wie gezeigt, eine juristische Unmöglichkeit involvirt. Selbst vom Banking-Standpuncte aus ist dies Verfahren falsch: der Rechtsbegriff der Noten kommt nur in seltenen Fällen, z. B. bei Processen, in Betracht. Die Nationalökonomie und Gesetzgebungspolitik hat es dagegen fast ausschliesslich mit dem volkswirtschaftlichen, thatsächlichen Wesen der Noten zu thun. Einen ähnlichen logischen Fehler beging Pütter, wie R. v. Mohl und Roscher Gesch. d. N. Oek. S. 318 hervorheben. Die Banking-Partei verfährt überhaupt, wie etwa ein fremder Diplomat in Frankfurt gehandelt hätte, wenn er in den 50er Jahren die deutsche Wirklichkeit in den Berichten an seine Regierung durch die gefärbte Brille der Fiktionen des Bundesrechts, z. B. der gleichen Souveränität Lippe-Detmolds und Preussens etc., betrachtet hätte. Das quod non est in actis, non est in mundo ist auch hier unrichtig.

Im Eifer der Polemik gegen die Socialisten liess Prince-Smith sich einmal dazu fortreissen, den Satz aufzustellen, der factische Zwang zum Abschluss der Lohnverträge sei auf Seiten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich gross, während in Wirklichkeit das Zünglein der Wage nach Zeit und Ort sich fast stets auf die eine oder die andere Seite neigt. Aehnlich operiren die Notenfreunde häufig nicht mit der wirklichen Welt, in der das Gesetz der Abhängigkeit der Schwachen von den Starken so mächtig waltet, wie das Gesetz der Schwere in der physischen Welt, — sondern mit fingirten ganz gleichen citoyens à la Rousseau. Das

bekannte Aufdringen und künstliche Verbreiten der Noten der kleinen mitteldeutschen Banken wird von Wagner einfach mit dem Souveränitätsmissbrauch der betref. Regierungen erklärt. Dieselben hätten indess trotz ihrer Souveränität nicht die Macht besessen, z. B. eine grosse perennirende Wechselreiterei zu treiben. Es musste noch ein anderes Moment hinzukommen, nämlich der Geldcharakter der Noten. Siemens (o. c. S. 8) sagt treffend: „In der... Provinz Sachsen wird das von den Viehhändlern auf den Höfen angekaufte Vieh fast lediglich mit Noten der kleinen sächsisch-thüringischen Banken bezahlt. Die Händler kaufen dieselben mit $\frac{1}{8}$ — $\frac{1}{6}$ % unter Pari an der Berliner Börse und geben dieselben zu Pari an den Landwirth. Selbst grosse Gutsbesitzer können sich der Annahme nicht entziehen, so gern sie auch möchten, weil sie im andern Fall ihr Vieh schwerer verkaufen würden.“ Conrad sagt (a. a. O. S. 155): „Aehnliches ist uns aus eigener Erfahrung für die östlichen Provinzen Preussens bekannt, wohin noch in neuerer Zeit (nicht nur, wie Wagner annimmt, in den 50er Jahren) bedeutende Quantitäten mitteldeutscher Noten zur Unterbringung gegen Provision versendet sind.“ „Die kleinen Banken sind mit ihren Zetteln hausiren gegangen“ (Bamberger o. c. S. 86). Es ist auch höchst wahrscheinlich, dass Noten, auch Noten mittlerer Banken, noch auf eine andere, von Wagner gar nicht beachtete Art künstlich in Cours gesetzt wurden. Da die ungedeckten Noten den Banken nur die Druckkosten, d. h. weniger als 1 % des Nominalwerthes kosten,¹⁾ so können

¹⁾ Michaelis' Schätzung der Kosten Bd. II. S. 308 ist wohl viel zu hoch. Auch die kleinen Banken haben — von dem unten Cap. VIII. besprochenen Falle abgesehen — in Friedenszeiten massenhafte Präsentationen von Noten wohl nicht zu befürchten, und sie machen auch bedeutende Gewinne an den verloren gehenden Noten.

sie dieselben mit einem bedeutenden Rabatt an Wechsler, Bankiers und Cassirer zur Verbreitung übergeben. Münzscheine¹⁾ giebt es noch gar nicht, und das deutsche Staatspapiergeld enthielt nur kleine Appoints, so dass jene Notenvertheilung leicht von Statten gehen musste. Auch Wagner führt ähnliche Thatsachen an, z. B. den Verkauf von Noten an fernen Orten und selbst unter Pari. (Beitr. S. 124.) Dasselbst citirt er folg. Stelle aus dem Preuss. Handelsarchiv: „Es werden durch Agenten an den Börsen Wechsel zu einem erheblich niedrigeren, mitunter 2% billigeren als dem allgemein üblichen Zinsfusse unter der Bedingung angekauft, dass der Betrag in den fremden Noten angenommen werden muss. Es werden Darlehensgeschäfte gegen blosse Hinterlegung von Drei-Monats-Accepten unter der nämlichen und gewöhnlich noch unter der ferneren Bedingung gemacht, dass das Darlehen nicht in den ausgeliehenen Noten, sondern in preuss. Gelde zurückzuzahlen ist!! Agenten, welche für die Unterbringung der Noten Provision erhalten, bieten dieselben zu solchen Geschäften durch Zeitungsannoncen und Circuläre aus. Auf den Messen werden die Noten geradezu als Waare verkauft“ [wie falsche Münzen und Papierscheine]. Aehnlich heisst es (Syst. S. 42), eine besondere Verbreitung dieser „wilden“ Noten zeige sich nach den grossen Messen. Wagner meint o. c. S. 125, 218, Geldth. S. 148 die Concurrenz und gegenseitige Controle der Banken werde solche Missbräuche verhindern. Er vergisst dabei, dass die Eisenbahn-Könige es vorziehen, ihre Bahnen zu fusioniren, um gemeinsam das Publicum auszubeuten, was schon die alten Zünfte thaten. Clericus clericum non decimat. Ein Gründer hackt dem andern die Augen nicht aus. Gegenwärtig neigt Wagner (Rau-Wagner Finanzwiss. Th. I. 1872) aus eben diesen Gründen sehr

¹⁾ 3000 Th. wiegen einen Centner.

stark zum Staatsbahn-System. Selbst unter der Gewerbe-freiheit kommen erfolgreiche Coalitionen von Fleischern und Bäckern zu einer künstlichen Festhaltung übermässig hoher Preise vor (vgl. Walcker Nat. Oek. 1875. S. 100 u. 101).

„Ein anderes schlechtes Manöver, welches von einer der neuesten Banken . . . berichtet wird, ist, dass diese Bank bei Einzahlungen auf ihre Actien ihre eigenen Noten sich anzunehmen verweigert. Man begreift . . . nicht, wie Das möglich ist, da man . . . ja nur die Noten zur Einlösung zu präsentiren brauchte . . .“ (Wagner Beitr. S. 125). Die Erklärung liegt ohne Zweifel in der Abhängigkeit der Actionäre von den Gründern. Um an der Ausbeutung des Publicums durch die Notenpresse Theil nehmen zu können, lässt man sich schon viel gefallen, ähnlich wie sich die deutschen Bischöfe 1870 ff. aus hierarchischen und pecuniären Gründen Unglaubliches von der römischen Curie gefallen liessen. Man denke auch an die vornehmen Herren und Damen, welche Law überliefen.

Auch Wagner (S. 215) giebt zu, dass das preuss., 1856 erlassene Verbot fremder Banknoten fast ganz gerechtfertigt war. (In Wirklichkeit war es ganz gerechtfertigt und höchstens von Seiten seiner Durchführbarkeit anzugreifen.) „Sobald einmal die Banknoten ein verbreitetes Umlaufsmittel geworden sind, ist es für den Einzelnen schwer, die Annahme zu verweigern“ (Wagner Syst. S. 9); „schwer“ ist noch viel zu wenig gesagt. „Jetzt haben selbst alle grösseren Geschäfte mehr Zettel als baares Geld in ihren Kästen, das sie selbst zu Lohnzahlungen erst der Bank entnehmen müssen. In den kleinen Fabrikstädten ist der preuss. Cassenschein unter der Anzahl wilder Scheine eine rara avis“ (v. Unruh im Reichstage am 18. Nov. 1874). Welche Missbräuche in dieser Beziehung gäng und gäbe waren und sind, zeigen die Reichstagsverhandlungen von 1869 und die gegen das Lohnzahlen in schlechten Münzen etc. gerichteten Paragraphen 134 und 146 der Reichs-

Gewerbeordnung (vgl. die Ausg. u. Commentare von Kletke und Koller und Hirth's Annalen). Siemens (S. 8.) sagt mit Recht: „Wie gross die Macht dieser Verhältnisse war, mag . . . die Thatsache beweisen, dass keine preuss. Behörde je gewagt hat, das Gesetz vom 25. Mai 1857, wonach das Angebot oder die Ausgabe von ausserpreuss. Banknoten mit 50 Thlr. Geldbusse bedroht wurde, zum Vollzug zu bringen, obgleich dasselbe unzweifelhaft millionen Mal übertreten worden ist.“ (Vgl. Wagner Syst. S. 38, 39, Geffcken S. 54, 55.) Ebenso ging es in anderen Staaten, z. B. nach Mathy in Baden: „Selbst in der Generalstaatscasse finden sich grosse Summen fremden Staatspapiergeldes und Banknoten trotz des allgemeinen und für die Staatscassen noch speciell gegebenen Verbotes der Annahme, weil eben das Papiergeld nicht zurückgewiesen werden könne.“ (Vgl. Wagner Syst. S. 6, 7, 9—11, 40—42, 160.) Conrad bemerkt treffend: „Es ist kaum ein schlagenderer Beweis möglich, wie schwach es mit dem freien Belieben der Acceptation der Circulationsmittel steht, denn gern sind jene fremden Scheine sicher von Niemand genommen.“ Auch die vis inertiae wirkt in dieser Richtung (vgl. Wagner o. c. S. 388).

Die Thüring. Bank sagt (nach Wagner Syst. S. 54) im Bericht für 1865 naiv: „man habe die angenehme Erfahrung gemacht, dass die Noten bei gewählter Vertheilung (!) allenthalben leicht Verbreitung fänden.“ (Ganz wirkungslos scheint übrigens das 1855 erlassene preuss. Verbot kleiner nicht preuss. Noten nicht gewesen zu sein, weil es Handwerkern etc. eine Stütze bot, um jene Scheine zurückzuweisen, vgl. Unruh S. 30.) M. Wirth sagt in der Allg. Ztg. 1874 No. 287: „Wir selbst haben, zu einer Zeit, wo alle fremden Banknoten . . . unter 10 Thlr. . . . in Baiern bei 50 Fl. Strafe verboten waren, mit Zehn-Gulden-Noten der Frankfurter Bank an der Casse der baier. Staatsbahnen

zu München bezahlt.“ Die angebliche Freiwilligkeit der Notenannahme erinnert an jenen von russischen Bajonetten umgebenen polnischen Reichstag, der ganz freiwillig die Theilung Polens beschloss und an die Gellert'sche Pfarrervahl, an die Frage des Amtmanns: „Wollt Ihr den Herrn zum Pfarrer?“ Wenn man den conservativen Bauern und Junkern, den Ultramontanen, den socialistischen und Schulze-schen Arbeitern, der Armee, den Geistlichen,¹⁾ den Beamten, den kleinen Rentiers etc. des Pudels Kern klar machen und sie fragen wollte, ob sie freiwillig den Notenbank-Gründern zinslose Darlehen machen wollen, so würden sie mit einem millionenfachen quos ego! antworten. Dabei ist zu beachten, dass jene Darlehens-Auslegung der Notenausgabe, welche in Wirklichkeit auf Falschmünzerei hinausläuft, noch die denkbar mildeste Auslegung der Sache ist. Auch Wagner (Beitr. S. 31) sagt: „lächerlich ist es . . ., wenn sie [die Banken] an der Spitze ihrer Statuten alle möglichen erhabenen Zwecke wie „Förderung der Gewerbe, des Handels, der Landwirthschaft“ als die ihren ausposaunen . . . Eben so gut kann jeder Bremer Tabaks- oder Baumwollhändler . . . [an einer Parallelstelle heisst es: „jeder Schuster“] solche Zwecke sein nennen.“

Wagner u. A. sehen in der Beschränkung der Notenappoints auf höhere Beträge z. B. 100 Mark eine Garantie voller Freiwilligkeit der Notenannahme. Auch kleine Leute erhalten übrigens viele Zahlungen von 100 und mehr Mark, z. B. als Gage (auch für Handwerkswaaren etc.) 1200 M. sind nur 400 Thlr. (vgl. Delbrück's Rede vom 16. Nov. 1874 und O. Michaelis Rede vom 18. Nov. 1874 im Reichstage). Kann ferner ein Professor, ein Akademiker, ein Ge-

¹⁾ Vgl. die geistvolle Schrift von Prof. Köllner in Giessen: Die wichtigsten Fragen der Gegenwart in Staat und Kirche, 1874, S. 167, 168, der das Notenunwesen mit Recht mit der socialistischen Staatshülfe vergleicht.

heimrath, ein General, ein Armeelieferant etc., selbst wenn er Humboldt, Liebig, Bismarck oder Moltke heisst, wohl die Annahme preuss., baier. etc. Noten bei Gagenzahlungen verweigern? Und wenn er es könnte, wer wird der Erste sein und in ein Wespennest stechen wollen? Auch mit grossen Geschäftsleuten verhält es sich so, vgl. oben S. 39. Ein Mitglied der 1870 vom Deutschen Handelstage berufenen Bankconferenz führte aus, „dass er ein sehr grosses Kundengeschäft habe, in welchem er viele Millionen umsetze. Trotz dieser günstigen Stellung sei er . . . in die Nothwendigkeit versetzt, sowohl die ihm offerirten [wegen ihrer nichtrunden Summe noch unbequemerem] Coupons als die fremden Banknoten in Zahlung anzunehmen, sonst werde man ihm die Kundschaft ebenso wie seinen kleineren Concurrenten kündigen. Das Publicum sei daher nicht in der Lage, sich wenig fundirter Banknoten zu erwehren, und der Staat habe die Pflicht, dasselbe gegen die Emission solcher Papiere zu schützen“ (Perrot S. 174). Selbst Fürsten, Magnaten und grosse Rentiers müssen Noten nehmen, weil Gold und Wechsel unbequem sind, und weil es vollgedeckte Münzscheine noch nicht giebt.

Die Tooke'sche Schule befindet sich zwischen einer Scylla und einer Charybdis. Werden die Noten einer Bank an den Staatscassen nicht genommen, so muss die Bank bald ihr Noten-„Geschäft“ aufgeben, und werden sie genommen, so sind sie Geld.¹⁾ Beides wird von Bamberger (S. 108 u. 106) zugegeben. Im ersten Falle folgen die Communal-, Privatbahn-Cassen etc. u. die Geschäftsleute dem Beispiel des Fiscus. Auch im täglichen Leben kann man Aeusserungen der Art oft hören. Ich habe z. B. im März 1875, also

¹⁾ Halb und halb wird Letzteres selbst von Wagner Syst. S. 43 und im D. Staatsw. Bd. XI, 321 zugegeben. Vgl. die Motive des Gesetzentwurfes des Reichskanzleramtes Punct 2.

nach Einführung der Markwährung, von einem Karlsruher Krämer gehört, Lübecker Noten würden nur sehr ungern, höchstens von Geschäftsleuten, genommen, weil sie an den öffentlichen Cassen zurückgewiesen werden. Badische, württembergische etc. Guldennoten wurden indess damals noch angenommen. Es ist mir zufällig ein Fall bekannt, dass ein süddeutscher Fabrikant 1875 1 Rostocker und 1 Lübecker Zehn-Thaler-Schein zu Lohnzahlungen benutzt hat. Wahrscheinlich hat er diese Scheine auf die oben S. 39 geschilderte Art direct, oder indirect erhalten.

Ob die Annahme bei den öffentlichen Cassen auf einem gesetzlichen Zwangscours beruht, wie in England in Betreff der Noten der Englischen Bank,¹⁾ oder ob sie widerruflich gewährt wird, oder ob sie bloß factisch besteht, ist gleichgültig (vgl. oben S. 42). In vielen Cantonen der Schweiz war es sogar Privaten unverwehrt, nach Belieben Noten auszugeben. Das Bankhaus Marcuard & Comp. in Bern hat einmal von diesem Recht Gebrauch gemacht, aber aus Mangel an Absatz nach M. Wirth wieder darauf verzichtet. Ohne Zweifel, weil die Noten nicht an den Staatscassen angenommen wurden. Auch die Notenpartei weiss sehr wohl, wie nothwendig für sie der factische Zwangscours ist, welcher durch die Annahme der Noten bei den öffentlichen Cassen geschaffen wird. Die 1874er Denkschrift der Notenbanken (S. 9, 15, 22) sträubt sich heftig gegen die selbst von Sonnemann (S. 39) gebilligte — formelle²⁾ — Aufhebung des Privilegiums der Notenannahme³⁾ bei den öffentlichen Cassen. Auch Bamberger (S. 105 ff., insbes. S. 108)

¹⁾ Trotzdem leugnet die Tooke'sche Schule auch den Geldcharakter der Noten der Bank von England.

²⁾ Vgl. unten Cap. VI.

³⁾ Auch die englischen, französischen etc. Notenfreunde sind für dasselbe vgl. Wagner im D. Staatsw. XI, 320.

fordert den gesetzlichen Zwangscours für die Annahme an den Staatscassen.

Das Publicum macht nur einen Unterschied zwischen ächten und falschen Noten und zwischen solchen, die al pari und solchen, die mit einem Disagio von mehr als einigen Procent umlaufen. Wenn man einem preuss., baier. etc. Bauern gesagt hätte, er könne ja eine Note der Preuss., Baier. etc. Bank zurückweisen, so wäre ihm Das vorgekommen wie ein Rath, ein ächtes Thaler- oder Guldenstück¹⁾ zurückzuweisen, wie eine Art Auflehnung gegen den König. Schon das Concessionswesen von Actiengesellschaften für den Bergbau, die Industrie etc. führte selbst das gebildete Publicum zu der Vorstellung, dass darin eine Art Staatsgarantie liege (vgl. Wagner Beitr. S. 157, 158). Alle Völker sehen ferner das Geldwesen als ein unveräusserliches Hoheitsrecht des Staates an. Wenn Wagner selbst das Bestehen eines Münzregals leugnet, falls nicht ein specielles Gesetz ein solches eingeführt (richtiger: constatirt) hat, so ist Das eine vom banking-principle beeinflusste Abstraction aus der vielstaatlichen deutschen Misère, aus der Zeit, in welcher Deutschland sich „in seiner tiefsten Erniedrigung“ befand (wie es in jener Palm'schen Broschüre heisst). Alle Völker und Zeiten waren und sind darin einig, dass das Geldregal ein Attribut der Staatsgewalt ist. Der preuss. Handelsminister v. d. Heydt bezeichnete z. B. mit Recht die Banknotenausgabe als einen Ausfluss des Münzregals (vgl. seine Rede im Abg.-H. am 20. April 1857 und die preuss. Denkschrift im Preuss. Handelsarchiv 1857 No. 20). Auch in föderalistisch zerrütteten Staatswesen wie im alten deutschen Reich besass kein Fürst und keine Reichsstadt das Münzrecht, wenn sie nicht zugleich andere Souveränitätsrechte z. B. den Blutbann besaßen. Der kleinste

¹⁾ Jetzt stellt sich die Sache ganz analog.

Duodezfürst hätte jeden Unterthan, der sich das Münzrecht angemasst hätte, sofort als Falschmünzer hinrichten lassen. Die technische Herstellung von Münzen kann wohl Privaten in Entreprise gegeben, bezw. erlaubt werden, was bekanntlich in Frankreich und in den V. Staaten vorgekommen ist, — aber die Münzgesetzgebung ist Sache des Staates. Ein münzpolitischer Mitregent des deutschen Kaisers und der Fürsten wäre etwas noch viel Absurderes, ein als kirchenpolitischer à la Pius IX. Selbst zur Zeit Torquemada's und Arbues' hat sich die Hierarchie um reine Civilangelegenheiten wenig oder gar nicht gekümmert; der münzrechtliche Mitregent könnte dagegen vermöge seines Einflusses auf alle Preise, Besoldungen etc. zahllose hochwichtige Gesetze und Verordnungen des Reiches und der Einzelstaaten, auch militärische Anordnungen, auf's empfindlichste durchkreuzen und lähmen. Cobden sagt mit Recht: „Ich verstehe Die nicht, welche Gesellschaften von Kaufleuten das Recht lassen wollen, nach Belieben die Summe der Circulationsmittel zu vermehren, oder zu vermindern, Das wäre, als ob man ihnen das Recht geben wollte, nach Belieben die Elle zu verkürzen, oder zu verlängern.“ (Vgl. Geffcken S. 73, Pözl und Wolowski bei Wagner Syst. S. 2 A, Bluntschli's Allg. Staatsrecht und Gneist's Engl. Verwaltungsrecht, Register unter Münzrecht.) Ein Theil der Vertreter der Notenpartei, z. B. Bamberger, fasst den Zwang zur Annahme der Noten au coeur léger auf. Er schlüpft darüber mit einer Wendung wie die hinweg: „dass eine richtige Bank keine Privatanstalt ist“ (S. 108) oder mit anderen Worten: der Zweck heiligt die Mittel. Obgleich Bamberger in politischer Beziehung dem Reiche der Hohenzollern eine Kammermajoritäts-Regierung (à la Louis Philippe) empfiehlt,¹⁾ so huldigt er doch hier der Lehre vom be-

¹⁾ 1874 in zwei Leitart. der Allg. Ztg.

schränkten Unterthanenverstande, Alles in majorem gloriam der ungedeckten Noten. Er will die Völker von Staatswegen beglücken, wenn auch nicht ganz nach der Methode der Socialisten und Communisten.

Wagner dringt dagegen wiederholt (z. B. im D. Staatw. X, 319) darauf, dass die Annahme der Note „durchaus freiwillig“ bleiben muss. Diese Forderung ist ganz consequent, denn ein Anhänger der Notenpartei, der Zwang brauchen will und den Geldcharakter der Noten zugiebt, hat sein Spiel schon verloren. Jene Forderung Wagner's zeugt von seiner Gewissenhaftigkeit und von seiner wissenschaftlichen Gründlichkeit,¹⁾ aber sie ist aus dem oben S. 44 dargelegten Grunde unerfüllbar. Man kann die Menschen zu den verschiedensten Dingen zwingen, aber nur nicht zur Freiwilligkeit. Es würde nicht einmal genügen, allen Bürgern und Bürgerinnen die Kenntniss der Tooke'schen Lehre vorzuschreiben, sondern man müsste auch von Staatswegen den Glauben an dieselbe verlangen. Da Wolowski, Knies, Schäffle, Conrad u. A. trotz ihrer Kenntniss der Banking-Principien diesen Glauben nicht haben und gleich der ungeheuren Majorität aller Nationalökonomien und Staatsmänner Noten für Geld halten, so kann man exacter Weise nicht sagen, dass sie freiwillig Noten nehmen.

In einer Denkschrift des zur Zeit noch recht notenfreundlichen D. Handelstages (bei Perrot S. 130) heisst es mit Recht: „Die Banknoten . . . vertreten die Stelle des baaren Geldes und zwar in der Weise, dass im Volksbewusstsein der Unterschied zwischen Banknoten und Staatspapiergeld beinahe völlig verwischt ist.“ (Auch dies „beinahe“ ist noch zu streichen. Vgl. Eras' und A. Meyer's Ausführungen auf dem Handelstage von 1872 und Eras

¹⁾ Wer an die Berechtigung der Noten glaubt und die Sache ernst nimmt, muss folgerichtig zu jener Doctrin gelangen.

o. c. S. 172, 173.) Bamberger giebt mit dürren Worten zu: „... Banknoten sind Geld. Mögen die Theoretiker über ihre Natur streiten ..., für die Welt der thatsächlichen Vorgänge, sind sie Geld, sollen sie Geld sein.“ (S. 95, vgl. S. 106.)

Auch Wagner giebt unbewusst den Geldecharakter der Noten zu, indem er (Syst. S. 59, 60, 593, 675) verlangt, dass der Gewinn aus den verloren gegangenen Noten an die Staatscasse fällt. Sogar die 1873er Denkschrift der Zettelbanken stellt dieselbe Forderung, welche von den preuss. Privatbanken auch analog erfüllt wird, indem sie den Betrag zu mildthätigen Zwecken verwenden. Dies Verfahren erinnert an jene russischen Parvenus, welche, nachdem sie sich per nefas et fas ein grosses Vermögen erworben, im Alter Kirchen dotiren.

Wagner (D. Staatswört. VII. 651, XI, 304) meint, die Noten ersetzen das Geld nur in seiner Function als Umlaufsmittel, nicht auch in seinen beiden anderen Functionen als Währung und Preismaass. Formell thun sie es allerdings nicht, aber wohl factisch. Wenn die Zettelbanken als solche — mit Ausnahme einiger kleiner ganz lebensunfähiger — fortbestehen, so werden die Reichsnoten in ganz Deutschland und die Noten der übrigen Banken in ihrem volkswirthschaftlichen Rayon thatsächlich bei allen öffentlichen Cassen stets angenommen werden und thatsächlich Währung sein. Dass irgend ein Sonderling, Chicaneur oder Betrüger in Ausnahmefällen die Noten zurückweisen mag (vgl. unten Cap. VI) ändert daran im Wesentlichen nichts. *Minima prætor non curat*. Die Tooke-Wagner'sche Vorstellung, dass zum Begriff der Währung die Ausschliesslichkeit gehöre, ist eine schiefe *petitio principii*. In Deutschland etc. kann man z. B. der Kürze halber schlechtweg von der Goldwährung sprechen. Art. 9. des Reichsmünzgesetzes vom 9. Juli 1873 sagt indess nur: „Niemand ist verpflich-

tet, Reichssilbermünzen im Betrage von mehr als 20 Mark und Nickel- und Kupfermünzen im Betrage von mehr als 1 Mark in Zahlung zu nehmen,“ aber er verbietet diese Annahme nicht. Mehr als 100 Pfennig in Nickel oder Kupfer wird selten Jemand annehmen, dagegen kommen zahlreiche Fälle vor, dass der Gläubiger mehr als 20 Mark in Thaler-, Zwei-Thaler- oder Mark-Stücken annimmt. Da ferner die unteren Classen wegen ihrer grossen Zahl den grössten Theil der Steuern, besonders der indirecten Steuern, aufbringen, so ist es sehr wahrscheinlich, dass die Gesamtsumme der zahllosen kleinen Zahlungen in Silber die weniger häufigen Zahlungen in Gold weit überwiegt. (Beiläufig bemerkt, ist auch die Papiervaluta, z. B. die russische, factisch keineswegs eine ganz ungemischte Währung, denn die geringhaltige russische Scheidemünze der 48er Probe¹⁾ hält sich gut im Verkehr, weil sich ihre Ausfuhr nicht lohnt, und auch Imperiale werden täglich an den russischen Börsen gehandelt).

Bamberger (S. 108) sagt mit Recht: „Eine Nationalbank ist nicht denkbar ohne die Wirkung, dass der Staat ihre Zettel an Zahlung wie Geld annehme. Wer sich das Gegentheil vorstellen kann, dem muss in der That die Fähigkeit abgesprochen werden, sich von dem Gange der Dinge in der lebendigen Welt Rechenschaft zu geben.“ Ebenso unmöglich ist es, dass das Beispiel der Staatsgewalt und der grössten Wirthschaft im Volke nicht von den kleinen Wirthschaften unseres loyalen und ruhigen Volkes nachgeahmt werden sollte.

Wenn auf jeder Rechnung stände: zahlbar in Mark Gold, bzw. in Mark Silber, so könnte man noch bestreiten, dass die Noten auch ein Preismaass sind. Das ist indess

¹⁾ Das bessere Silbergeld der 72er und namentlich der 83 $\frac{1}{3}$ er Probe wurde dagegen ausgeführt.

so wenig der Fall, dass die Noten factisch die Hauptwährung für alle grossen Zahlungen sind, und dass Gold- und Silbermünzen nur wie eine Art Scheidemünze daneben gebraucht werden. Ja selbst grosse Noten spielen oft die Rolle einer Art Scheidemünze gegenüber in- und ausländischen guten Werthpapieren, welche so Etwas wie eine nationale, bezw. internationale Währung sein können. Die Preise der Dinge hängen ab:

1) Von den verschiedenen Productions-, Verkehrs- und Consumtionsverhältnissen der Waaren selbst. Vgl. Roscher I. § 107 ff., 130 ff.

2) Von der Menge der Noten, Gold- und Silbermünzen.

Wenn es Waaren gäbe, die nur in kleinsten Mengen gebraucht werden, so würde ihr Detailpreis auch vom Nickel- und Kupferpreise mit bestimmt werden.

IV.

Die Geldverdrängung und die künstliche Vertheuerung des Lebens durch die ungedeckten Banknoten.

Wagner lehrt a. a. O., dass zwar gewisse (hier irrelevante) Verschiedenheiten zwischen der Geldverdrängung durch Noten und durch die übrigen „Geldsurrogate“ bestehen, dass indess eben alle „Geldsurrogate“, auch die Noten, die Münzen mehr oder minder verdrängen. In Wirklichkeit werden dagegen die Münzen nur durch das Papiergeld (das eigentliche, das uneigentliche und die Noten) entwerthet, und diese Entwerthung führt, ähnlich der Papiergeld-Entwerthung, zu künstlichen Preissteigerungen, zu Entbehrungen und zum Elend zahlreicher Classen (vgl. unten Cap. V). Selbst wenn es wahr wäre, was nicht wahr ist, dass auch Wechsel und

andere „Geldsurrogate“, deren Abschaffung nicht in der Macht des Staates steht, das Geld ersetzen und verdrängen, so würde daraus noch kein Recht des Staates folgen, muthwilliger Weise durch Papiergeld und Noten Oel in's Feuer jener Uebelstände zu giessen. Das wäre so, als wenn etwa ein Staatsmann sagen wollte: weil in der Gegenwart stark hypercentralistische und geldoligarchische, die schöne Decentralisation der deutschen Cultur und die Existenz des Mittelstandes bedrohende Tendenzen sehr mächtig sind,¹⁾ so muss man dieselben von Staatswegen noch befördern. Selbst ein höchst populärer Staatsmann würde einen furchtbaren Sturm hervorrufen, wenn er z. B. im Reichstage eine solche Tendenz ausspräche.

Hinsichtlich der Geldmenge bin ich früher, z. B. in meinem Lehrbuch der N.-Oek. den üblichen, von den meisten N.-Oekonomen vertretenen Ansichten gefolgt. Eine genauere Prüfung der Frage hat mich indess überzeugt, dass dieselben wesentliche Irrthümer enthalten:

1) Anweisungen, Wechsel und Checks ersparen wohl dem X, Y, Z . . . Geldzahlungen, aber nicht der Volks- und Weltwirthschaft im Ganzen. Schon Rau (I § 287) hebt richtig hervor, dass durch die Wechsel keine Ersparniss an Geld bewirkt wird (weil sie ja in Geld — in Münzen oder Noten — bezahlt werden, analog wie Rechenpfennige beim Kartenspiel die schliessliche Zahlung in Geld nicht entbehrlich machen). Der Platz A zieht für x Millionen Mark Wechsel auf den Platz B und umgekehrt, und das Saldo wird durch die Arbitrage ausgeglichen. Das Saldo der verschiedenen Volkswirthschaften kam auch beim weit ge-

¹⁾ Ich bemerke ausdrücklich, dass ich diese Behauptungen keineswegs unbedingt unterschreibe. Ich führe sie aber als Beispiel an, weil sie gäng und gäbe sind, und weil sie bei zahllosen Politikern und N.-Oekonomen ein fast kanonisches Ansehen besitzen.

triebensten System von Noten, Checks etc. nur durch Barren- und Münzsendungen beglichen werden. Unter Umständen können selbst innerhalb einer Volkswirtschaft beträchtliche Barren- und Münzsendungen zu mercantilen etc. Zwecken vorkommen. Der Einwand, dass man ohne Wechsel für die Bezahlung und Assecuranz der Edelmetall-Sendungen mehr Geld brauchen würde, ist nicht stichhaltig, denn ohne Wechsel würden überhaupt die Umsätze viel kleiner sein. Man kann sich das Gesagte auch in der Weise klar machen, dass man daran denkt, dass das Capital der Unternehmer nach Hermann's und Brentano's treffenden Ausführungen ja nur ein „Frachtmittel“ von den Producenten zu den Consumenten ist, dass die Kaufleute und Bankiers nur Mittelspersonen zwischen diesen beiden Classen sind, und dass alle Productions- und Consumtionsausgaben eines Privaten oder einer Regierung durch Grundrenten, Arbeitslöhne, Capitalzinsen, oder Unternehmerlöhne gedeckt sein müssen, und dass Grundrenten etc. in Geld (Münzen, Papiergeld und Noten) entrichtet werden. Die häufig citirte Notiz, dass in England $\frac{9}{10}$ „aller“ Zahlungen ohne Münzen und Noten abgemacht werden, ist nur richtig für die City von London, aber keineswegs richtig für die nach Zahl und Gesamtbetrag viel grösseren Zahlungen an die ländlichen und industriellen Arbeiter etc. Ferner ist zu beachten, dass so manche Handelsbilanz-Hoards, welche früher bei Privaten lagen, einfach dislocirt, d. h. in den Besitz oder die Verwahrung von Banken übergegangen sind.

Die Vorstellung, dass durch Checks Münzen erspart werden, läuft unbewusst darauf hinaus, dass die Bankiers ihren Kunden colossale Geschenke machen. So gutmüthig sind indess Geschäftsleute nicht und können es auch nicht sein, weil sie sonst in Kurzem bankrott werden müssten.

Bei dem oben Gesagten ist vorausgesetzt, dass das ganze Checkwesen auf durchaus soliden Grundlagen beruht.

In Wirklichkeit ist Dies indess nicht immer der Fall. In England finden z. B. beim Clearing grosse Missbräuche mit „ungedeckten“ (nur durch ein Pfand, z. B. ein Werthpapier gedeckten) Guthaben statt (vgl. Prince-Smith in Faucher's Viertelj. Bd. XVI, 139 ff. und Eras a. a. O.). Auch Werthpapiere und Barren können zwar als ein Gegenwerth für Checks benutzt werden, aber die Papiere müssen solid sein und dürfen wegen der Gefahr von Handelskrisen, Kriegen etc. nur sehr niedrig, z. B. zu 50 pCt. ihres Courswerthes, in Rechnung gesetzt werden. Die in England beobachtete Abnahme der grossen Noten (vgl. Wagner Geldtheorie S. 318, 319) hängt wohl hiermit zusammen. Auch Walter Bagehot, der Red. des Economist, auf dessen Urtheil Wagner so viel giebt, verlangt in seinem Werke Lombardstreet 3. ed. 1873, gleich Tooke, einen grösseren Baarfonds der Englischen Bank und betrachtet die zu kleinen Baarfonds der Joint-Stock-Banken als dunkle Puncte (vgl. die Rec. Nasse's in Hildebrand's Jahrb. Bd. XXII). Wagner selbst hebt (Syst. S. 731) mit dem Economist hervor, dass die nur 4 pCt. betragende Baarreserve der britischen Banken „eine sehr schwache Reserve für das riesige überkünstliche Gebäude des britischen Creditsystems ist.“ Es kann noch einen Londoner Börsenkrach geben, gegen den der Wiener Krach von 1873 nur ein Kinderspiel war, denn London ist die wirthschaftliche Welthauptstadt.

2) Nicht jede Compensation von Forderungen macht thatsächlich ein gewisses Quantum Münzen entbehrlich, denn eine so einfache Operation wie das Compensiren von Forderungen ist uralt und grossentheils von jeher ohne Münzen besorgt worden. Vgl. das Kerbholz-Beispiel bei O. Michaelis II, S. 273.

Wenn Eisenbahnzüge, Miethdroschken, Teller oder Gläser einer Restauration etc. schneller circuliren, als bisher, so erzielt man dadurch — die Möglichkeit dieser Be-

schleunigung vorausgesetzt — eine Ersparniss an Waggonen, Tellern etc. Mit dem umlaufenden Gelde verhält es sich jedoch anders. Man darf nicht¹⁾ übersehen, dass Geld selten als Geschenk fortgegeben wird, dass fast jeder Käufer ex vi termini zugleich ein Verkäufer ist und umgekehrt, d. h. dass ein rascherer Absatz der Waaren, ein rascherer Geldumlauf auch eine entsprechende Vergrößerung der Nachfrage nach Geld hervorruft.

Die Notenfreunde überschätzen die Bedeutung des Geldumlaufes in ähnlicher Weise wie Boisguillebert, Law und Büsch, vgl. Roscher I § 96 Note 1, Rau I § 255, 256, III § 29–31.

In Wirklichkeit drängen jene Compensationen die Münzen nicht in's Ausland, sondern sie machen nur neue Prägnungen von Münzen unnöthig (vgl. Wagner im D. Staatsw. XI, 305), denn in solchen Zeiten findet ein gewaltiger Aufschwung der Geschäfte oder mit anderen Worten des Geldbedarfs statt (vgl. oben S. 18). Tooke und Wagner scheinen anzunehmen, dass Clearing-Houses, Wechsel, Checks etc. ceteris paribus zu einer Geldentwerthung²⁾ führen, wie sie z. B. durch die amerikanischen Gold- und Silberimporte des 16. Jahrh. erzeugt wurde. Hinsichtlich der Wechsel, Anweisungen und Checks ist Dies schon deshalb nicht richtig, weil sie, wie oben gezeigt, überhaupt kein Geld ersetzen.

¹⁾ Analog dem bei Roscher I § 8 Note 3 erwähnten Irrthum Verri's.

²⁾ In wie weit die heutige Theuerung mit einer vermehrten Edelmetall-Production zusammenhängt, ist noch immer streitig, vgl. Laspeyres u. H. P. in Hildebrand's Jahrb. Bd. IV u. XXIII, Roscher I § 130 ff., Walcker, N.-Oek. S. 26. Zum Theil beruhte die Theuerung z. B. auf den Nachwehen des Krieges von 1870 und 71 und dem Milliardenzufluss. Die angeblich zu rasche Abzahlung der Milliarden wird oft, z. B. von Bamberger, als ein Fehler der deutschen Politik getadelt. Möglicher Weise ist Dies richtig, aber es

Auch die etwa deponirten Werthpapiere sind ja mit Geld gekauft, und ganz sichere Werthpapiere sind fast stets so theuer, dass sie nur noch unbedeutender Courssteigerungen fähig sind, ja sogar mitunter herunter gehen, wie die preuss. Staatspapiere und Prioritäten vor 1870 (vgl. Saling, Börsenpapiere Th. I. 1870 S. 93 ff.). Auch die Compensationen durch Clearing-Houses etc. erzeugen aus dem eben angef. Grunde keine Geldentwerthung, sie beziehen sich, von zufälligen Schwindeleien abgesehen, auf productive Geschäfte. Die Notenpresse schafft dagegen ebenso wenig ein volkswirtschaftliches Capital, als die Papiergeld-Presse oder die Falschmünzerei, obgleich die Noten, Papierscheine und falschen Münzen für die Emittenten allerdings ein einzelwirthschaftliches Capital sind. (Vgl. über diese Capital-Unterscheidungen Wagner's verdienstvolle Ausführungen in seiner Russ. Papierw.).

Selbst die meisten Gegner der Banknoten sprechen von einem „unverzinslichen Credit,“ den die Noteninhaber der Bank gewähren. Das ist inexact und unpolitisch. In der Wissenschaft kommt aber auf eine exacte Ausdrucksweise viel an: wer jenen Ausdruck braucht, hat seine Sache gegenüber der Notenpartei schon halb verloren, indem sie sofort die wirkliche, Allen geläufige Bedeutung des Wortes Credit unterschiebt. Der Volkswitz bezeichnete die österreichische „freiwillige“ Nationalanleihe von 1854 als eine „freiwillige Zwangsanleihe“; ein unfreiwilliges, meist unbewusstes Creditgeben ist indess eine *contradictio in adjecto*

waren auch militärische und diplomatische Rücksichten zu nehmen. Andererseits ist zu beachten, dass das Bestreben, den Rest der Milliarden schuldig zu bleiben neben so mächtigen Factoren wie dem Ultramontanismus und Chauvinismus wohl nur eine secundäre Rolle gespielt hätte. Die Gründe, mit welchen Tooke die seit 1847 (u. früher) eingetretene Geldentwerthung leugnet, sind von O. Michaelis Bd. I S. 350 ff. schlagend widerlegt worden.

(vgl. oben S. 37). Es ist ein bedeutendes Verdienst von O. Michaelis und J. Faucher, dass sie das Wesen der Notenemission rein und scharf als Münzfälschung¹⁾ bezeichnen (vgl. Michaelis Bd. II. S. 338 und Faucher's Viertelj. Bd. XLIII. S. 77, 84). Die Aeusserlichkeit, dass der technische Hergang beider Operationen verschieden ist, kommt als ganz unwesentlich nicht in Betracht, ähnlich wie der Naturforscher weiss, dass Pflanzen von sehr verschiedener Grösse und Gestalt nahe verwandt sind. Auch die Walfische sind Säugethiere, obgleich sie nicht vierfüssige Landthiere sind U. s. w. Lord Overstone, Wolowski, J. Faucher in seinem Aufsatz, Währung und Preise (Viertelj. 1868 Bd. XXIII, XXIV) und im Aufsatz über die zukünftige Bankgesetzgebung im D. Reiche (Viert. Bd. XLIII. S. 71) u. A. haben gezeigt, dass die vorhandene Fülle der Umlaufsmittel in einem Lande stets ausreichend ist, dass es eben eine Fülle, welche ihren Zweck erreicht, ist, indem sie, auch nur mit einiger irgend wie weit gesteckter Dauer, jemals weder zu viel noch zu wenig werden kann. Denn sobald sie nicht ausreicht, so findet, vom Verkehr des Landes mit anderen Ländern noch ganz abgesehen, eine Erhöhung ihres eigenen Werthes, d. h. ihrer Kaufkraft für Waaren, Dienstleistungen und Land statt, und wird ihrer zu viel, so sinkt eben ihr Werth. (Fälle von Werthsteigerungen des Geldes sind selten: ein Fall der Art kam indess im Mittelalter in Schweden etc.

¹⁾ Vgl. auch Perrot S. 66 und Augspurg o. c. 1872 S. 58, 68, der die Notenemission treffend mit den ungeheueren, auf Falschmünzerei hinauslaufenden Schlagschätzen des Mittelalters und ancien régime vergleicht. Jakob, Wagner (Art. Münze im D. Staatsw) u. A., namentlich die englischen und deutschen Freihändler, fordern mit Recht die Aufhebung des Schlagschatzes. Wagner's Vertheidigung des Notenwesens ist also inconsequent. Der Schlagschatz der Goldmünzen ist in England bereits abgeschafft. Auch Russland und Griechenland haben 1810, bezw. 1833 den Schlagschatz aufgehoben.

vor, vgl. Roscher I. § 135.) Ricardo und noch Prince-Smith lehrten, dass das Disagio eines entwertheten Papiergeldes, oder mit anderen Worten das Agio der Edelmetall-Münzen, genau im Verhältniss der Menge des Papiergeldes schwanke. Wagner hat zwar deductiv und statistisch nachgewiesen, dass das Agio in Oesterreich, Russland etc. noch mehr vom finanziellen, politischen und militärischen Credit des Staates, zum Theil auch von der Handelsbilanz abhing; aber trotzdem ist der Kern der Ricardo'schen Lehre durchaus richtig. Bei genügenden grossen Unterschieden der ausgegebenen Münz- oder Papiergeld-Summen und unter sonst gleichen Umständen steigt und sinkt der Werth des Geldes fast mathematisch genau im umgekehrten Verhältniss zur Menge desselben. Das Geld ist die empfindlichste, couranteste und kauffähigste aller Waaren, und gegenwärtig wird selbst durch ein starkes Sinken der Silber- oder Goldpreise die anderweitige Verwendung derselben gar nicht, oder fast gar nicht vermehrt. Die christlichen Völker geben den Todten ihr Geschmeide nicht in's Grab mit, und der Bedarf der Goldschmiede, Photographen etc. wird reichlich durch altes umzuarbeitendes Silberzeug und Geschmeide gedeckt. Wenn das Gold stark im Werthe sinken sollte, so werden die Ohrgehänge der Damen nicht doppelt so gross werden, als bisher, sondern man wird sie mit Diamanten verzieren. Noten können nicht in's Ausland abfliessen, wie überflüssige, im Preise gesunkene Edelmetalle, weil sie auf die inländische Währung lauten und im Auslande an den öffentlichen Cassen nicht genommen werden. Die wenigen von Reisenden in Cours gesetzten Noten strömen bald wieder zurück.

Der bekannte Satz, das Aufnehmen einer Staatsanleihe sei ein Wechselziehen auf die Zukunft, ist falsch: selbst bei rein ausländischen Anleihen vollzieht sich die Operation

und die Zinszahlung schon in der Gegenwart, denn mit un-
gegossenen Kanonen und mit ungeborenen Pferden kann
man keinen Krieg führen. Aehnlich verfallen die Noten-
freunde¹⁾ in einen ganz ähnlichen Irrthum wie Macleod, der
da behauptet, dass Credit Capital sei, ein alter Irrthum, durch
den schon Law bankrott wurde. Ja die Tooke'sche Credit-
doctrin ist insofern noch unhaltbarer, als die Law'sche und
Macleod'sche, als die Letzteren wenigstens einen wirklich
freiwilligen Credit meinen, während Noten wegen ihrer An-
nahme bei den öffentlichen Cassen einen factischen Zwangs-
cours haben. Auch den Clienten der Notenbanken ist mit
ungeborenen Pferden etc., kurz mit Zukunftsmusik, oder
Zukunftscapitalien nicht gedient. Da nun durch die Aus-
gabe von Noten, d. h. von bedrucktem Papier,²⁾ welches
eigentlich nur einen Maculaturwerth hat, kein Capital ge-
schaffen wird, und da die Noten trotzdem den Fabri-
kanten etc. Capital schaffen, so bleibt nur der Schluss übrig,
dass die Noten bereits vorhandenes Capital rauben und ihren
Emittenten zur Verfügung stellen. Das thun die Noten
auch wirklich und zwar ganz nach der Methode der falschen
Münzen. Denken wir uns 2 Monopolbanken³⁾ nach Art
der Französischen Bank, die zugleich in so eminentem Sinne
die Cassirer des Staats sind wie die Englische Bank. Alle
sonstigen Verhältnisse der beiden Banken und Länder seien
gleich. A und B discountiren also gleich viel Wechsel
gleich productiver Geschäftsleute, aber A giebt für n Millionen
Mark ungedeckte Noten aus, während B den gleichen Betrag

¹⁾ Obgleich auch Wagner in den Gött. gel. Anzeigen 1858
S. 281 ff. und in seiner Russ. Papierw. Macleod widerlegt hat.
Vgl. ferner Michaelis o. c. II, 289 ff. und G. Cohn in der Zeitschr.
f. Staatsw. 1868 S. 583.

²⁾ Die Darmstädter Noten geben ganz nach Art der Bücher
und der Cigarettenumschläge naiver Weise die Druckerfirma an.

³⁾ Oder eine solche Bank zu verschiedenen Zeiten.

vermittelt der Ausgabe minderwerthiger falscher Münzen aus den Taschen des verehrungswürdigen Publicums zieht. Die unbefangene Wissenschaft sagt dann, dass B's Verfahren trotz der Nützlichkeit von Discontobanken auch volkswirtschaftlich schädlich ist, wie jede andere Falschmünzerei. Die Notenfreunde sind indess durch die fatale Gleichheit von A und B gezwungen, zu behaupten, B's Verfahren sei zwar unmoralisch und rechtswidrig, aber volkswirtschaftlich nützlich(!). Kurz das Notenwesen läuft in letzter Instanz auf eine geldoligarchische Anwendung der socialdemokratischen Principien des heiligen Crispin hinaus, der den Reichen Leder stahl, um den Armen Schuhe daraus zu machen.

Man darf sich übrigens die Verminderung der Kaufkraft des zur Zeit vorhandenen Geldes nicht so vorstellen, als ob jede Preisbestimmung sofort proportional steigt, dass z. B. alle Preise um $\frac{1}{3}$ in die Höhe gehen, sobald in einem Lande, welches 200 Mill. Thlr. an Geld besitzt, für 100 Mill. Noten ausgegeben werden. Diese 100 Mill. sind allerdings eine Steuer, oder richtiger eine Erpressungssumme, die das Publicum aufbringen muss, aber die Waarenpreise hängen auch von anderen Ursachen¹⁾ ab, so dass der Einfluss der Notenausgabe nicht rein zur Erscheinung gelangt. Die Gläubiger können ihre Forderungen nicht nachträglich erhöhen, und viele Besoldungs- und Lohnsätze folgen nur langsam der Geldentwerthung, während Producenten von Luxuswaaren etc. in kurzer Frist den ganzen Preisaufschlag durchführen (vgl. oben S. 51 u. unten Cap. V).

¹⁾ Vgl. Geffken S. 70 ff. Die ehemalige süddeutsche Billigkeit hing auch mit der Notenbanklosigkeit Badens und Württembergs, mit den relativ geringen Emissionen der Baier. Hyp.- und Wechselbank, welche bis 1866 nur für 8 Mill. Fl. Noten emittiren durfte, und mit der Enthaltksamkeit dieser Staaten in Bezug auf die Papiergeld-Pressen zusammen. Unbewusst geben Dies auch Wagner Syst. S. 28 und Sonnemann S. 31 zu.

Die Ausführungen der Tooke'schen Schule über Hoards, z. B. Handelsbilanz - Hoards, sind verdienstlich, aber sie sind ebenso wenig eine Widerlegung der künstlichen, privativen Preissteigerung durch die Noten, als die Unterscheidung zwischen Noten als Capital und Noten als Umlaufsmittel, auf welche Wagner passim so grosses Gewicht legt. Im 16. Jahrhundert sank z. B. durch die amerikanischen Minen alles Gold und Silber gewaltig im Werthe, mochte es nun Umlaufsmittel, oder Capital, z. B. ein Hoard, sein.

Wagner betont ferner (Beitr. S. 16, 33, Geldth. S. 140, Staatspap. S. 12 und passim), dass der Notenumlauf dem Auf- und Niedergang der Preise folge, seine Wirkung, nicht seine Ursache sei, wie Tooke und die Statistik der deutschen Banken gezeigt hätten. Es ist hier nicht der Ort, eingehend zu untersuchen, ob die behauptete Thatsache richtig ist; aber selbst wenn sie es wäre, so würde sie nichts für die Notenpartei beweisen. Da die Wirkung der Notenausgabe langdauernd ist, einen Ring in einer grossen Kette¹⁾ von Causalzusammenhängen bildet, so sind die Preise von 1875 auch eine Wirkung der Notenausgabe von 1874, 73 etc. Tooke und Wagner übersehen überdies, dass ein Fabrikant oder ein Kaufmann ja nicht immer gleich einen Wechsel braucht, wenn er seine Operationen ausdehnt, sondern dass meist einige Zeit vergeht, bis er die Hülfe der Bank in Anspruch nimmt, und dass bis dahin durch die verstärkte Nachfrage der in Rede stehenden Geschäftsleute die Preise der betreff. Rohstoffe etc. schon gestiegen sind. Tooke

¹⁾ Da es nur ein England und nicht Millionen England's giebt, so kann die statistische Induction hier überhaupt nicht zur Anwendung kommen, so richtig sie von Wagner in seiner Schrift über die scheinbar willkürlichen Handlungen (1864) angewandt wird.

vergisst ganz die bekannte Erscheinung, dass die Börse bevorstehende Kriege, Friedensschlüsse etc. längst discountirt, bevor sie wirklich eintreten. Aehnlich ist es auch im Waarengeschäft: ein solider Geschäftsmann und mehrjähriger Kunde der Bank kann in ruhigeren Zeiten mit grosser Sicherheit darauf rechnen, von ihr Noten zu erhalten und kann darauf hin seine Operationen schon vorher ausdehnen. (Vgl. Wagner Beitr. S. 19.)

M. Wirth, wendet gegen die Preisvertheuerung durch die Zettelbanken ein, dass die Noten ja keinen Zwangscours hätten. Einen gesetzlichen allerdings in Deutschland nicht, wohl aber einen factischen durch die Annahme bei den Staatscassen bedingten. Man denke überdies an das Hausiren der kleinen Banken mit ihren Noten. Manche jener Nester liegen nicht einmal an einer Eisenbahn. Statt sich die Mühe und die Kosten zu machen, die Scheine per Post zur Einlösung hinschicken, die oft mit allerlei Chicanen umgeben ist¹⁾ und thatsächlich nicht zu erlangen ist, giebt man solche Scheine lieber weiter (selbst mit einem kleinen Coursverlust). So bleiben sie künstlich im Verkehr. Aber auch die Noten der grössten, naturwüchsigsten Banken wirken preissteigernd; denn wenn sie durch vollgedeckte Münzscheine ersetzt würden, was nur durch eine starke Reduction des Notenbetrages möglich wäre, so müsste die durch die Emission fictiven Geldes geschaffene Theuerung wieder aufhören. Wegen der Verminderung der Umlaufsmittel würde jedes einzelne Stück derselben wieder seine grössere, natürliche Kaufkraft erhalten. Wirth vergisst ferner, dass der Verkehr wegen der Unbequemlichkeit des Silbers, des Goldes und der Wechsel ein so starkes Bedürfniss nach papiernen Umlaufsmitteln hat, dass er in Ermangelung von Münzscheinen selbst nach ihren Wechselbälgen, den Noten

¹⁾ Vgl. Wagner Syst. S. 767, 768.

und Papierscheinen, greift. Ceteris paribus wird jeder Verkäufer Zahlung in Münzscheine vorziehen. Bamberger's angef. Broschüre beansprucht keinerlei wissenschaftliche Bedeutung. Der berühmte Abgeordnete genießt indess bei Vielen ein so unbedingtes, an Pythagoras erinnerndes Ansehen hinsichtlich der Bankpolitik, dass eine Erörterung der Ausführungen B.'s unumgänglich ist. Wurde er doch 1875 im Reichstage vom Cardinal v. Schauss zur ersten Autorität im Bankwesen, zu einem unfehlbaren bankpolitischen Papst proclamirt. Im Munde des jovialen Münchener Bankdirectors war diese oratio pro domo noch grade kein Zeugniß von einem Schwören auf die Worte B.'s, aber bei vielen Anderen haben B.'s Bankroutine, sein Geist und Witz und der Gemeinsinn, den er in den Münzdebatten bekundete, einen allzu unkritischen Anschluss an die Bankinteressenten zur Folge gehabt, obgleich man die Bankfrage ebenso wenig den Notenbank-Gründern etc. überlassen darf, als die Zollfrage den schutzöllnerischen Fabrikanten, die Inquisitionsfrage den Arbues und den Päpsten etc. (vgl. Walcker, Wehrpflicht 1873 S. IV ff.). Jenes freiwillige sacrificio del intelletto könnte leicht zu einem komischen Resultat führen, da B. trotz einzelner Sophistereien¹⁾ ein viel zu kluger und gewissenhafter Mann sein dürfte, um länger bei der Bankpartei zu bleiben, wenn er sehen sollte, dass diese Sache den Göttern nicht gefallen hat und eine verlorene Sache ist. Dann würden jene Männer in die eigenthümliche Lage kommen, plus royaliste que le roy (d. h. Bamberger) gewesen zu sein. Ein solcher Fortschritt B.'s

¹⁾ Ganze Verzeichnisse B.'scher Sophismen kann man bei H. v. Treitschke, Zehn Jahre etc. 1874, S. 207 ff. und in Brentano's Streitschrift gegen B. 1873 passim. finden. Treitschke's Artikel, der zuerst in den Preuss. Jahrb. Oct. 1867 erschien, ist namentlich beachtenswerth, weil er zeigt, wie sehr B. aus Flüchtigkeit und Sophistik die Streitpunkte verrückt.

ist indess keineswegs unmöglich. Der Zeitgeist zieht die Kinder des 19. Jahrh. nach dieser Richtung, und eine Stelle bei B. (S. VI) dürfte ebenfalls dafür sprechen, dass er keineswegs das Gefühl einer unerschütterlichen bankpolitischen Ueberzeugung hat. „E pur si muove!“ Wenn B.'s Broschüre den Zweck hätte, den in Berlin studirenden Japanesen eine populäre Erklärung des Nutzens der Discontobanken zu geben, so wäre sie zu loben. Da sie indess ein Plaidoyer für die Berechtigung der Zettelbanken sein will, so könnte sie in den Lehrbüchern der Logik als ein classisches Beispiel einer Heterozetesis angeführt werden. Sie ist ganz nach dem berühmten Schema gearbeitet: „Verstehen Sie Englisch?“ „Mein Bruder spielt die Flöte.“ In den Schlussbemerkungen¹⁾ über die Preisverhältnisse (S. 119 ff.) tritt noch deutlicher als bei den anderen Notenfreunden der Fehlschluss hervor: weil die Preisgestaltung auch von anderen Factoren abhängt, so üben die Noten gar keinen Einfluss auf die Preise aus. Nach dieser Logik wäre es zwar strafbar, einem nüchternen Menschen Gift zu geben, aber zulässig, einem vom üblichen verfälschten Weine trunkenen Menschen Gift zu geben, weil das Befinden des Patienten die Resultante aus der Trunkenheit, aus der Weinfälschung und aus der Vergiftung, nicht das Resultat der Letzteren allein, wäre. Von einem rationalistischen Pastor des 18. Jahrh., der ein leidenschaftlicher Kartenspieler war, erzählt man, er habe gesagt: „Richtet Euch nach meinen Worten, nicht

¹⁾ Bei der Berufung auf den Wechselcours S. 121, 122 übersieht B. unter Anderem, dass die Noten nach seinen eigenen Worten thatsächlich Geld sind (vgl. oben S. 49, 50), d. h. thatsächlich einen Zwangscours haben. B. müsste consequenter Weise auch behaupten, dass noch so grosse Minenentdeckungen in einem Lande ohne auswärtigen Handel z. B. im alten Peru, den Preis der Edelmetalle nicht erniedrigen können (!).

nach meinen Werken.“ B. müsste seinen Schuldnern umgekehrt sagen: „Richtet Euch nach meinen Werken, aber ja nicht nach der Logik meiner Zettelbank - Broschüre und überhaupt der Notenpartei.“ Nach dieser Logik könnte ein Schuldner seine Verpflichtung zur Zahlung seines grössten Schuldpostens einfach leugnen, indem er schliesst: „Von diesem Posten allein hängt das Facit nicht ab, folglich ist er überhaupt null und nichtig.“

V.

Die speciellen Wirkungen der ungedeckten Noten auf die Volks- und Staatswirthschaft.

Die freiconservative Partei, welche trotz ihrer Verdienste so Manches von einer landwirthschaftlichen Interessenvertretung, insbesondere vom Wesen einer Magnatenpartei, hat, scheint zur Zeit vielfach eine notenfreundliche Haltung einzunehmen. Das beruht indess auf Zufälligkeiten, auf den Zettelbank-Interessen einflussreicher Mitglieder derselben und wohl auch auf zufälligen Ideologien. Im Allgemeinen¹⁾ sind die Landwirthe aller Parteien Gegner der Noten-Sündfluth. Einzelne bornirte Feudale beklagen sich blos darüber, dass die Zettelbanken nicht auch den Landwirthen zu denselben Bedingungen Credit gewähren wie der Industrie und dem Handel. Das ist eine grelle Verkennung der Langfristigkeit der landwirthschaftlichen Umsätze von Ernte zu

¹⁾ Auch ein Notenfreund, Dr. Landgraf, meint in der Deutschen Rundschau Dec. 1874 S. 496, die Notenpartei könne leicht der geschlossenen Coalition von Landwirthen und Beamten unterliegen, besonders da sie innerlich in Gegner und Freunde der kleinen Banken (d. h. aller Banken mit Ausnahme der Reichsbank) gespalten sei.

Ernte und vollends der allmäligen Wiederersetzung landwirthschaftlicher Meliorationscapitalien. Die Baier. Hypoth. und Wechselbank ist kein Gegenbeweis, denn ihr Hypotheken- und Notengeschäft sind streng gesondert, und die ganze Verkoppelung derselben erklärt sich durch die niedrige Culturstufe und geringe Arbeitstheilung Altbaierns. Ueberdies wurde diese Bank schon 1834 gegründet.

Die klügeren Landwirthe aller Farben, auch der Kreuzzeitungs-Partei, sind mit Recht principielle Gegner der Notenbanken, was sich auf vielen Landwirthschaftlichen Congressen und auch auf der 1872er Versammlung der ländlichen Arbeitgeber zeigte, wo mit Recht die künstliche Lebensvertheuerung durch die Noten beklagt wurde.

Bamberger (S. 117) wendet gegen diesen Vorwurf auch ein, dass die meisten Menschen vom Verkaufen irgend einer Sache leben und setzt stillschweigend voraus, dass sie den von den ungedeckten Noten an ihnen begangenen Raub kurzweg auf die Verkaufspreise schlagen können. Auch ganz abgesehen von der fixirten Bevölkerung¹⁾ ist Dies nicht einmal für die Geschäftsleute richtig. Jeder Krämer weiss, dass es bei gleichem Gewinne vortheilhafter ist, zu billigen Preisen zu verkaufen, als zu theuren, weil theuere Preise den Absatz vermindern. Dies gilt auch von den Industrieproducten (vgl. Roscher I § 108). Die meisten und grössten Reichthümer von Industriellen rühren von der Production billiger Massenartikel her. Man denke z. B. an Arkwright und an Sir T. Salt, den Erfinder der Alpaca-Wollzeuge. Bamberger verwechselt zwei ganz verschiedene Dinge: jeder Verkäufer wünscht allerdings hohe Preise für seine eigene Tasche zu erzielen, aber keineswegs eine hohe indirecte Steuer für den Staat, die Notenbanken oder sonst Jemand zu erheben, weil der Absatz darunter leidet. Schon Swift

¹⁾ Vgl. unten Cap. V.

sagte bekanntlich, im Steuerwesen sei 2×2 nicht 4. Vgl. Rau III § 417.

Die Bank-Gründer waren schon vor ihren Notengewinnen keine Hungerleider und können in Folge dieser Gewinne die Fassungskraft ihres Magens nicht erweitern. Ohne die künstliche Theuerung durch die Noten würden die Landwirthe an die fixirte Bevölkerung, an's Ausland etc. mehr Fleisch, Milch, Butter, Eier etc. absetzen, als jetzt. Wagner's Bemerkungen über den Contocorrent-Credit, den die Notenbanken den Landwirthen gewähren könnten (Syst. S. 404, 693), beweisen, auch von sonstigen Einwänden abgesehen, nur die Wahrheit, dass die Landwirthschaft überhaupt eines Bankcredits bedarf. Dieser wird indess am besten¹⁾ von Depositenbanken etc. gewährt, deren Entwicklung grade von den Notenbanken gehemmt wird (vgl. unten Cap. IX).

Die Notenbanken vertheuern ferner den Einkaufspreis der ohnedies durch die Schutzzölle vertheuerten landwirthschaftlichen Maschinen, das wichtige Salz etc. Auch die Landarbeiter sind jetzt auf die Dauer im Stande, durch Auswanderungen, Strikes, Uebersiedelungen in die Industriedistricte etc. den vollen Ersatz der durch die Bankzettel künstlich geschaffenen Geldentwerthung auf die Arbeitgeber abzuwälzen. Seit 1875 haben die Socialisten ihre Agitation auch unter den ländlichen Arbeitern begonnen und werden hier einen fruchtbaren Boden für dieselbe finden, da die Landarbeiter noch ungebildeter und meist schlechter gestellt sind, als die industriellen Arbeiter.

Die ungeheuren Capitalien, welche jetzt durch die Notenpresse in die Geldschränke der Bank-Gründer gepumpt werden, würden nach der Ersetzung der Noten durch Münz-

¹⁾ Vgl. O. Michaelis' treffende Ausführungen II. S. 345 ff. über den Wollombard der Preuss. Bank und gegen die Wagner'sche Auffassung desselben (Syst. S. 314, 315).

scheine auch in die Hypothekenbanken strömen und die Hypothekennoth des Grundbesitzes lindern helfen. Die Depositenbanken sind grosse Saugpumpen, welche disponibles, eine Anlage suchendes Capital in kleinen und grösseren Beträgen aufsammeln und den Capital suchenden Producenten zuführen. Dieser Process ist so productiv wie eine wohlgeleitete Bewässerung von Aeckern und Wiesen. Die Notenfreunde rühmen den Zettelbanken dieselben Dienste nach, ja Wagner (D. Staatsw. XI. 300, 301) behauptet sogar, die Notengegner müssten consequenter Weise auch die modernen Depositenbanken verwerfen, weil dieselben die geliehenen Capitalien selbst wieder ausleihen und ebenso wenig gleichzeitig zurückzahlen können, als eine Notenbank gleichzeitig alle ihre Noten einlösen kann. Auch die moderne Depositenbank muss übrigens die „offenen Depots,“ d. h. die bei ihr deponirten Werthpapiere, in natura vorrätig halten. Indess Das ist Nebensache. Der Hauptirrthum dieser Behauptung Wagner's besteht darin, dass die Depositenbanken die ihnen geliehenen Capitalien nicht blos formell, sondern auch factisch freiwillig erhalten (vgl. Wagner Syst. S. 591) dass jeder Deponent das Wesen der modernen Depositenbank und das mit demselben verbundene Risiko sehr gut kennt, während die Noten, gleich gut nachgemachten falschen Münzen, oder Noten, einen factischen Zwangscours haben vgl. oben S. 37. Die Gläubiger der Depositenbanken sind gewiegte Geschäftsmänner, welche sich vorsehen können und sollen, die Noten laufen dagegen im ganzen grossen Publicum, auch bei den Aermsten und Ungebildetsten, bei Arbeitern, Wittwen, Waisen etc. um. Nicht blos die s. g. Freiwilligkeit der Notenannahme, sondern auch das s. g. zinslose Darlehen der Notenbesitzer an die Bank sind eine fable convenue. Die Notenfreunde rühmen den Zettelbanken ferner nach, dass sie die Ersparung von Capitalien befördern und todte (oder besser: schlafende) Capitalien der Production zuführen.

Gewiss haben die Zettelbanken auch die Wirkung, dass wirklich disponible Geldsummen in ungedeckte Noten umgesetzt werden und so den Bankinhabern unentgeltliche Zinsen bringen. Es ist indess eine seltsame Logik, die zinslose Nutzung eines fremden Capitals als einen Sporn zur Ersparung von Capitalien zu bezeichnen. Das erinnert an die berühmte Maxime der grossen und kleinen Despoten des ancien régime, man müsse die Unterthanen gehörig bedrücken und aussaugen, desto fleissiger und sparsamer würden sie. Nach der gewöhnlichen Logik kann man die Ersparung von Capitalien nur durch eine bequeme Verzinsung derselben durch Postsparcassen, Schatzscheine, Depositenbanken etc. befördern. In den V. Staaten giebt es verzinsliches Papiergeld (vgl. Wagner Syst. S. 229); die Zettelbanken würden sich indess wohl hüten, verzinsliche Noten auszugeben, selbst wenn dieselben so umlaufsfähig wären, wie zinslose Noten (vgl. Perrot S. 261). Eigenthümlich ist auch die für die Notenpartei hochwichtige und doch mit keiner Sylbe bewiesene Voraussetzung, dass die meisten Menschen einen zu grossen Cassenbestand halten, der es rechtfertige, dass man einen Theil desselben durch Noten ersetze. O. Michaelis (Bd. II. S. 304—330, 377 ff.) führt trefflich aus, dass die deutschen Geschäftsleute im Gegentheil gewohnt sind, eine zu kleine Casse zu halten, wodurch sie oft die günstigste Zeit zum Einkauf verpassen und für schlechtere Waare hohe Preise zahlen müssen, weil sie auf Credit kaufen. Auch Dr. Eras, der früher Secretär einer westfälischen Handelskammer war und gegenwärtig Secretär der Breslauer Handelskammer ist, sagt in seiner Abh. „Der Krieg und der Kaufmann“ (Faucher's Viertelj. 1870 H. 3), die deutschen Geschäftsleute hätten die kleinbürgerliche pseudosparsame Gewohnheit, zu kleine Cassenvorräthe zu halten. Eras zeigt ebenfalls die nachtheiligen Folgen dieser Verkehrtheit. Auch zahlreiche sachkundige, aus industriellen und kaufmännischen Kreisen hervorgegangene

Artikel in der National-Ztg., Weser-Ztg., Allg. Ztg. (1875 Handelsbeil. No. 29 und 136) etc. klagen darüber, dass die deutsche Geschäftswelt vielfach noch hinter der englischen und französischen zurücksteht, an kleinbürgerlicher Enge und Kurzsichtigkeit des Gesichtskreises leidet, dass z. B. grosse Fabrikanten verkehrter Weise zugleich en détail verkaufen, dass das lange Creditgeben auf 6 Monate den Aufschwung des Verkehrs hemmt. U. s. w.

Geizhälse, oder Bauern, welche thöricht genug sind, Münzen aufzuhäufen, um sich am Anblicke des Goldes und Silbers zu ergötzen, sind selten, und die Notenausgabe wirkt nur auf den Inhalt ihres Geldbeutels, kann sie aber nicht zwingen, sich von ihren an's Herz gewachsenen Schätzen zu trennen. Ein Thesauriren à la Hindostan und China, d. h. aus Furcht vor Beraubungen, findet ferner in Deutschland nicht statt.

In der Landwirthschaft herrscht noch viel Naturalwirthschaft, z. B. hinsichtlich der Beköstigung der ländlichen Arbeiter, und die unbemittelten Classen haben noch weniger zu grosse Cassenvorräthe. Leben sie doch so oft aus der Hand in den Mund und auf Credit beim Krämer etc.

Den Notenfreunden, selbst Wagner, schwebt die unklare Idee vor: weil die Notenbanken durch Disconto- und Lombardgeschäfte nützen, so braucht man es mit der Prüfung der Legitimation der ungedeckten Noten nicht so genau zu nehmen. Dieser Schluss würde selbst dann unlogisch bleiben, wenn seine Prämisse richtig wäre. (Man könnte aus derselben noch mancherlei andere Schlüsse ziehen, z. B. den Schluss, dass die Banken statt ungedeckter Noten Lotterieloose ausgeben sollten.) Aus dem Inhalt eines Kunstwerkes kann ich wohl schliessen, dass sein unbekannter Verfasser (z. B. Homer) ein grosser Künstler war, auch die physische Kraft, oder Begabung eines Menschen lässt mitunter einen richtigen Rückschluss auf ähnliche Eigenschaften

seiner Aeltern zu. „Fortes creantur fortibus et bonis“ sagt schon Horaz. Aus der Productivität, ja aus der segensreichsten Wirksamkeit eines Capitals kann ich indess niemals einen Rückschluss darauf ziehen, ob es auf eine rechtliche, sittliche und volkswirthschaftlich productive Weise erworben ist, oder nicht. Die Armen in den deutschen Spielbank-Städten konnten das von den Spielhöllen-Pächtern geschenkte Geld ebenso gut benutzen wie anderes Geld, obgleich mit jenem Sündenlohne die Erinnerung an zahlreiche Selbstmorde verknüpft war. An einem Geldstück kann wohl Staub haften, wie z. B. an den preuss. Fünfgroschenstücken der 30er Jahre, aber niemals moralischer Schmutz; denn Bestechungen etc. sind etwas Anderes. Unehrenhafte Handlungen werden aus verschiedenen Gründen auch ohne Geldlohn verübt.

Der angebliche Nutzen der ungedeckten Noten für die Handelsbilanz ist bereits oben S. 16, 17 widerlegt worden. Bamberger verstieg sich im Eifer der Rede am 16. Nov. 1874 im Reichstage zu der Behauptung, die Französische Bank ziehe durch ihre geschickten Operationen das Gold von Europa an sich. Eras (Uns. Zeit 1875 S. 174) persiflirt diese den Reichthum Frankreichs etc. mit der Französ. Bank verwechselnde Theorie sehr gut mit der Frage, ob Italien die Leistungsfähigkeit Frankreichs gewinnen würde, wenn man die Französ. Bank nach Rom verpflanzen würde.

Es ist sehr wohl möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass einzelne Fabrikanten (und Kaufleute) unter wesentlicher Mitwirkung der Notenbanken ihr Glück machen, da diese aus fremdem Rohre Pfeifen schneidenden Institute es mit der Creditgewährung leichter nehmen können, als die wirklichen Banken, welche nur mit eigenem und rechtmässig erhaltenem Capital arbeiten. Das beweist indess nichts für das Notenunwesen. Es giebt kaum ein privates, oder öffentliches Unglück, welches nicht auch diesen, oder jenen

Nutzen brächte. Unnütze Kriege bereichern doch Lieferanten und Heerführer, ein Meuchelmord kann den Gemordeten von seinen Zahnschmerzen befreit haben, bei einem Häuserbrande können auch Mäuse umgekommen sein, ein Mensch vom Schlage Ofenheims kann einen staatswissenschaftlich gebildeten, gemeinnützig wirkenden Sohn haben¹⁾ U. s. w. Folgt daraus etwa, dass man alle diese Unglücksfälle und Missbräuche künstlich hegen und pflegen soll?

Ferner ist zu beachten, dass nicht alle Geschäftsmänner, selbst nicht alle grossen, zur Noten-Krippe zugelassen werden, sondern nur die durch Connexionen und andere Zufälligkeiten, z. B. die Nähe einer Zettelbank, Begünstigten, und dass auch für diese das süsse Danaergeschenk in den Handelskrisen oft sehr bittere Früchte trägt; denn diese Krisen werden durch das Notenunwesen verschlimmert und sind noch viel mehr Industriekrisen, als Handelskrisen.

Vor der Einführung der Freizügigkeit, vor den Lassalleschen Agitationen etc. konnten die Fabrikanten den Arbeitern in der Regel einen niedrigen, die durch die Notenbanken erzeugte Geldentwerthung nicht berücksichtigenden Lohnsatz dictiren. Heute geht Dies nicht mehr. Auf die übermässigen Arbeitslöhne der Gründungsära von 1871—73 ist zwar ein Sinken der Löhne gefolgt, und auch der Socialismus hat 1873 ff. an Gefährlichkeit verloren; aber man darf sich andererseits nicht über die Zeichen der Zeit täuschen und in eine falsche Sicherheit wiegen. Die Fabrikbevölkerung hat eine starke Sterblichkeit und bedarf einer steten Ergänzung vom Lande; die jüngeren Bauernsöhne und die

¹⁾ In Russland sind in den 50er und 60er Jahren mehrere analoge Fälle vorgekommen (vgl. Walcker, Russ. Agrarfrage 1874 S. 8), und es ist a priori wahrscheinlich, dass solche Fälle auch in Deutschland eintreten werden. Bei manchen Söhnen von Geldmenschen, wenn auch nicht grade von Gründern, konnte man dergleichen schon in den 60er Jahren beobachten.

ländlichen Arbeiter werden es indess vorziehen, nach Amerika,¹⁾ bezw. nach Ungarn²⁾ etc. auszuwandern, falls die Fabrikanten versuchen wollten, bei der Normirung der Lohnsätze jene künstlich herbeigeführte Geldentwerthung ausser Ansatz zu lassen. Schon die Furcht vor Strikes der Socialisten oder, der Gewerkvereine wird diese Abwälzung unmöglich machen und die Fabrikanten nöthigen, den Verlust selbst zu tragen, d. h. wegen der verminderten Kauffähigkeit des Publicums weniger abzusetzen, als sie sonst könnten.

In der physischen Welt spielt der Schmerz eine grosse und wohlthätige Rolle als getreuer Eckart, als Warner vor Schädlichkeiten und Gefahren, wie jeder Mediciner weiss.³⁾ Eine ähnliche Aufgabe hat die Discontoerhöhung, welche als Sicherheitsventil in der volkswirthschaftlichen Welt wirken soll. Dasjenige, was Bamberger und andere kurzsichtige Beobachter als die „Elasticität“ der Geldbeschaffung durch die Zettelbanken preisen, ist nichts Anderes, als die mit der bekannten Straussen-Logik gegen die Symptome der herannahenden Krisis vergeblich kämpfende, jenes naturgemässe Sicherheitsventil unwirksam machende Politik der Zettelbanken. Die alte Erfahrung: „Wer nicht hören will, muss fühlen“ bewährt sich denn auch hier. Man darf niemals die Kehrseite einer Sache übersehen, wie Bastiat's treffliche, viel zu wenig beachtete kleine Schrift: *Ce qu'on voit et c'est qu'on ne voit pas* an prägnanten volkswirthschaftlichen Beispielen zeigt. Die Handelskrisis bricht mit verdoppelter Heftigkeit herein. Es ist den Notenbanken

¹⁾ Dies wäre zugleich ein Verlust für die Capital- und Wehrkraft Deutschlands.

²⁾ Vgl. Walcker Zeitfragen 1874 S. 245 ff., N.-Oek. 1875 S. 113 ff.

³⁾ Vgl. die ansprechende und populäre Darstellung, welche Dr. med. H. Ewald um 1868 in der Gartenlaube gab.

meist durch ihre Statuten vorgeschrieben, den „Zinsfuss“ d. h. nicht den hypothekarischen Zinsfuss, den Zinsfuss der Schulze'schen Vereine etc., sondern ihren Discontosatz künstlich niedrig, unter dem marktgängigen Börsendiscont, zu halten. Vgl. Wagner Beitr. S. 237, 238, Syst. S. 607. Wenn Wagner (Beitr. S. 238) von der „Concurrenz“ Heilung dieses Uebelstandes erwartet, so übersieht er u. A., dass die Concurrenz ihre oft überschätzte¹⁾ Heilkraft nur unter der Voraussetzung einer rationellen Volkswirtschaft, in der jenes Sicherheitsventil nicht beseitigt ist, bewähren kann (vgl. Geffken S. 60—67, v. Unruh S. 27, 32, Augspurg o. c. 1872 S. 62, 64, 65). Unruh (S. 17, 18) hebt mit Recht hervor, dass das Geschrei nach einer künstlichen Erniedrigung des Discontos noch verkehrter ist, als das weiland Verlangen nach Korn-, Fleisch- und Biertaxen. „Es kommt jedes Mal eine Zeit, wo dieses billige Geld sich rächt, und diese Zeiten sind für die Industrie schwerer, als diejenigen günstig waren, wo sie billiges Geld hatte.“ (Vgl. Delbrück's Reichstagsrede vom 16. Nov. 1874.) Auch O. Michaelis hob am 18. Nov. 1874 im Reichstage hervor, „dass die handeltreibenden Classen glauben, es gebe eine unbeschränkte²⁾ Discontirungsmöglichkeit, dass sie auf diesen Glauben ihre Operationen einrichten, dass die Banken diesem Glauben eine Zeit lang nachfolgen, bis endlich der Moment eintritt, wo — den Bäumen gesteuert werden muss, dass sie nicht in den Himmel wachsen. Dann kommt der Rückschlag.“ Man muss die gewaltige Macht der menschlichen Eitelkeit nicht ausser Acht lassen, wie die Notenfreunde thun. Selbst wenn der Rückschlag naht, so denken die Meisten: „Ich werde noch Bankcredit erhalten und ungeschlagen durchkommen.“ Auf diesem Princip beruht ja auch der Erfolg

¹⁾ Vgl. oben S. 40, 41.

²⁾ Vgl. Wagner Geldth. S. 147, Syst. S. 315.

zahlloser Loosanleihen und Lotterien. Die russischen Krämer, welche feine Psychologen sind, haben eine stereotype Redensart: „Die Waare kostet so und so viel, aber für Sie lasse ich dieselbe zu dem und dem Preise.“ Auch vor dem Wiener Krach brachten die bestochenen Blätter in Wien etc. donnernde Philippiken gegen Gründer im Allgemeinen, oder gegen concrete Gründungen, von denen sie zu wenig, oder gar nicht geschmiert worden waren. Die Faiseurs wussten sehr wohl, dass die im redactionellen und Inseraten-Theile enthaltenen Reclamen für faule Gründungen desto blinder geglaubt würden, denn der Leser dachte mit Selbstgefälligkeit: „Die Gimpel, welche diese Papiere gekauft haben, sind betrogen worden,“ aber er dachte gar nicht an die Möglichkeit, dass ein so kluger Mann wie seine höchst eigene Person in eine ähnliche Falle gegangen sein könne. „Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens,“ sagt Schiller.

Bei der Schwierigkeit einer richtigen Abschätzung der Productions- und Consumtionsfähigkeit des Weltmarktes lassen sich Handelskrisen unter keinem Banksystem ganz vermeiden, aber sie werden durch die Notenbanken häufiger und verheerender gemacht (vgl. die bei Walcker N.-Oek. 1875 S. 23 angef. Literatur). Jene Wahrheit darf man übrigens nicht so auslegen, als ob die Hamburger Krisis von 1857 mit Noten nichts zu thun gehabt habe, denn Hamburg's Welthandel hat mit zahlreichen Ländern zu thun, welche an ungedeckten Noten und selbst an einer zerütteten Papiervaluta leiden, und Handelskrisen pflanzen sich leicht vermittelt der Wechsel-Kette fort, auch wenn ihr Ursprung ganz heterogen war.

Wagner (D. Staatsw. XI, 310) meint, in normalen Zeiten könnte man allenfalls auch ohne Zettelbanken auskommen, aber grade in Creditkrisen sei die Note fast unentbehrlich. Trotzdem gesteht er wiederholt die Krisen befördernde Wir-

kung der Zettelbanken zu, er hebt hervor, dass die Industrie und der Handel zu viel Noten verlangt und Banken zu viel Credit gegeben haben (vgl. Geldth. S. 133, 137, 138, 148, 149, 157 ff). Er constatirt den „naiven Standpunct der Geschäftswelt, wonach die Banken verpflichtet seien, Darlehen etc. zu geben“ und er vergleicht das „Recht auf Bankcredit“ mit dem socialistischen „Recht auf Arbeit“ (Syst. S. 287, 288, vgl. Walcker N.-Oek. S. 10 ff, 32). Wagner hätte hinzufügen können, dass auch die Lassalle'sche Staats-hülfe auf Notenbanken beruht,¹⁾ und dass das Verlangen der Geschäftswelt nach immer mehr Noten ein nahe verwandtes Seitenstück zu dem schutzzöllnerischen Geschrei nach immer mehr Papiergeld ist, welches in Amerika, Oesterreich und Russland so eifrig erhoben und von Wagner mit Recht bekämpft wird.

Die Handelskrisis von 1857 hing wesentlich mit den vielen Zettelbank-Gründungen der 50 er Jahre und mit der zu grossen Notenausgabe und Creditgewährung der Banken zusammen. Vgl. O. Michaelis Bd. II. S. 80—94, 298, 299 über die Französ. Bank, 299, 300 über die Preuss. Bank, S. 301, 302, 315—317 und selbst Wagner Beitr. S. 267, Geldth. S. 144, 145, der auch zugesteht, dass die Bank von England zu wiederholten Malen dieselben Fehler begangen, und dass die Oesterreich. Nationalbank an der Wiener Krisis von 1869 mitschuldig war (Syst. S. 325, 326). Das Institut der Zettelbanken war auch an und für sich trotz der Verdienste der Verwaltung mancher Banken, z. B. der Preuss. Bank, eine der Hauptursachen²⁾ der Ueberspeculation von 1871—73 und des Börsenkrachs von 1873,

¹⁾ Vgl. Perrot S. 60, 290, 291 und Walcker, Zeitfragen, 1875, S. 148.

²⁾ Auch Camphausen rechnete dazu im Reichstage das zu liberale Creditgeben und die übermässige Notenausgabe der Preuss. Bank.

vgl. z. B. Wagner's Bemerkung Syst. S. 140. Wenn die Preuss. Bank keine Notenbank gewesen wäre, sondern nur Depositen-, Disconto-Geschäfte etc. gemacht hätte, so hätte sie Creditsuchende wie Quistorp trotz der hohen Protection desselben abweisen können. Die Bank selbst soll zwar nach Zeitungsnachrichten bei den Quistorp'schen Unternehmungen nichts verloren haben, aber andere Gläubiger, darunter viele kleine Leute, sollen sehr viel verloren haben. Ohne die Hülfe der Notenpresse¹⁾ wären zahllose verfehlte Unternehmungen jener Zeit in Preussen, Oesterreich etc. gar nicht zu Stande gekommen, oder viel früher, mit viel geringerer Capitalvernichtung bankrott geworden.

Die grössten Verluste durch die ungedeckten Noten erleidet die von G. Hirth s. g. fixirte Bevölkerung: arme Wittwen und Waisen, schlesische Weber, arme Handwerker, Lehrer und Geistliche, kleine Rentiers, die Beamten, Offiziere und Soldaten in und ausser Dienst, besonders die von kärglichen Pensionen lebenden Invaliden. Ein Staat, der seinen Beamten ein gewisses Gehalt zusichert und darauf duldet, dass ein grosser Theil desselben durch die ungedeckten Noten und Papierscheine entwerthet wird, gleicht der Türkei, welche ihre Gehaltsversprechungen wenigstens offen und nicht versteckt bricht. Künftige Geschlechter werden fragen: War denn die ganze Criminal- und Civiljustiz des 19. Jahrh. nicht ein feierliches Possenspiel, da sie sich selbst mit Bagatellen befasste, während die grossartigen, auf Münzfälschungen hinauslaufenden Emissionen ungedeckter Papierschnitzel von der Gesetzgebung geduldet wurden?

¹⁾ Vgl. über die Verluste, welche westfälische Eisenhütten in Folge der durch Notenemissionen gereizten Ueberspeculation erlitten, die am 17. Nov. 1874 gehaltene Rede des Abg. Schröder-Lippstadt. Die ultramontane Richtung desselben kommt hier nicht in Betracht, besonders da das Centrum sonst notenfreundlich ist und stimmte.

Es ist eine bekannte von Aerzten oft constatirte Thatsache, dass in den unteren und mittleren Beamtenkreisen, grosse Entbehrungen, ja nicht selten Elend herrschen, dass die Familien sich mit kraftloser, gesundheitsschädlicher Nahrung begnügen müssen, weil nur das Nahrungsbudget, aber nicht die Anstandsbedürfnisse für Kleidung etc. eine Reduction zulassen.

Nach Tooke, Wagner, Bamberger u. A. hängt die Notenmenge vom Verkehrsbedarf, einem sehr vagen und mystischen Begriff, ab. In Wirklichkeit liegen die elastischen Grenzzäune¹⁾ der Notenmenge an ganz anderen Stellen, nämlich in der Entbehrungsfähigkeit der fixirten Bevölkerung bezw. in der Möglichkeit für dieselbe ihren Beruf zu wechseln und im verminderten Angebot von Offiziers- und Beamtenleistungen etc. Da jene Entbehrungen sich zum Theil auch auf Industrieproducte beziehen, so wirkt das Notewesen zugleich als ein ungesundes Reizmittel, welches die Hypertrophie der Luxusindustrie auf Kosten der Massenindustrie befördert. (Vgl. Roscher I. § 208 am Schluss.)

Der Gewinn des Reiches aus der Reichsbank wird jedenfalls gering sein und nach der Analogie Preussens nur einen kleinen Theil des Reichsbudgets (mit Einschluss des baierischen etc. Militärbudgets) ausmachen. Ueberdies fliesst nicht der ganze Gewinn aus der Notenausgabe dem Reiche zu. Die Budgets des Reiches und der Einzelstaaten erleiden dagegen eine gewaltige Belastung durch die in Folge der ungedeckten Noten entstehende künstliche Theuerung. Der Staat verliert sowohl bei seinen Einnahmen²⁾ (z. B. an der contingentirten Grund- und Gebäudesteuer Preussens, an den Gewichtszöllen etc.) als bei seinen Aus-

¹⁾ Auch sonst sind solche Schranken in der Volkswirtschaft sehr häufig, vgl. Roscher I. § 34.

²⁾ Vgl. Augspurg o. c. 1873 S. 18, 19.

gaben. Offiziere, Beamte und Soldaten kann man wohl kümmerlich besolden, aber beim grössten Theil der Staatsausgaben muss der Staat den Verlust tragen, z. B. beim Einkauf von Lebensmitteln, Fourage, Tuch, Kanonen, Gewehren, Pferden etc. Der Einwand, dass einst Ersparnisse im Militärbudget möglich sein werden, ist ganz ungehörig, so richtig er an sich ist. Unter sonst gleichen Umständen ist dieser Verlust, nach Procenten des Budgets gemessen, gleich gross, mag dies oder jenes Heersystem eingeführt sein, und mag das Budget gross oder klein sein. Aus diesen Gründen wird die Sache der Bankreform an den Kriegs- und Finanzministern des Reiches, bzw. der Länder, mächtige Verbündete finden.

Die (politische, sociale und militärische) Gefährlichkeit der durch das Notenmonopol geschaffenen Geldoligarchie¹⁾ wird auch von Wagner nicht verkannt (Syst. S. 488, 512 ff., 640, 718). Sein Trost, die Banken müssten unter Staatsverwaltung stehen (S. 3) ist nicht stichhaltig, denn die Reichsbank ist, gleich der Preuss. Bank, nach ihrer lucrativen Seite hin fast ein reines Privatinstitut, wie die meisten anderen Zettelbanken, und auch der Staat hat nicht das Recht, fictives Geld auszugeben. Jede Notenbank bildet mit dem Publicum eine *societas leonina*, wem sie auch gehören mag. Die Berechnungen, welche von Wirth, Perrot (S. 22, 24), Augspurg, (o. c. 1872 S. 58, 59), Geffken (S. 53) u. A. über die Gewinne der Notenbanken angestellt sind, beruhen auf einer falschen Methode und kommen deshalb zu falschen, viel zu niedrigen Resultaten. Wenn ein Krämer neben seinem rechtlichen Geschäft zugleich das Zweifache seines Ladenumsatzes in Hehlergeschäften etc. umsetzt, so darf man den Gewinn aus seinem unrechtlichen Erwerbe nicht in Procenten seines ganzen Capitals berechnen. Aehn-

¹⁾ Man denke auch an Jugurtha's bekanntes Wort über Rom.

lich darf man bei der Berechnung des Gewinns an den ungedeckten Noten nicht das ganze Bankcapital in Anschlag bringen; denn das Discontiren etc. mit vollgedeckten Noten ist ein in sich abgeschlossenes Geschäft, welches einst lediglich mit Münzscheinen und Münzen betrieben werden wird, und der unrechtmässige Gewinn aus den ungedeckten Noten ist beinahe¹⁾ ihrem Nominalbetrage gleich, da die Kosten der Lithographie und die Provisionen für die Sortimentvertreiber dieser Maculatur höchstens einige Procent ausmachen. Die Dividenden der Actionäre sind in der Regel nicht ungewöhnlich hoch. Das beweist indess nichts, denn abgesehen von Verlusten etc. ist zu beachten, dass die Verwaltungsräthe und namentlich die Gründer den Löwenantheil schon vorweg genommen, die Sahne schon abgeschöpft haben. Wagner (Syst. S. 712, 717) gesteht zu, dass die Tantiemen der Privatbanken enorm sind. Auch Wagner (Syst. S. 712, Holtzendorff's Jahrb. 1874 S. 216), Sonnemann (S. 7, 41) u. A. tadeln übrigens mit Recht, dass man der Preuss. Bank mit den Zinsen von 83 Mill. Thlr. Contributionsgeldern, d. h. einem Reichsfonds ein Geschenk machte, so dass die Actionäre 1873 eine Dividende von 20 pCt. erhielten. Die 1874er Denkschrift der Zettelbanken behauptet (S. 9), der Gewinn der Banken von der Notenausgabe betrage nur 2 (!) pCt. Die im Interesse der Baier. Hypotheken- und Wechselbank geschriebene Broschüre Dr. A. Ströll's über das Zettelmonopol derselben (München, 1874, J. Grubert) berechnet dagegen, dass allein das Notengeschäft der Bank einen Gewinn²⁾ von 10 pCt. (400,000 Fl. vom Baarfonds von 4 Mill. Fl.) ergibt und fordert daher (bis 1933) eine jährliche Entschädigung von 400,000 Fl. für die 8 Mill. ungedeckter

¹⁾ Vgl. oben S. 39.

²⁾ Dabei ist noch zu beachten, dass diese Bank verhältnissmässig sehr wenig ungedeckte Noten emittirt hat.

Noten. Wenn man den unrechtmässigen Gewinn der Zettelbanken angreift, so geben sie denselben für verschwindend klein aus; fordern sie indess eine Ablösung ihres Privilegiums, so führen sie eine ganz andere Sprache. Man muss unwillkürlich an die berühmte Geschichte vom jungen Pferdehändler denken, der seinen Vater fragte: „Soll ich dies Pferd zum Kauf oder zum Verkauf vorreiten?“

Nach Wagner (Syst. S. 721) betrug die Summe der ungedeckten Noten:

	1865	108	Mill. Thlr.
	1868	103	-
	1869	122	-
Mitte	1870	125	-
Ende	1870	179	-
	1871	132	-
	1872	189	-
März	1873	200	-

Diese Zahlen sind indess zu niedrig, weil dabei das Giro- und Depositengeschäft nicht berücksichtigt ist (vgl. Wagner Syst. 204, 205, 340, 341, 346, 352, 720 ff.). Thut man Das, so ergeben sich nach Wagner (Zettelbankref. S. 38) folg. Zahlen:

	1869—70	ca 127	Mill. Thlr.
I. Quartal	1873	- 240—260	Mill. Thlr.
	Juni 1874	- 182	Mill. Thlr. = 546 Mill. Mark.

Schon diese Zahlen zeigen die Mitschuld der Notenbanken am Börsenkrach von 1873.

Ohne das Reichsbankgesetz, welches den Betrag der ungedeckten steuerfreien Noten auf 385 Mill. M. contingentirte, wäre der Betrag derselben auf der Höhe von 546 Mill. geblieben oder noch gestiegen, denn der Juni 1874 war eine geschäftlich stille Zeit. Die Ultimo März 1875 erfolgte

kleine Schlappe der Berliner Baissiers war z. B. noch nicht eingetreten.

546 Mill. M. sind	0,13 pCt.	} der französischen Kriegsentschädigung von 5 Milliarden Fr = 4 Milliarden Mark.
385 - - -	0,096 pCt.	
546 Mill. M. geben zu 5 pCt.	27,3 Mill. M. Zinsen	
385 - - -	19,25 - - -	

Diese Steuer von 27,3 bzw. 19,25 Mill. Mark fällt fast ausschliesslich auf einen kleinen Theil des Volkes, nämlich auf die fixirte Bevölkerung. Sie ist daher noch viel drückender und ungerechter, als die russisch-türkische Kopfsteuer und die Salzsteuer, welche wenigstens vom grössten Theile, bzw. von der Gesammtheit des Volkes getragen werden.

Die Schätzung der Münzmenge eines Landes ist eine sehr schwierige Sache (vgl. Roscher I. § 124), die übrigens für das deutsche Reich nach der Durchführung der Goldwährung sehr erleichtert sein wird. Augspurg o. c. 1873 S. 26, 27, 1874 S. 15, insbes. 1873 S. 19, 21) schätzt die Geldmenge Deutschlands folgendermaassen:

Reichlich 225 Mill. Thlr.	ungedeckter Noten u. Cassenscheine
Ca. 250 - - -	gedeckter Noten
4—500 - - -	Silber
37 - - -	Gold

Ca. 1000 Mill. Thlr.

Geffcken's Schätzungen der Silberthaler-Menge (S. 90) und Wagner's Schätzung des ungedeckten Papiers (Syst. S. 725, 726) sind ähnlich. Er berechnet die ungedeckten Papierscheine und Noten auf ca. 243 Mill. Thlr., und diese Schätzung ist aus dem oben S. 81 angef. Grunde noch zu niedrig. Die Münz- und Bankreform — d. h. das Reichsbankgesetz — werden wohl Gold an Stelle von Silber und zum Theil auch von Noten und Papiergeld setzen, sie werden

indess den Gesamtbetrag der Circulationsmittel schwerlich wesentlich verändern. In Folge dessen verlieren die fixirte Bevölkerung und der Fiscus bei all' ihren Einkäufen (und der Fiscus auch bei einem grossen Theile seiner Einnahmen vgl. oben S. 78, 79) mindestens 22,5 pCt. des Nominalbetrages.

Rechnet man 385 Mill. Mark ungedeckter Noten)	} nach den betreff. Reichs- gesetzen
120 - - - Papiergeld	

505 Mill. Mark = $168\frac{1}{3}$ Mill. Thlr.
so bleibt immer noch ein Verlust von ca. 17,8 pCt. Diese Zahl erscheint nicht hochgegriffen, wenn man erwägt, dass nach Wagner's Berechnung (Syst. S. 726) allein in den Jahren 1865, oder 66—73 102 Mill. Thlr. durch Noten und Papiergeld ersetzt sind, was 2,4 Thlr. pro Kopf ergibt, mehr als das Doppelte des reichsgesetzlich festgestellten Papiergeld-Betrages von ca. 1 Thlr. pro Kopf. Hirth (bei Perrot S. 292, 293) hebt mit Recht hervor, dass die ungedeckten Noten und Papierscheine noch schlimmer wirken als Schutzzölle, indem sie das Leben überhaupt vertheuern. Vgl. über die Verpflichtung des Staates zur Ausgabe einer neuen Art Staatspapiere als Schutz der Wittwen etc. gegen die Geldentwerthung Walcker N.-Oek, S. 72, 73.

VI.

Das Reichsbankgesetz.¹⁾

Der Streit über die Frage: Reichsbank, oder nicht? gehört bereits der Geschichte an. Uebrigens ist es eine ganz unbewiesene und unwahrscheinliche Annahme, dass der oder die Verfasser des Gesetzentwurfes des Reichskanzler-

¹⁾ Dasselbe hat viel Aehnlichkeit mit Wagner's Gesetzentwurf Zettelbankr. S. 160 ff.

amtes keine Reichsbank gewollt hätten. Wäre der Entwurf Gesetz geworden, so hätte die Entwicklung aller Wahrscheinlichkeit nach zur Reichsbank geführt, aber die Letztere hätte allmählig gleich den übrigen Banken ihre Emission ungedeckter Noten aufgeben müssen; denn der Entwurf war offenbar nur das erste Glied einer Reihe von Maassregeln gegen das Notenunwesen. Die Notenfanatiker vergessen immer (!), dass es auch eine Reichsbank geben kann, welche nur Depositen-, Discontogeschäfte etc. macht.

Bei der Beurtheilung des Entwurfes darf man die Compromiss-Natur der deutschen Reichsverfassung und die damals noch andauernde Zerfahrenheit und Lauheit der öffentlichen Meinung in Betreff der Zettelbank-Frage nicht ausser Acht lassen (vgl. die treffenden Bemerkungen in Faucher's Viertelj. Bd. XLIII. S. 46, 47). Gegenwärtig zeigt sich zwar in der öffentlichen Meinung eine bedeutsame Wendung zum Besseren (vgl. unten Cap. VIII); diese Wendung ist indess grossentheils eine Folge des verdienstvollen Vorgehens der Reichsregierung. Freund und Feind des Entwurfes waren mit Recht darin einig, dass derselbe wegen seiner Grundtendenz Lob oder Tadel verdiene, dass dieser rothe Faden wichtiger sei, als jede Einzelheit. Sonnemann, der sonst gerade nicht für einen Nationalgesinnten gilt, echauf-firte sich mit einem Male für die Reichseinheit, welche durch die Internirung der Noten auf ihre Emissions-Rayons bedroht sei. Es lief dabei eine kleine Begriffsverwechslung unter. Er vergass, dass man wohl gute Dinge soviel als möglich zu einem Gemeingut machen, aber zugleich Unglücksfälle, z. B. eine Feuersbrunst, eine Ueberschwemmung etc., so viel als möglich localisiren muss. Dies gilt auch von der Notenüberschwemmung. Oder fehlt uns etwa, um ein bekanntes Wort Heine's zu variiren, eine gemeinsame Zettelbank-Gründer-Peitsche als eine moderne Godegisel? Auch der Privatverkehr hätte jene Noten bald heimgeschickt,

weil das neue Reich die dem alten Bunde fehlende Kraft besitzt, Verbote der Annahme an öffentlichen Cassen wirksam durchzuführen. Damit soll übrigens nicht geleugnet werden, dass jetzt durchgreifendere Maassregeln, als jene Internirung möglich und räthlich sind (vgl. unten Cap. VII).

Dr. M. Ströll sagt in seiner oben S. 13 angef. Schrift S. 9: „Der . . . Entwurf wäre trotz seiner wirthschaftlichen Bedenklichkeiten [d. h. seiner Bekämpfung des Notenunwesens] heute längst eine vollendete gesetzliche Thatsache,“ hätten nicht die „politischen Heerrufer“ das zündende Stichwort „Reichsbank“ ausgegeben. Diese Darstellung ist schief: unter Denen, welche für die Reichsbank kämpften, befanden sich allerdings auch treffliche Patrioten wie A. Wagner u. A., aber auch ganz andere Leute, z. B. Sonnemann, dessen Organ, die Frankfurter Zeitung, jede von den Jesuiten oder der französischen Revanchepartei ausgebrütete Portorico-Ente etc. dienstfertig colportirt und jede angebliche Schlappe der deutschen Politik mit schlecht verhüllter Schadenfreude begrüsst. Die meisten Schreier nach der Reichsbank waren einfach intrigante Noteninteressenten, welche hofften, dass der Particularismus der Reichsbank-Idee eine erfolgreiche Opposition machen werde, und dass Alles beim Alten, bei der süssen Gewohnung der Ausbeutung des Publicums durch die Notenpresse bleiben werde. Die Allg. Ztg. und andere unabhängige und gut informirte Blätter, z. B. die Weser-Ztg., haben diesen fein angelegten Schwindel längst aufgedeckt. Auch Dr. Landgraf¹⁾ sagt: „die Parole Reichsbank deckt in sich zwei ganz verschiedene Interessen: den Einen soll . . . die Schlange Aarons, die Reichsbank, die Schlangen der Zauberer, die Privatbanken, auffressen; die Anderen kämpfen unter der Aegide der Reichsbank um so sicherer für die Privatbanken.“ Ja es giebt noch eine

¹⁾ Vgl. oben S. 65.

dritte und eine vierte Richtung innerhalb der Notenpartei, nämlich diejenigen Nationalökonomen, welche aus politischen und wirthschaftlichen Gründen einen Theil der Privatbanken conserviren wollen, und diejenigen N.-Ökonomen, welche die Privatbanken zwar aus politischen Gründen vorläufig noch bestehen lassen, aber nach dem Cavour'schen Recept allmählig wie eine Artischocke verspeisen wollen. Fünftens und sechstens sind die Anhänger und die Gegner des Geldcharakters der Noten und der Annahme derselben an den öffentlichen Cassen zu unterscheiden. Da nun die Notenpartei so reichlich für das alte divide, für ihre eigene Spaltung und Uneinigkeit, gesorgt hat, so wird es den in sich geschlossenen Vertretern der Münzscheine nicht schwer fallen, das impera zu vollführen. „Concordia parvae res crescunt, discordia maximae dilabuntur.“

§ 1, § 17 des Gesetzes enthalten u. A. die verwerfliche Bestimmung, dass die Baardeckung einer Bank auch aus Staatspapiergeld bestehen darf, was auf eine Deckung eines Papiergeldes durch ein anderes, d. h. auf etwas Illusorisches, oder vielmehr auf eine indirecte Haftpflicht der Steuerzahler für die Extravaganzen der Zettelbanken hinausläuft. Plectuntur Achivi. Es ist ganz consequent, wenn Bamberger o. c. S. 106 verlangt, eine culpose Notenentwerthung solle durch den legalen Zwangscours verhindert werden (!).

§ 2 bestimmt, dass die Noten keinen Zwangscours haben sollen. M. Ströll bemerkt hierzu sehr richtig: „Die Annahme der Noten an den Staatscassen vermöge widerruflicher Verwaltungsvorschrift ist hierdurch nicht ausgeschlossen.“ Factisch ist es vielmehr von Seiten der meisten Notenfreunde darauf abgesehen, dass die Noten der Privatbanken und der Reichsbank stets an den öffentlichen Cassen genommen werden. Es ist dies ein ächt jesuitischer

Kniff,¹⁾ eine praktische Anwendung der Gury'schen Moral. Sagt man: die Noten sind Geld, so verdrehen solche Tartuffes die Augen und sagen: „Wie kann man Das behaupten? Art. 2 des Reichsbankgesetzes bestimmt ja ausdrücklich, dass sie keinen gesetzlichen Zwangscours haben sollen.“ Mit dieser Logik könnte man auch behaupten, Ofenheim sei ganz unschuldig, da er ja von den Geschworenen frei gesprochen ist. Bamberger ist dagegen consequent und redlich genug, um den unverhüllten gesetzlichen Zwangscours zu fordern. Er macht (a. a. O.) mit Recht darauf aufmerksam, dass sonst Jemand eine Zahlung in Noten aus Chicane zurückweisen könnte. „Wenn Einer 100,000 Thlr. an einem Orte in Preussen [oder sonstwo], der keine Einlösungsstelle besitzt, an einem gewissen Tage zu leisten hätte, und, mit Noten der Preuss. [etc.] Bank erscheinend, abgewiesen würde, weil der Gläubiger nur Baar zu nehmen erklärte, so könnte er das Opfer einer böswilligen Speculation werden.“

Zu § 3 bemerkt Ströll sehr richtig: „Es liegt im Ermessen der einzelnen Bankverwaltungen, ob überhaupt Noten in Beträgen über 100 Mark ausgegeben werden sollen.“ Viele Banken werden dies Schlupfloch des Gesetzes utiliter benutzen.

Die Bestimmungen des § 8 über die Bilanzen oder Status der Banken²⁾ entsprechen noch lange nicht den gerechten Forderungen Wagner's (Syst. S. 83 ff. Vgl. das Schema S. 108—113 und die Bemerkung S. 99 über verhüllte Unterbilanzen und über die unlauteren Praktiken kleiner Banken S. 88 Note 232).

¹⁾ Wagner im D. Staatsw. XI. S. 321 übersieht Dies.

²⁾ Vgl. über die Mängel der Ausweise der Preuss. Bank Wagner Syst. S. 414.

Die fünfprocent. Steuer des § 9 wird die Ueberspeculation und die Handelskrisen nur wenig verhindern, vgl. Faucher's Viertelj. a. a. O. S. 87—91.

Der von der Notenpartei durchgesetzte § 16 ist ein rechtes Danaergeschenk für die Geschäftswelt, ein Reizmittel zu Handelskrisen vgl. oben S. 72 ff.

Wenn das Notenwesen überhaupt berechtigt wäre, so müsste man die s. g. bankmässige Deckung wählen (vgl. Wagner im D. Staatsw. XI. S. 309, 325, Syst. Register unter Dritteldeckung, Zettelbankr. S. 179), obgleich die Dritteldeckung nicht immer wider den Willen des Gesetzgebers zu einem Maximum statt zu einem Minimum wird (vgl. Wagner Beitr. S. 217). Delbrück sagte am 22. Jan. 1875 im Reichstage, die Dritteldeckung nöthige eine solide Bank factisch zu einer halben Deckung, und die Letztere nöthige factisch zu einer $\frac{2}{3}$ — $\frac{3}{4}$ Deckung. Die Dritteldeckung ist daher als Abschlagszahlung auf die Volldeckung relativ nützlich. Vgl. ferner oben S. 86.

§ 19 giebt den Privatbanknoten indirect einen noch prägnanteren Geldcharakter, als sie bisher hatten.

Die ratio des § 21 soll offenbar sein: weil das Staatseigenthum steuerfrei sein soll,¹⁾ so muss auch die Reichsbank steuerfrei sein. Als wenn dieselbe nicht ein „Privat-actieninstitut unter staatlicher Leitung“ wäre, wie Ströll richtig bemerkt! Als 1872 oder 73 die Setzer der Reichstags-Druckerei Strike machten, wurden Soldaten, Setzer von Profession, zum Druck commandirt. Es kommt auch vor, dass Soldaten zur Erntezeit einen Urlaub erhalten. Nach jener Logik könnten die betreff. Buchdrucker, bezw. Gutsbesitzer Steuerfreiheit verlangen. Die Lemberg-Czernowitzer Bahn hätte ferner für die Zeit ihrer Sequestrirung keine

¹⁾ Schon Dies ist falsch, vgl. meine Abh. in W. Hartmann's Zeitschrift für öffentliches Recht Bd. I. 1875.

Steuer zu bezahlen. U. s. w. Wagner hat dagegen stets die gewöhnliche Steuerpflicht der Banken vertheidigt, er hat nur die von ihm s. g. Extrasteuern derselben (z. B. die neue 5 procent. Steuer) bekämpft. Sein Vorschlag Zettelbankr. S. 178 ist daher inconsequent.

Auch vom Tooke'schen Standpuncte aus könnte man Einwände gegen die Gewinnvertheilungs-Sätze des § 24 erheben, da die Bank nach § 25 ff. von staatlich ernannten Beamten verwaltet wird, und da Actionäre gewöhnlich keine wirkliche Controle üben können. Da die Bankantheilseigner indess meist grosse Bankiers sind, so werden sie viel befähigter dazu sein (§ 30 ff.). Damit soll übrigens nicht geleugnet werden, dass die Bank auch künftig, grade im vermeintlichen Interesse der Geschäftswelt, ihrer Actionäre und der Volkswirthschaft, die Ueberspeculation und Handelskrisen befördern muss, so lange sie eine Notenbank bleibt.

Vor der Ersetzung der Noten durch Münzscheine wird auch § 35 keine genügende Garantie gegen die von Wagner Syst. S. 304 N. 614 erwähnten Missbräuche und Gefahren sein.

§ 39 bedarf einer Verbesserung in dem Sinne, dass die Steuerjury bei der Einschätzung zur Einkommensteuer von jenen Daten Gebrauch machen kann und darf (vgl. Hirth's Annalen 1874 H. 3, Wagner in Holtzendorff's Jahrb. 1874 S. 214, Walcker Nat.-Oekon. 1875 S. 140).

Im § 47 wären die von Wagner (Syst. S. 140 N. 376, S. 269 N. 531, S. 275 N. 549, S. 301 N. 608) angef. Missbräuche zu beachten gewesen. Wenn Wagner (S. 266 N. 526) meint, die Praxis gewisser kleiner Banken sei solider als ihre Statuten, so ist Das ein sehr ungenügender Trost, wie bereits Conrad bemerkt hat.

Die Bestimmungen über die Controle der Banken § 25 ff., 48 ff. entsprechen noch lange nicht den gerechten Forderungen, welche Wagner in seinem System ausführlich

entwickelt. (Vgl. über die Oeffentlichkeit des Bankwesens Beitr. S. 78—81, Syst. S. 74—162.) Wagner's optimistische Erwartungen in Betreff der gegenseitigen Controle der Banken sind schon oben S. 74 erwähnt. Er übersieht ferner (Geldth. S. 142) die Möglichkeit, dass die Tabellen der Banken über die Notencirculation mitunter gefälscht sein können. Giebt er doch selbst (Syst. S. 442 N. 849) die Möglichkeit eines anderen Betrugsfalles zu. „Wer wird die Wächter bewachen?“ Die Bücher, Bilanzen etc. der Wiener Export- und Importgesellschaft waren falsch von Anfang an (Wagner S. 120). Er überschätzt ferner die Fähigkeit und die Willigkeit der meisten Actionäre zur Controle des Directoriums und des Verwaltungsraths. Zahllose Vorgänge bei Actiengesellschaften haben die sprüchwörtliche Redensart *dupe comme un actionnaire* illustriert. Auch Wagner verkennt Dies sonst nicht. Er hat sogar in seiner Abh. in Hildebrand's Jahrb. Bd. XXI eine zu grosse gesetzgeberische Einengung des Actiengesellschaftswesens vorgeschlagen. Er stellt, ähnlich wie A. Smith, gewisse Bedingungen auf, welche vorhanden sein müssen, wenn sich ein Geschäftszweig für die Actiengesellschaft eignen soll. Er rechnet dazu u. A., „dass der Betrieb einigermaassen auf feste Regeln zurückzuführen ist, das Speculationsmoment dagegen nur mässigen Spielraum hat.“ Solid gesimnte Zettelbank-Verwaltungen speculiren allerdings selbst nicht, aber sie können nicht verhindern, dass ihre Notenemissionen und der Notenaberglaube der Geschäftswelt die Bank in Mitleidenschaft bei Handelskrisen etc. zieht. Die zahlreichen Wünsche, welche Wagner (Syst. S. 289 ff.) in Betreff der Solidität der zu discountirenden Wechsel aufstellt, werden in praxi oft genug fromme Wünsche bleiben, vgl. die von Bamberger S. 74 und 75 angef. belgischen Fälle. Man wird Eras beistimmen müssen, wenn er sagt, dass auch die bestverwalteten Zettel-

banken, z. B. die Reichsbank, sich solcher Wechsel nicht erwehren können.

Unterschleife von Cassirern kommen auch bei Notenbanken vor, desgleichen Gründerbetrügereien und die Bestechlichkeit von Zeitungen (vgl. Wagner S. 469, 682, 684). Es ist charakteristisch für die optimistische Auffassung Wagner's, dass er im Werke selbst (S. 156) eine ideale, unbestechliche Presse voraussetzt und sich in den Nachträgen (S. 684) selbst genöthigt sieht, dies Urtheil einzuschränken. Auch Wagner wird den Procentsatz der unbestechlichen Börsenblätter Deutschlands und Oesterreichs und der nicht im Dienste von Gründern etc. stehenden politischen Blätter Wiens gewiss sehr niedrig anschlagen. Selbst die *Indépendance Belge* war von Langrand-Dumonceau bestochen¹⁾ und auch in Deutschland giebt es bestechliche politische Blätter.

Gneist sagt treffend von J. S. Mill's *Consid. on Repres Gov.*: „Alle Sicherheitsventile dieser Interessenvertretung sind so beschaffen, dass Mill selbst ihre ermässigende Kraft zuletzt von einer Schickung der Vorsehung erwartet.“ Aehnlich erwartet Wagner (Syst. S. 121 ff. 129 ff., 683) in letzter Instanz Alles von der Staatscontrole der Zettelbanken. Die Controlbeamten müssten Ausbünde von Genialität, Geschäftskennntniss und Uneigennützigkeit sein, denn sie könnten in jedem Geschäft kraft ihrer Fähigkeiten viel mehr verdienen als im Staatsdienst. Wie wenig jene Voraussetzungen in der Wirklichkeit zutreffen, beweisen nicht blos die Offenheim-Affaire, sondern die auch von Wagner (in Hildebrand's Jahrb. XXIII. S. 74) zugegebene factische Straflosigkeit der grossen betrügerischen Gründer Preussens etc.

Schon der Umstand muss grosses Misstrauen gegen die Berechtigung des Notenwesens erwecken, dass dies Gebiet das einzige volkswirtschaftliche Gebiet ist, welches eine

¹⁾ Vgl. Unsere Zeit vom 15. Jan. 1875.

unendlich verwickelte und doch unwirksame Controlgesetzgebung mit zahllosen Wenn's und Aber's nöthig macht. In Italien werden die Fideicommiss-Güter trotz der gesetzlichen Aufhebung der Majorate factisch oft zusammengehalten; wenn indess die öffentliche Meinung dem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuwendet, so wäre diese Ungesetzlichkeit leicht zu verhüten.¹⁾ Den Sisyphestischen etc. Missbräuchen der englischen Gewerkvereine gegen ihre Mitglieder, gegen concurrirende ungelernete Arbeiter, Frauen und Kinder und gegen die Arbeitgeber kann man durch strenge Strafen wirksam begegnen. Man denke an den Fall der Londoner Gasarbeiter im J. 1874. Selbst Marx giebt ferner zu, dass die englischen Fabrikinspectoren wohlthätig wirken. Die Aufhebung von Schutzzöllen ist, einmal von der Gesetzgebung beschlossen, eine noch einfachere Sache. U. s. w. Die Bankdirectoren müssen dagegen nach Wagner's ganz consequenter Forderung (D. Staatsw. XI, 308) selbst (weitblickende und gut informirte) Politiker sein.

Die Bestimmungen über den Bankrott²⁾ einer Bank § 50 ff. bedürfen der Ergänzung, dass die Notengläubiger ein Prioritätsrecht erhalten. Wagner übersieht bei seinen, vom Tooke'schen Standpuncte aus betrachtet, ganz plausibelen Einwänden (D. Staatsw. XI, 321), dass die Noten factisch einen Zwangscours haben, während die Depositengläubiger auch de facto freiwillig in ihr Verhältniss zur Bank getreten sind. In den Beitr. (S. 158) ist W. gegen jenes Prioritätsrecht, im System (S. 591) ist er indess dafür.

Wagner's Behauptung, die deutschen Banken hätten die Krisis von 1866 und 70 gut bestanden, steht mit den

¹⁾ Vgl. Walcker, Sociale Frage S. 70 ff.

²⁾ Vgl. auch Walcker, Zeitfragen, 1875 S. 194 Note 4.

Thatsachen im Widerspruch. Ueberdies erinnert Dies etwas an „Märtyrer mit heiler Haut“ à la Ledochowski. Von einer wirklichen Prüfungszeit könnte man nur sprechen, wenn das deutsche Heer eine grosse Schlacht verloren hätte. Die Noten kleiner thüringischer Banken standen 1866 4—8 pCt. unter Pari; das preuss. Staats- und Bankpapiergeld hatte 1866 in Süddeutschland ein Disagio von 4,7 pCt. und kleinstaatliches norddeutsches sogar von 14,2 pCt. (Wagner Syst. 41, 457. Diese Stelle zeigt auch, dass die Einlösung der Noten in Berlin und Frankfurt nicht genügt, dass noch Leipzig, Augsburg, München, Stuttgart etc. hinzukommen müssen.) Im Mai 1866 fand ein run auf die Preuss. Bank statt. Der Abg. Eugen Richter sagte darüber am 17. Nov. 1874 im Reichstage: „Ich erinnere mich sehr wohl eines Tages im Mai 1866, wo ich in der Jägerstrasse dem Schauspiel eines Sturmes auf die Bank zusah. Alles schleppte Silbersäcke heraus und das ganze Personal war aufgeboden, um zu zählen. Dass alsbald wieder eine Wendung eintrat, verdankten wir den raschen Siegen der Armee.“ Aehnlich hob Camphausen am 18. Nov. 1874 hervor: „dass es nicht blos der preuss. Generalstab war, der die Verhältnisse der Preuss. Bank verbessert hat in kritischen Zeiten, sondern dass es auch der preuss. Staatsschatz war, den der Finanzminister immer bereitwillig geöffnet und grade der Bank in dem Augenblick zugeführt hat, wo sie des baaren Geldes am meisten bedurfte.“ Vgl. noch die von Geffcken S. 46 citirte Aeusserung O. Michaelis' vom 18. Sept. 1866. „Ausserdem aber wagt keiner der Berliner Bankiers, welche vom Credit der Bank abhängig sind, in solchen Zeiten der Bank grosse Notenbeträge zur Einlösung zu präsentiren, weil er weiss, dass er dafür in's schwarze Buch kommt.“ Ganz Aehnliches, weil im innersten Wesen der Notenbank Begründetes war in den V. Staaten an der Tagesordnung (vgl. Wagner Beitr. S. 20, 21). 1866 und 70 haben Berliner Häuser ersten

Ranges es ihren auswärtigen Geschäftsfreunden gegenüber abgelehnt, bedeutendere Posten übersandter preuss. Noten der Bank zur Baareinlösung zu präsentiren und Dieses dadurch begründet, dass sie im Interesse ihres eigenen Geschäftes nicht dazu beitragen dürften, die Bank in Verlegenheit zu setzen, weil ihnen Das später schlecht bekommen würde. Dem entsprechend fiel der Cours der preuss. Banknoten gegen Silberthaler in Hamburg wiederholt um $1-1\frac{1}{2}$ pCt.“ (Geffcken S. 45.) Kämmerer (S. 25) spricht sogar davon, dass die Preuss. Bank auch „während der seit 1857 wiederholt eingetretenen Börsenkrisen Maassregeln ergriffen hat, um die Einlösung von Noten möglichst zu verhindern.“ O. Michaelis (II. S. 385, 386) betont mit Recht, dass eine Monopolbank wegen der Abhängigkeit¹⁾ der Geschäftswelt von derselben die Präsentation der meisten Noten künstlich hintertreiben kann, und dass die Preuss. Bank Zuwiderhandelnde nicht bloß durch Creditentziehung bestraft, sondern auch für „unpatriotisch“ erklärt hat.

Geffcken (S. 49) hebt hervor, dass bei grossen Krisen in Folge unglücklicher Kriege, Missernten, Ueberspeculation etc. die besten Wechsel nicht zu begeben sind, weil Jedermann Baargeld haben will. Dies zeigte sich z. B. nach Unruh auch 1857 in Hamburg.

Das Schicksal der Schlacht von Königgrätz hing gleich dem Ausgange der Schlacht bei Waterloo an einem Faden, wie nicht bloß Rüstow, sondern auch Hesekei in seiner Biographie Bismarck's und L. v. Schneider, der Red. des „Soldatenfreundes“, in seiner Biographie des Kaisers Wilhelm bezeugen. Benedek hatte bekanntlich schon „Sieg!“ nach Wien telegraphirt. Der Krieg wäre damit noch nicht ent-

¹⁾ Diese Abhängigkeit existirt nicht bloß in Bezug auf Berliner Firmen, sondern auch in Bezug auf Frankfurter etc. Firmen, da die übrigen Banken nur Monde neben der Sonne der Reichsbank sind.

schieden gewesen, sondern der Sieg Preussens (vermittelt der wirklich allgemeinen Wehrpflicht) wäre eine blosse Frage der Zeit gewesen. Auch die Noten der Preuss. Bank würden sich wohl ähnlich gehalten haben wie die der Französischen 1870 ff. Aber die Noten der meisten kleinen Banken, namentlich der heimlichen Commanditistinnen von Fabriken etc., wären furchtbar, zum Theil auf 0 entwerthet worden. Es ist zu beachten, dass es 1870 in Frankreich keine kleinen Notenbanken mehr gab.

Denken wir uns einen Staat mit der wirklich allgemeinen Wehrpflicht und mit einem tüchtigen Landwehr- und Reserve-Offizier-System, mit elastischen, Kriegszuschläge gestattenden Einkommens- oder Vermögenssteuern, d. h. also ein durch Reformen verstärktes Deutsches Reich und setzen wir unter sonst gleichen Umständen zwei Fälle: 1) den Fall, dass das Reich ungedeckte Noten und Papierscheine hat und 2) den Fall, dass es nur vollgedeckte Münzscheine hat. Erleidet das Reich nun Niederlagen, so wird das Disagio grossentheils vom militärischen und politischen Credit des Staats abhängen, aber die Niederlagen werden sehr verschieden wirken. Im zweiten Falle können die Münzscheine in Folge der unbegründeten Furcht, dass es zu einem entwertheten Papiergelde kommen könnte, vielleicht etwas sinken. Die kräftige wirthschaftliche Natur des Staates wird solche Affectionen indess bald überwinden, ähnlich wie ein kräftiger Landmann nicht weiss, was nervös heisst. Im ersten Falle wird dagegen die ganze Volkswirtschaft zerrüttet werden, ähnlich wie das Nervensystem einer kränklichen Dame durch einen grossen Schreck zerrüttet wird.

Die Dessauer Bank hat mitten im Frieden $\frac{2}{3}$ ihres Capitals verloren, und die Braunschweiger und Thüringer Bank hatten 1863 710,000 Thlr. bzw. 281,000 Thlr. Unterbilanz (vgl. Wagner Syst. S. 89, 716, 717). Die

Royal Bank of Liverpool, welche 1847 fallirte, hatte bei einem Actiencapital von 620,000 Pfd. St. einem einzigen grossen Zuckerhändler 550,000 Pfd. gegen unzureichende, bzw. gar keine Sicherheit vorgestreckt (Wagner Beitr. S. 206). 1857 fallirten die Western Bank of Scotland in Glasgow und die Northumberl. a. Durh. Distr. B. in Newcastle. Die Erstere hatte bei 6 Mill. Pfd. Depositen und $\frac{1}{3}$ Mill. Pfd. Noten allein an 3 Firmen zusammen 1,2 Mill. Pfd. verliehen, und die Letztere hatte ihr Capital und einen grossen Theil ihrer Depositen an ein Eisenwerk festgelegt (Wagner Geldth. S. 306, Syst. S. 294). Aehnliches kommt auch in Deutschland vor. Die Thüring. Bank besass nach Saling und Wagner von 1861 — 71 das Gut Dallwitz nebst Porzellanfabrik. Die Hannöversche Bank erlitt nach Saling bedeutende Verluste durch die fallit gewordene Commanditgesellschaft C. Hartung und Comp. in Magdeburg, welche zwei Güter und eine Zuckerfabrik besass. Augspurg o. c. 1872 S. 61 führt aus, dass vorsichtige Fabrikanten mit mässigem Vermögen von Vertretern benachbarter Notenbanken förmlich dazu überredet wurden, sich in gefährliche Unternehmungen einzulassen, indem die Bank ihnen gegen Wechsel oder Hypotheken (!!) 30, 40 — 50,000 Thlr. in Noten vorstreckte. Siemens (S. 20, 21) constatirt, dass der Credit der (kleinen) Zettelbanken nach dem technischen Ausdruck „betteln ging“, d. h. dass die Banken guten Firmen ihre Wechselcredit geradezu in's Haus trugen. „Es ist gar nichts Seltenes gewesen, dass Fabrikanten sich das Geld zu den bedeutendsten Ausdehnungen ihrer Fabriken, obgleich sie dasselbe nach aller Berechnung erst in mehreren Jahren zurückverdienen konnten, durch Wechselcredit verschafften, indem sie ihre Wechsel von 3 Monat zu 3 Monat erneuerten. Dies namentlich seit dem Jahre 1857 entwickelte System bot dem speculirenden Kaufmanne die fast absolute Sicherheit, dass er stets den ihm erforderlich scheinenden

Credit finden werde. Der Credit selbst aber veränderte seine Natur. Aus einer vorübergehenden Erleichterung wurde er zu einer dauernden Commanditirung des Creditnehmers, welche der Creditgeber, selbst wenn er gewollt hätte, später gar nicht mehr zurückziehen durfte, ohne sich selbst zu gefährden. [Auch dieser Missbrauch war in Amerika häufig.] Eine Durchsicht der Portefeuilles aller Zettelbanken ohne Ausnahme würde höchst wahrscheinlich den Beweis liefern, dass, wenn auch vielleicht ohne ihr Wissen, ein gar nicht unbedeutender Procentsatz ihrer Gelder in Wechseln angelegt ist, welche Jahre lang von 3 Monat zu 3 Monat erneuert werden, d. h. also, dass eine dauernde Anlage die eigentliche Fundirung der flüchtigsten Creditform, der Banknoten, abgegeben hat.“ Vgl. Bamberger S. 74, 75 und O. Michaelis II. S. 332—341. Aehnlich sagt Eras, der als Handelskammer-Secretär in Westfalen und Schlesien wohl gute Gelegenheit gehabt hat, hinter die Coulissen zu blicken (in Unserer Zeit 1875 S. 177), viele Zettelbanken seien stille Compagnons von Zuckerfabriken, Bergwerken und Baugesellschaften. Es ist daher sehr möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass viele Zettelbanken, ähnlich der österreich. Nationalbank vor 1848, bereits bankrott sind, und dass die Aufgabe ihres Notengeschäftes in Folge des Reichsbankgesetzes, oder eines systematischen Präsentirens der Noten von Seiten des Publicums oder der Reichsbank diesen Bankrott auch an das Tageslicht bringen wird, wobei die unglücklichen Noteninhaber viel verlieren werden. Tooke und Wagner denken bloß an einen run aus Misstrauen oder wegen einer Missernte, eines Krieges etc., sie vergessen, dass das Publicum auch einmal mit der „Freiwilligkeit“ und Einlösbarkeit der Noten Ernst machen kann, und dass dann das notenpapierne Kartenhaus ein Ende mit Schrecken nehmen kann. Auch Banken ohne jene Commanditirungen können

bankrott werden, weil das massenhafte und plötzliche Angebot ihrer Wechsel und Werthpapiere zu einer starken Baisse derselben führen muss.

VII.

Das Ziel der Reform, die Ersetzung der Banknoten und des Papiergeldes durch vollgedeckte Münzscheine und durch Schatzscheine.

Einzelne Gegner der Banknoten sprechen mitunter nicht ganz exacter Weise von vollgedeckten Banknoten statt von Münzscheinen, aber keinem derselben ist es je eingefallen, etwas Anderes als Münzscheine zu meinen, wie sowohl Wagner als Eras richtig erkennen. Trotzdem wandte eine grosse Zeitung gegen die Münzpartei ein, Niemand werde sich die Mühe machen, vollgedeckte Noten auszugeben, weil es sich nicht lohne. Sonnemann bezeichnete diesen Galimatias¹⁾ als „wahrhaft vernichtend“, nämlich für die Notengegner, nicht für die Nachbeter dieses Missverständnisses(!). Die gemeinen Italiener etc. stellen sich bekanntlich vor, die Protestanten seien Papisten, welche an Stelle des römischen Papstes und der Heiligen den heiligen Luther anbeten. Zeplien, der Capitän des „Gustav“, wurde z. B. in Zarauz als ein „catholico protestante“ vereidigt, weil der gute spanische Priester in Zarauz sich gar nicht vorstellen

¹⁾ Dass vollgedeckte Noten wirklich ein unrentables Unternehmen wären, ist eine ganz andere, unleugbare Sache, vgl. Hirth bei Perrot S. 279. Auch Wagner's Bemerkung Beitr. S. 237, 238 kann hier nicht angezogen werden. Relevant ist dagegen Wagner's Satz (Syst. S. 702), dass Deutschland wegen der Ersetzung der kleinen Noten durch grössere jetzt einen grösseren Baarfonds nöthig hat.

konnte, dass es Menschen geben könne, die ihre Ketzerei so weit treiben, um gar keine Katholiken zu sein. Aehnlich verfällt Bamberger (S. 32) in das komische Missverständniss, dass die Münzpartei den Baarfonds bis zur Volldeckung verstärken, aber im Uebrigen Alles beim Alten lassen wolle (!). Auch die Metall-Ersparungs-Polemik S. 33 und 34 ist an eine ganz falsche Adresse, nämlich an die Münzpartei statt an Tooke und Wagner gerichtet (!). Das ist ungefähr so, als wenn Jemand im preuss. Abgeordneten-hause eine Philippica gegen die Kreuzzeitungs-Partei halten wollte und schliesslich bekennen müsste: „Entschuldigen Sie, meine Herren, ich habe die Parteien verwechselt! Ich meinte eigentlich die Nationalliberalen.“ Man muss unwillkürlich an's Voltaire'sche „peuple sauvage, nommé Haidchnouks“ denken.

Die Münzscheine werden Anweisungen auf ein bestimmtes Quantum Edelmetall oder Goldmünzen (bezw. Silbermünzen) sein, das stets in natura vorrätbig liegen muss. Das Vorurtheil vom „Zinsverlust“ ist bereits oben S. 18 widerlegt. Wagner bezeichnet die Münzscheine als Depositenscheine. Dieser Ausdruck ist indess unpassend: das Metall braucht keineswegs, wie bei der Hamburger Girobank, Eigenthum von Deponenten zu sein, es könnte auch Eigenthum einer Bank sein und in den Kellern derselben liegen, obgleich Dies aus anderen Gründen nicht rätlich ist. Der baare Gegenwerth der Münzscheine muss dem Staate gehören. Da die Münzscheine einfach Geld und nicht Noten, nicht vermeintliche Zauberstäbe, sein sollen, so fällt im Allgemeinen jeder Grund fort, die Discontobanken etc. mit der Sache in Verbindung zu bringen. Ueberdies würde dadurch mannigfachen Betrügereien Thor und Thür geöffnet werden. Selbst in den baltischen Provinzen Russlands ist es z. B. wiederholt vorgekommen, dass Rentmeister, d. h. Steuerbeamte des Staates, ihre Cassenbestände heimlich an

Handelshäuser verliehen, welche gewöhnlich Zeit genug fanden, um die Cassen, oft nur für einige Stunden, wieder zu füllen, sobald ein Revident kam, was man privatim meist schon früher erfuhr. Aehnliche Missbräuche wären auch in Deutschland nicht ganz zu verhüten. Gehen doch jährlich viele Cassirer durch. Die grossen Unterschleife Hentze's, des falschen Zeugen gegen Waldeck und nachmaligen Directors der Ritterschaftlichen Privatbank in Stettin, wurden z. B. erst 1871 nach seinem Tode entdeckt.

Der baare Gegenwerth der Münzscheine wäre am besten in den Kellern der Reichsbank, vielleicht auch zum Theil im Juliusthurm zu Spandau, dem Aufbewahrungsorte des Reichskriegsschatzes, zu deponiren. Da die Reichsbank auch nach Aufhebung des Noteninstituts als Cassirerin des Reiches manche wichtige Vorthelle von demselben ziehen wird — womit übrigens Zinsgeschenke nicht gebilligt werden sollen —, so wird sie das Geschäft der Einlösung der Münzscheine gern besorgen. Analoges gilt von der Englischen etc. Bank. Um etwaige Unterschleife zu verhüten, müsste alljährlich eine Anzahl der zu numerirenden Barren und Geldsäcke ausgelost und unter den Augen einer aus Beamten, Volksvertretern und Deputirten der Ackerbauvereine, Gewerbe- und Handelskammern gebildeten Commission eingeschmolzen, bezw. nachgezählt werden.

Der Bedarf nach Münzscheinen ist auf dem Wege der Erfahrung in wenigen Jahren zu ermitteln, indem man die Noten und das Papiergeld einzieht und Zug um Zug Münzscheine emittirt, bis der Verkehrsbedarf gesättigt ist und diese Sättigung durch eine stärkere Einlösung der Scheine documentirt. Hinsichtlich der Stückelung empfehlen sich etwa Appoints von mindestens¹⁾ 100, 200, 500 und 1000 Mark. Ausser den Filialen der Reichsbank müssten sämtliche Steuer-

¹⁾ Vgl. Faucher's Viertelj. Bd. XLIII. S. 75.

Post-, Telegraphen-Cassen etc. im ganzen Reiche die Scheine nach Maassgabe ihres Cassenbestandes einlösen.

Wagner's praktische und verdienstvolle, viel zu wenig beachtete Rathschläge in Betreff der Reform der Gesetze über falsche Noten (Syst. S. 60, 120) sind auch wörtlich auf falsche Münzscheine anzuwenden. Unhaltbar ist dagegen seine Argumentation (Zettelb. 149), dass man zur Vermeidung eines Davoust'schen Raubes die Reichsbank als ein reines Privatinstitut einrichten müsse. Die hier zu Tage tretende Auffassung des deutschen Heerwesens ist zu pessimistisch.¹⁾ Ueberdies könnte der Feind auch den Baarfonds einer Privat-Reichsbank mit Beschlag belegen, denn nach Montecucoli ist das Geld nicht nur die erste, sondern auch die zweite und dritte Bedingung des Kriegführens, und der Baarfonds könnte sonst leicht von der heimischen Regierung als Zwangsanleihen mit Beschlag belegt werden. Ist der Krieg unglücklich, so wird auch die Privat-Reichsbank ihren Baarfonds schwerlich vom Feinde zurückerhalten. Ist der Krieg dagegen siegreich, so wird auch der Staat den Baarfonds der Münzscheine aus der Kriegsentschädigung leicht decken können, falls er überhaupt verloren gegangen ist. Den Verlust können wir indess sehr leicht hindern, selbst für den sehr unwahrscheinlichen Fall, dass der Feind oder die Feinde bis Berlin kommen, indem wir nämlich, sobald²⁾ sich eine ernstliche Gefahr für Berlin und Spandau zeigt, den gesamten Baarfonds statt der üblichen theueren und problematischen Anleihen für die Kriegsausgaben verbrauchen und nach dem Frieden mit den feindlichen Contributionen wieder ersetzen. Selbst wenn wir in einen unglücklichen Frieden

¹⁾ Vgl. Walcker Zeitfragen, 1875, S. 277, 278. Rau-Wagner's Finanzwiss. sieht denselben Gegenstand viel zu optimistisch an.

²⁾ Natürlich nicht früher und nur im äussersten Nothfalle, aber doch rechtzeitig.

willigen müssen, so können wir nach dem Kriege im Frieden Anleihen viel billiger aufnehmen, als in der Panique nach dem Kriegsausbruche. Die gesammte Noten- und Papiergeld-Menge betrug Ende 1872, als Erstere durch den Gründungsschwindel hoch angeschwollen war, nach Wagner 500 bis 510 Mill. Thlr. Durch die Abschaffung der Noten, die Einziehung des kleinen Papiergeldes und die Goldwährung wird sich dieser Betrag noch bedeutend vermindern. Aber selbst 500 Mill. Thlr. wären nicht zu viel, da ein Krieg gegen einen Grossstaat (oder vollends gegen eine Coalition) mehrere Hundert Mill. Thlr. kostet. Die französischen Kriegskosten von 1870 betrugen z. B. nach Abzug der Zahlungen an Deutschland, 2358 Mill. Fr. = 628 Mill. Thlr. (Wagner in Holtzendorff's Jahrb. 1874 S. 70, 92). Es könnte mitunter auch räthlich sein, die directen Steuern, oder wenigstens die Classensteuer, zu stunden, zuerst den Baarfonds der Münzscheine zu verbrauchen und ihn dann, wenn jede Gefahr für Berlin beseitigt ist, durch Steuern und Anleihen wieder zu füllen, d. h. das Risiko der Aufbewahrung des Baarfonds auf Millionen von Privatwirthschaften zu vertheilen, die das Ihrige durch Vergraben, Sendungen in's Ausland etc. schon in Sicherheit bringen werden. Der Cours der Münzscheine wird, wie oben S. 95 erwähnt, in erster Linie von der militärisch-politischen Lage abhängen, und diese kann im Lande der allgemeinen Wehrpflicht kaum jemals schlimmer sein, als 1859 und 66 in Oesterreich. Trotz der Schäden und nationalen Kämpfe Oesterreichs war die Kraft des Staates noch keineswegs gebrochen. Napoleon III. war froh, Frieden schliessen zu können, und die österreichischen Militärschriftsteller dürften Recht haben, wenn sie behaupten, ohne die kleinmüthige Rücksichtnahme auf die Stimmung der Hausbesitzer Wien's, welches den Ausschlag für den Frieden gab, hätte man den Krieg noch mit ziemlich guten Chancen fortsetzen können. Wenn die ethisch-politische Energie des Vaterlandes Luther's,

Stein's, Fichte's, Blücher's und Bismarck's nicht in einer ganz unerhörten Weise sinken sollte, so hat Deutschland nicht schlimmere Schlappen zu befürchten, als 1813 bei Dresden und 1815 bei Ligny, d. h. Niederlagen, welche es sehr wohl gestatten, selbst mitten im Kriege zur wirklich allgemeinen Wehrpflicht etc. überzugehen¹⁾ und den Feind durch ungeheure Truppenmassen von deutscher Tüchtigkeit zu erdrücken. Zur Zeit der Napoleonischen Kriege hielten die englischen Kaufleute durch ihre patriotische Festigkeit den Cours der Banknoten fast al pari, vgl. Rau I. § 312 (b). Ohne die colossalen Subsidien, welche England der continentalen Mächten zahlte, wäre wohl selbst der Paricours festgehalten worden. Aehnlich wird in Deutschland eine Entwerthung der Münzscheine selbst in jenem höchst unwahrscheinlichen Falle nicht zu besorgen sein, und selbst eine kleine momentane Entwerthung wäre ein viel kleineres Uebel als die chronische, permanente Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse durch die ungedeckten Noten und das Papiergeld. Ein sicherer Schutz gegen jene kleine Entwerthung ist nur in einem guten Militärsystem (der wirklich allg. Wehrpflicht etc.), in einem elastischen, Kriegszuschlage gestattenden System von Einkommen- oder Vermögensteuern und in einer klugen Allianzpolitik zu suchen. Wenn Deutschland seinen ideologischen Neutralitätsversuch gegenüber dem Infallibilismus aufgibt, und wenn der Altkatholicismus mit unwiderstehlicher Macht auch Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich etc. ergreift, so werden das Deutsche Reich und das verjüngte Oesterreich-Ungarn als natürliche Alliirte den Angriff einer etwaigen russisch-französischen Coalition²⁾ leicht abwehren können. Haben Russ-

¹⁾ Falls diese Reformen unverantwortlicher Weise im Frieden unterlassen worden sind.

²⁾ Vgl. über die Unwahrscheinlichkeit einer Coalition à la 1756 Walcker, Zeitfragen, S. 297 und 299.

land und Frankreich doch in Polen und Litthauen, bezw. in Paris und Lyon wunde Stellen, welche grosse Truppenmassen „binden“, um dies physikalische Bild zu gebrauchen. Vgl. Walcker, Wehrpflicht, 1873, S. XXVI. Nach dem Bruch mit dem Jesuitismus wird auch das Donaureich zur wirklich allgemeinen Wehrpflicht etc. übergehen können, denn es wird sich rasch und naturwüchsig germanisiren. Dem Angriffe einer einzelnen Grossmacht sind endlich sowohl das Deutsche Reich, als sein natürlicher Alliirter, Oesterreich-Ungarn, völlig gewachsen, und ein etwaiger Friedensbruch Russland's in der Türkei oder in Galizien kann selbst alle vier Grossmächte Westeuropas in ein Lager treiben.

Beiläufig bemerkt, wird die Wiederherstellung und Fortbildung des Landwehr-Offizier-Systems und der Fortschritt Deutschlands zur wirklich allgemeinen Wehrpflicht einst den Weltfrieden mächtig fördern, denn diese Fortschritte müssen nachgeahmt werden, und ein Volk ist desto friedlicher, je allgemeiner die Wehr-, Steuer- und Schulpflicht bei demselben sind. Das reine Berufsoffizier-System erzeugt chronische Avancementsstockungen wie z. B. 1815 ff. in Deutschland, die nur vermittelt des Palliativmittels massenhafter Pensionirungen, der Manteuffel'schen „blauen Briefe“, und durch die Kriege von 1864 ff. momentan gehoben wurden. Einer der wesentlichsten Gründe¹⁾ zum 1874 erfolgten Sturz des österreich. Kriegsministers Frh. v. Kuhn war jener Avancementsdrang, in dem in Frankreich etc. eine chronische Kriegsgefahr liegen kann, wenn er nicht durch das Reserveoffizier-System mit seinem raschen Avancement beseitigt wird (vgl. Walcker Wehrpflicht S. 67 ff., Zeitfragen S. 278 den Text und Note 2).

¹⁾ Vgl. Bemerkungen zu den Betrachtungen über die Organisation der österr. Artillerie, 1875, S. 48 ff.

Preussen hat in der Papiergeld-Frage keinen Anspruch auf einen Monthyon'schen Tugendpreis (vgl. Geffcken S. 81, 103). Selbst Wagner giebt die Papiergeld-Natur der Noten der Preuss. Bank im Wesentlichen zu (Syst. S. XXII). Er ist ein Gegner des deutschen Reichspapiergeldes, welches er durch Banknoten ersetzen will, er macht demselben zum Theil übertriebene Vorwürfe in Bezug auf mangelnde Rückströmung, die Schwierigkeit der Schätzung des Verkehrsbedarfes und die Gefahr des Ueberganges zur Papiervaluta in Kriegsnöthen —, aber er verkennt den entscheidenden Hauptgrund gegen das Papiergeld (d. h. nicht vollgedecktes), vgl. z. B. Staatspap. etc. S. 29. Die Ausgabe von Papiergeld ist nicht eine Creditoperation, nicht einmal eine Zwangsanleihe, sondern beim factischen Zwangscourse jedes Staatspapiergeldes eine versteckte Falschmünzerei auf Kosten der Offiziere, der Beamten und überhaupt der fixirten Bevölkerung vgl. oben S. 17, 77 ff. Wagner sagt, die Ausgabe eines entwertheten Papiergeldes sei „privatrechtlich gesprochen Raub und Betrug“ und nur durch Kriegsnoth zu entschuldigen. Auch das al pari stehende Papiergeld beruht indess aus jenem Grunde „auf Raub und Betrug“ und hat nicht einmal die Entschuldigung der bedrohten Existenz des Staates für sich, obgleich die meisten Zeitgenossen, selbst die gewissenhaftesten, Dies verkennen. Es ist schon eine einfache Forderung des Rechtes und der Ehre des Deutschen Reiches, alle Reichscassenscheine durch Münzscheine zu ersetzen und die im § 54 des Reichsbankgesetzes allzu glimpflich behandelten Emittenten von ca. 890,000 Thlr. Privatpapiergeld (die Leipziger - Dresdener Eisenbahngesellschaft etc.) zu zwingen, ihre Schuldscheine einzuziehen (vgl. Wagner Syst. S. 725).

Das englisch-russische¹⁾ Schatzschein-System ist von

¹⁾ Vgl. J. v. Heiler, Sammlung von Nachrichten über die russ.

Wagner (Syst. S. 305, 691, Holtzendorffs Jahrb. 1874 S. 74 ff.) mit Recht empfohlen und schon vom Norddeutschen Bunde adoptirt worden. Um die Sparsamkeit zu begünstigen und alle kleinen Capitalien productiv zu machen, müssten die Schatzscheine ein integrirendes Glied des Reichsfinanzwesens werden (vgl. oben S. 69). Auch baierische ultramontane Bauern etc. würden ihre Ersparnisse darin anlegen und dadurch einigermaassen an's Reich geknüpft werden. Vgl. über Postsparcassen Wagner Syst. S. 407, Walcker Sociale Frage, 1873, S. 119, Nat.-Oekon. 1875 S. 61 und Laspeyres' Art. Sparcassen im D. Staatswört. Bd. IX. Es fragt sich überhaupt, ob nicht die Schatzscheine, Postsparcassen und Schulze'schen Vorschussvereine alle gewöhnlichen Sparcassen verdrängen werden. Jene beiden Arten von Staatssparcassen sind bei einem guten Finanz- und Heersystem sicherer, als gewöhnliche Sparcassen, deren Cassirer durchgehen können, und deren Hypothekenforderungen langfristige sind, während sie selbst kurzfristigen Credit nehmen. Endlich ist beim jungen Deutschen Reiche der angef. politische Grund von besonderer Wichtigkeit. Da Wittwen etc. Zeitungen nicht zu lesen pflegen, so ist es stets räthlich, die Schatzscheine auf eine längere Reihe von Jahren auszustellen und allmählig einzuziehen, nicht durch eine Verloosung zu amortisiren. Die Appoints von 200, 500 und 1000 Thlr. waren zu gross, es müssten auch Schatzscheine zu 150 Mark (analog den russischen Tresorscheinen, welche sämmtlich auf 50 Rbl. lauten) ausgegeben werden.

Werthpapiere. Petersb. 1871. Die russ. „Tresorscheine“ lauten auf 50 Rbl. und tragen 4,32% Zinsen. Bei kleinen Leuten und bei Provinzialen, auch bei kleineren Capitalisten in der Provinz, sind sie sehr beliebt, von grossen Petersburger Bankiers werden sie indess (der Zinsberechnung wegen) sehr ungern, oder gar nicht in Zahlung genommen.

VIII.

Die Mittel zur Durchsetzung der Reform.

Die verschiedenen Auflagen von Rau's Lehrbuch der polit. Oekon. sind ein ziemlich getreuer Spiegel der in Deutschland jeweilig herrschend gewesenen Ansichten über die Bankfrage. Dieselben waren ein inconsequentes Gemisch von Currency- und Banking-Principien. Wagner's „Beiträge zur Lehre von den Banken“ neigten 1857 das Zünglein der Waage mehr auf die letztgenannte Seite, wie z. B. Kautz Gesch. der N.-Oek. 1860 S. 552 ff., 702, 703 zeigt (der Wagner so unaufmerksam gelesen hat, dass er die dritte Function des Geldes, die Währungsqualität, S. 703 übergeht). Die Ueberspeculation der Jahre 1852 ff. und die Bankgründungen jener Zeit trugen ebenfalls dazu bei, um die Noten populär zu machen. Als Höhepunct des Notenaberglaubens ist der Sommer 1856 zu bezeichnen, denn im Herbst 1856 zeigte sich schon eine Krisis als Vorläufer der Handelskrisis von 1857, welche daran mahnte, dass das Notenwesen und andere Reitwechsel verderbliche Nessus-hemde sind. Das preuss. Bankgesetz vom 7. Mai 1856 war der letzte bedeutende Sieg der Notenpartei, das preuss. etc. Verbot der fremden Noten war bereits ein memento mori für die kleinen Banken (welche grossentheils mit preuss. Capital gegründet sein sollen). Tellkampf's Schriften wurden von den meisten N.-Oekonomen fast gar nicht beachtet, und auch der Kampf, welchen O. Michaelis u. J. Faucher gegen das Notenunwesen führten, fand selbst bei den Freihändlern nicht die gebührende Anerkennung und Unterstützung. Noch am Anfange der 70er Jahre wurden die Arbeiten der Notengegner von den meisten Volkswirthen ignorirt. Absichtlich geschah Das nicht, sondern man dachte gar nicht an die Möglichkeit, dass die traditionelle von so

vielen scharfsinnigen und gewissenhaften Autoritäten und auch von radicalen Nationalökonomien, z. B. von Mill, vertretene Lehre von der Berechtigung der Banknoten falsch sein könne, ähnlich wie eine geschickt nachgemachte Note oder Münze nicht auf ihre Aechtheit geprüft wird, wenn man sie von dem erfahrenen Cassirer eines Welthauses erhalten hat.

Es zeigte sich auch hier, dass der gefährlichste Feind des wissenschaftlichen Fortschrittes auf allen Gebieten nicht in der Inquisition, in der Censur etc. bestand, sondern im eigenen Innern der Forscher zu suchen ist, dass pseudo-wissenschaftliche Gemeinplätze sich, „wie eine ewige Plage von Geschlecht zu Geschlecht fortschleppen,“ wenn sie den trügerischen Schein für sich haben und erst einmal recipirt sind. So kam es z. B., dass erst Copernicus das richtige Weltsystem fand.

In den letzten Jahren, seit 1872 oder 73, verliert die Notenpartei in der Wissenschaft wie im Leben fortwährend an Boden. Ein Vergleich der „Beiträge“ Wagner's (1857) mit seinem Art. „Zettelbanken“ (1868) und namentlich mit seinem „System“ (1873) zeigt eine Reihe von wichtigen Concessionen an die Münzpartei (vgl. oben S. 7). Auch sonst zeigt sich ein langsamer, aber stetiger Umschwung der öffentlichen Meinung wider die Noten, wie auch Conrad hervorhebt. Der Sieg der Notenpartei in Betreff der einprozentigen Steuer war nur ein mühsam errungener Pyrrhussieg. Schon in den Beitr. S. 158 betrachtet Wagner übrigens ein Verbot von Noten als Etwas, was sich vielleicht rechtfertigen liesse. Aehnlich heisst es im D. Staatswört. XI, 321, nachdem die Nachtheile der Notenannahme an den öffentlichen Cassen hervorgehoben sind: „Diese Erwägungen lassen es doch fraglich erscheinen, ob die Annahme der Noten an den öffentlichen Cassen nicht besser unterbliebe,“ d. h. mit anderen Worten, ob es überhaupt Noten geben soll, vgl. oben S. 50.

Jeder Geschäftsmann und jeder Zettelbank-Director wird bezeugen, dass eine Bank, deren Noten an den öffentlichen Cassen nicht genommen werden, in kurzer Frist ihre Notenausgabe einstellen müsste. Eine solche Bank hat es auch in Wirklichkeit niemals gegeben.

Selbst die 1874er Denkschrift der Zettelbanken verlangt (S. 18) nur eine Galgenfrist für das Notenwesen und sagt: „Wir können dem Entwurf [des Reichskanzleramtes] nur beitreten, wenn derselbe sich principiell gegen ungedeckten Notenumlauf ausspricht.“ Die Denkschrift ist zwar nur von 13 Bankdirectoren unterschrieben, aber darunter befinden sich die Directoren der Bank für Süddeutschland, der Frankfurter Bank, der beiden Lübecker Banken, der Magdeburger und Stettiner Bank. Haben jemals die Vertreter einer guten,¹⁾ lebensfähigen Sache eine solche Concession gemacht? Haben z. B. die preussischen Minister und das preussische Heer 1850 und 72 gesagt: „Wir können dem avilir et démolir la Prusse des Fürsten Schwarzenberg und der Steinen-Hoffnung Pius' IX. principiell nur beitreten. Wir bitten nur um eine kleine Galgenfrist für den Staat Friedrich's d. G., Blücher's und Bismarcks“?

Das bedeutsame Mene Tekel, welches die Provinzialcorrespondenz, oder mit anderen Worten die Reichsregierung, den Zettelbanken 1875 zurief, ist bereits oben S. III erwähnt.

Als List 1842 den deutschen Professoren den Vorwurf gemacht hatte, sie hätten kein Herz für die vaterländische Industrie (sollte heissen: für die Schutzzölle), so konnte Schütz in der Tübinger Zeitschr. für Staatswiss. 1845 noch constatiren, dass fast alle Docenten der N.-Oek. damals Schutzzöllner waren. Heute verwahren sich dagegen die meisten

¹⁾ Damit soll natürlich nicht gesagt werden, dass das System Manteuffel gut war.

„Kathedersocialisten“, z. B. Brentano, Held, Schmoller, Schönberg, Wagner u. A. mit Recht gegen den Vorwurf, dass sie keine Freihändler seien. Einige ältere N.-Oekonomen sind zwar noch Schutzzöllner in Bezug auf die Vergangenheit, aber von den jüngeren Professoren und Docenten, überhaupt vom jungen Nachwuchse, glaubt Niemand mehr an die Schutzzölle. Aehnlich wird es nach abermals 30 Jahren, im Jahre 1905, gar keine Notenfreunde mehr unter den deutschen Volkswirthen geben.

1848 soll eine Berliner Demokratengesellschaft eines Abends den Beschluss gefasst haben, die sociale Frage zu lösen, und wenn sie die ganze Nacht aufbleiben müsste. So thöricht solche Vorsätze gegenüber der Unabsehbarkeit der socialen Fragen und ihren jahrtausendjährigen Entwicklungen sind, so verhält es sich doch mit der Bankfrage himmelweit verschieden. Alle Parteien sind mit Recht darin einig, dass hier nur die einfache Alternative: Banknoten oder Münzscheine vorliegt; denn eine Casuistik nach örtlichen und zeitlichen Verhältnissen wäre absurd und ist auch von keinem Vertreter der verdienstvollen historischen Schule versucht worden. (Die Wahrheit, dass Kriegsnöthe selbst eine Papiervaluta rechtfertigen können, ist eine andere Sache.)

Im Allgemeinen kann man natürlich nicht behaupten, dass jeder Docent der N.-Oek. die patriotische Pflicht habe, zu jeder grossen wirthschaftlichen Tagesfrage Stellung zu nehmen. Es giebt indess wichtige Fälle dieser Art, wie auch der Verein für Socialpolitik anerkannt hat, indem er schon 1873 die Bankfrage auf das Programm seiner Berathungsgegenstände setzte. Es ist wünschenswerth, dass Dies schon 1875 oder 76 geschieht.

Zunächst kommt es darauf an, die meisten und bedeutendsten N.-Oekonomen beider Richtungen, d. h. der freihändlerischen wie der socialpolitischen, für das Programm:

„Münzscheine, nicht Noten“ zu gewinnen, was sehr wohl in einigen Jahren, vielleicht in noch kürzerer Frist, geschehen kann. Die beiden bedeutendsten Freihändler, O. Michaelis und J. Faucher, sind z. B. bereits Notengegner. Auch das etwaige Beharren einiger namhaften Kathedersocialisten oder inconsequenten Freihändler auf dem Noten-Standpuncte würde den Fortschritt nicht aufhalten, denn die vereinte Kraft der Reichsregierung, der Universitäten und des Volkswirtschaftlichen Congresses würde jeden Widerstand, vollends den Widerstand feiler Börsenblätter und ähnlicher Elemente, mit Leichtigkeit brechen.

Von einer „Entschädigung“ der Notenbanken kann keine Rede sein, vgl. oben S. 25, 36, 57. Die Concessionirung der Notenbanken war ebenso sehr eine Competenzüberschreitung des Staates wie die Concessionirung der Spielhöllen. Niemand kann mehr Rechte übertragen, als er selbst besitzt.

Die Beseitigung des Notenwesens wird auch durch den Umstand erleichtert werden, dass die Notenfreunde 1874 und 75 nach Art der Schutzzöllner düstere Prophezeiungen über die traurigen Folgen des Michaelis'schen Gesetzentwurfes, bezw. des Reichsbankgesetzes aussprachen (vgl. z. B. Sonnemann S. 38, Wagner Zettelbankref. S. III, IV, 120 und passim und v. Schauss's Reichstagsrede vom 26. Jan. 1875). Wenn nun diese Prophezeiungen durch die Erfahrung widerlegt werden,¹⁾ so werden die Notenfreunde um so weniger im Stande sein, weitere Fortschritte der Bankreform zu verhindern.

Nach einem bekannten Bonmot Cobden's haben nicht gute Gründe, sondern schlechte Kartoffeln die Kornzölle zu Falle gebracht. Aehnlich wird die Nothwendigkeit, die deutschen Goldmünzen im Verkehr zu erhalten, die Beseiti-

¹⁾ Vgl. Siemens S. 30, 31.

gung des Notenunwesens sehr erleichtern, da die Goldmünzen nicht für die Schmelztiegel des In- und Auslandes und für Münz- und Raritäten-Cabinette, sondern für das Publicum bestimmt sind. Unter sonst gleichen Umständen bedingt schon der Uebergang zur Goldwährung eine gewaltige Reduction der Notenmenge (vgl. oben S. 40). Augspurg forderte mit Recht, dass bei jeder Emission von Goldmünzen ein (mindestens) gleicher Betrag von Noten eingezogen werde. Diese Bestimmung, deren Nothwendigkeit auch Wagner (Syst. S. XXIV) halb und zugiebt, fand keine Aufnahme in's Münzgesetz. Die Folge davon war ein starker, auch von der 1874er Denkschrift der Notenbanken (S. 11) zugegebener Export von deutschen Goldmünzen, welche in Brüssel etc. und auch von deutschen Goldindustriellen eingeschmolzen wurden.

Das Publicum könnte die Zettelbanken zwingen, ihre Noten einzuziehen, indem die Schulze'schen Associationen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, grosse Hamburger Firmen etc. systematisch Massen von Noten ansammeln und beharrlich zur Einlösung präsentiren, ähnlich wie Buchhändler schlechte Novitäten als „Krebse“ zurücksenden. Kürzer und einfacher wäre es indess, die Banken reichsgesetzlich zu verpflichten, ihre Noten innerhalb eines 5 jährigen Termins einzuziehen. Auch die Zustimmung des Bundesraths wird leicht zu erlangen sein. Die Höfe von München, Dresden, Stuttgart etc. wissen sehr wohl, dass die Reichsbank, wenn sie nur will, die Privatbanken jederzeit matt setzen, d. h. durch systematisches Präsentiren von Noten zur Aufgabe ihres Notengeschäftes zwingen kann,¹⁾

¹⁾ Vgl. oben S. 35. O. Michaelis II. S. 307, Wagner System S. 19 ff., 52. Die Magdeburger Privatbank verbat sich ausdrücklich die Annahme ihrer Noten bei der Preuss. Bank (! Wagner S. 50, 714). Die Baier. Hypotheken- und Wechselbank machte im März 1875 den schon nach einigen Tagen gescheiterten Versuch, die Noten der Preuss. Bank zurückzuweisen.

und dass einflussreiche Notenfreunde, z. Bamberger, allen Privatbanken den Tod geschworen haben. Eine Reichsbank mit dem Monopol der Ausgabe fictiven Geldes würde so übermächtig sein, dass sie den grössten Theil des Discontogeschäfts der Discontobanken und Bankiers an sich und an ihre Filialen reissen würde. Dadurch würde eine Hypercentralisation entstehen, welche nicht blos vom mittelstaatlichen, sondern auch vom streng nationalen und liberalen oder constitutionellen Standpuncte aus verwerflich ist (vgl. Rau-Wagner Finanzwiss. § 209). Der Abgeordnete Eugen Richter hob am 17. Nov. 1874 im Reichstage hervor, dass die Anleihe von 1832 bei der Seehandlung gesetzwidrig gewesen sei, und dass die Preuss. Bank 1862 bei einer gesetzwidrigen Maassregel, bei der Convertirung einer Anleihe ohne parlamentarische Zustimmung, mitgewirkt habe.

Das finanzielle Interesse der Einzelstaaten an der Reichsbank, an den Privatbanken und am Reichspapiergelde ist gering und kann durch andere Einnahmequellen, Tarifreformen¹⁾ die Couponsteuer²⁾ etc. reichlich gewahrt werden. Beiläufig bemerkt, haben die Regierungen und die gemässigten Parteien ein dringendes Interesse daran, die Couponsteuer rechtzeitig einzuführen; denn die Unterlassung dieser Reform ist ein schreiendes Unrecht gegen den redlichen, bei den Zinsfassionen nicht defraudirenden Theil der Capitalisten und gegen die übrigen Classen, z. B. die Beamten und Offiziere, deren Einkommen man genau kennt. Geschickte ultraliberale oder socialistische Volksführer könnten diesen wunden Punct des Bestehenden in der nächsten Conflictsperiode sehr gegen das

¹⁾ Vgl. Walcker N.-Oek. 1875 S. 110. Die Perrot'sche Abh. gehört zu Holtzendorff's Zeitfragen.

²⁾ Vgl. Walcker Selbstverw. des Steuerwesens 1869 S. 106, 107, 133 ff., 346, 347, Sociale Frage, 1873 S. 165, 168, N.-Oek. S. 130 ff.

Walcker, Notenbank-Frage.

Reich und die gemässigten Parteien ausbeuten, und Conflictsperioden kehren ja im Leben der Völker periodisch wieder, ähnlich den Gewittern in der äusseren Natur und den Handelskrisen.

Die Actionäre der Reichsbank und der übrigen Banken werden unschwer für die Reform zu gewinnen sein, da das durch die Notenemissionen verkrüppelte Depositengeschäft viel bessere Dividenden abwirft (vgl. unten Cap. IX). Auch den Beamten der Reichsbank dürfte die Reform erwünscht sein. Listen der creditwürdigen Firmen und Maxima des Credits für eine Firma¹⁾ sind zwar auch bei reinen Discontobanken nothwendig, aber es ist viel leichter, als Leiter einer Discontobank unbegründete und übertriebene Ansprüche zurückzuweisen, wie als Leiter einer Notenbank; denn die Erstere arbeitet nur mit Actien- und Depositencapitalien, während die Letztere eine nach der Meinung der Geschäftswelt unbegrenzte Fähigkeit zur Notenemission hat (vgl. oben S. 76). Ein Privatbank-Director wird durch colossale Tantièmen²⁾ für jene Unannehmlichkeiten reichlich entschädigt, bei einem auf feste Besoldung gesetzten Staatsbeamten fällt Dies indess fort. § 28 des Reichsbankgesetzes bestimmt ausdrücklich, dass kein Beamter der Reichsbank Antheilsscheine besitzen darf.

¹⁾ Vgl. Wagner im D. Staatswört. XI. 313.

²⁾ Nicht selten ist er auch zugleich einer der Gründer der Bank und hat schon als solcher sein Schäfchen ins Trockne gebracht.

IX.

Die Nothwendigkeit eines Reichsgesetzes über die übrigen Banken, insbesondere die Depositenbanken.

Sowohl die Gegner als die Freunde der Zettelbanken erkennen an, dass die Entwicklung des hochwichtigen, volkswirtschaftlich so productiven Depositenbankwesens durch das Notenunwesen künstlich gehemmt und verkrüppelt wird. Vgl. z. B. O. Michaelis I. S. 266 — 268, II. S. 301 ff., 322 ff. und die daselbst S. 343 citirte Aeusserung des Bankpräsidenten v. Dechend. Aehnlich sagt eine Denkschrift des Deutschen Handelstages: „Unter dem Streben, ihre Notenemission möglichst auszudehnen haben, viele jener [kleinen] Banken ihren Depositenverkehr in einer Schaden bringenden Weise vernachlässigt.“ (Vgl. Perrot S. 139, Kämmerer daselbst S. 204, Geffcken S. 1, 21 ff., 68, 96, Wagner im D. Staatswört. XI, 302, 316.) Aehnlich sagte Bamberger am 26. Jan. 1875 im Reichstage: „Die kleinen Banken gingen mit ihren Noten an die grossen Plätze hausiren . . . und verwahrlosten ihre häuslichen Interessen . . . Wenn B. fortfährt: „während die Preuss. Bank überall mehr die Interessen des kleinen Mannes im Auge hatte (Rufe: Sehr richtig) —, so ist das Erstere nur exceptis excipiendis richtig — man denke an Quistorp etc. —, und das Letztere ist eine der hohlsten und absurdesten Phrasen, die jemals im Bankstreit gebraucht worden sind. Auch trefflich verwaltete, vollends grosse Notenbanken können dem kleinen Mann, dem sie ausserdem das Leben vertheuern, keinen Credit gewähren. Selbst locale Depositenbanken vermögen es kaum. Das können nur Schulze'sche Vorschussvereine etc.

Die beste Ausführung über den Nutzen der Depositenbanken und den Schaden der Notenbanken¹⁾ hat O. Michaelis an den angef. Stellen gegeben. Sehr beachtenswerth sind z. B. seine Ausführungen über die bankpolitische Bedeutung des zeitlichen Auseinanderfallens der Saisons der verschiedenen Geschäftszweige (II. S. 310, 342) und gegen die Phrase, das Publicum wolle keine Checks²⁾ (II, 375). Auch Wagner (Beitr. S. 49) giebt zu, dass die Depositenbanken volkswirtschaftlich wichtiger seien, als das Zettelgeschäft, und dass die Peels-Acte insofern nützlich war, als sie die Banken vorzugsweise auf's Depositengeschäft hinlenkte. Er freut sich auch (Syst. Note 739) darüber, dass der Rückgang des Notenumlaufes der kleinen thüringischen Banken im J. 1866 dieselben veranlasst hat, ihr Passivcontocorrentgeschäft mehr zu pflegen und auszudehnen.

In Preussen wurde den Privatnotenbanken die Annahme verzinslicher Depositen erschwert, oder ganz untersagt. Auch die Banken von Frankreich und England nehmen keine verzinslichen Depositen an (vgl. Sonnemann S. 25, 26). Das Depositenwesen musste in Preussen um so mehr Schaden leiden und unterdrückt werden, als die Preuss. Bank 160 Filialen hat, während die Englische nur 10 und die Französische Bank 0 Filialen besitzen, wie der Abgeordnete E. Richter am 17. Nov. 1874 hervorhob.

Wagner (Syst. S. 591 und passim) wünscht eine Verbindung des Noten- und Depositengeschäfts, Bamberger (S. 82 ff.) ist indess eifrig dagegen, und auch Sonnemann (S. 40) will trotz seiner berechtigten Klagen über die Verkrüppelung des Depositenwesens durch die Notenbanken die Annahme verzinslicher Depositen mindestens einschränken.

¹⁾ Vgl. auch M. Niebuhr's in Rau's Archiv der polit. Oek. Neue Folge Bd. V. und oben S. 68.

²⁾ Vgl. noch die bei Walcker Nat.-Oekon. S. 48 angeführte Literatur.

Freiwillig werden die Zettelbanken, welche meist gar kein oder fast gar kein Depositengeschäft haben, sich dem Letzteren nicht zuwenden, weil sie lieber durch die Notenpresse fictives Geld schaffen, als dass sie Zinsen zahlen; aber selbst wenn sie es thäten, so würden die Depositengläubiger hinter den Notengläubigern zurückstehen, d. h. sich sehr unsicher stehen müssen (vgl. oben S. 92).

Siemens (S. 22) hebt mit Recht hervor, dass die erdrückende Concurrenz der mit unentgeltlichem (falschem) Gelde arbeitenden Notenbanken auch das Discontogeschäft der Discontobanken und Bankiers fast erdrückt, und selbst Wagner (Syst. S. 375) giebt zu, dass die Leichtigkeit des Notendruckes die Zettelbanken zur Unvorsichtigkeit im Discontiren etc. veranlasst. Wagner's Besorgniss, die Aufhebung des Notengeschäfts der kleinen Banken könne die Umwandlung derselben in Creditmobiliars zur Folge haben, ist nicht stichhaltig, denn man kann Dem durch Aufhebung des Anklagemonopols der Staatsanwaltschaft etc. vorbeugen, und Actien¹⁾ haben keinen factischen Zwangscours nach Art der Noten. Einem Actionär einer solchen Bank kann man einfach zurufen: Tu l'as voulu George Dandin, tu l'as voulu!

Die Nothwendigkeit eines Reichsgesetzes²⁾ über die verschiedenen Zweige des wirklichen Bankwesens, das Depositen-,³⁾ Disconto-, Lombard- und Hypotheken-Geschäft,⁴⁾

¹⁾ Auf einer preuss. Eisenbahnstation bekommt man eine 100 Thaler-Actie einer gewissen Baubank gratis als Umschlag, wenn man ein Butterbrot kauft.

²⁾ Vgl. Prince-Smith, Bemerkungen und Entwürfe behufs Errichtung von Actienbanken, 1846.

³⁾ Vgl. über Getreide-Depositenbanken Walcker N.-Oek. S. 49.

⁴⁾ Vgl. Dr. F. Hecht, die Mündel- und Stiftungsgelder in den deutschen Staaten, 1875.

wird von Wagner (Zettelb. S. 45 ff.) treffend hervorgehoben (auch schon im „System“). Vgl. O. Michaelis Bd. I. S. 3. Die Nothwendigkeit dieses Einheitsfortschrittes ergibt sich schon daraus, dass das Handelsrecht und das bürgerliche Recht Sache des Reiches sind. In einer Reichscommission zur Ausarbeitung jener Gesetze könnten die Koryphäen der Notenfreunde und Notengegner, Männer wie Wagner, Bamberger, O. Michaelis, Faucher u. A. nicht allein zusammenwirken, sondern eine solche Zusammensetzung der Commission wäre sogar sehr nützlich.

Die Depositen-Privilegien der Preuss. Bank wurden viel und mit Recht getadelt, aber ein nahe liegender und wichtiger Gesichtspunct wurde dabei übersehen, nämlich der Umstand, dass die Preuss. Bank und ihre Filialen der weitaus sicherste Aufbewahrungsort für Mündelgelder etc. ist, und dass für solche Gelder die grösstmögliche Sicherheit noch wichtiger ist, als ein hoher Zinsfuss. Es fragt sich daher, ob es richtig war, der Preuss. Bank durch das neue Vormundschaftsgesetz 26 Mill. Thlr. Pupillardepositen zu entziehen. Ein Diebstahl der in den Nationalbanken deponirten Werthpapiere¹⁾ ist zwar in Deutschland, England etc. nicht zu besorgen, aber trotzdem wäre es nöthig, die Haftbarkeit der Actionäre und der Verwaltung für etwaige Verluste der Art gesetzlich genau zu regeln. Die grösste Sicherheit würde eine Depositenbank bieten, wenn ihre Actionäre (und wo möglich auch ihre Cassirer etc.) Grund- und Hausbesitzer wären, ähnlich wie die Besitzer der schottischen Notenbanken vollhaftende Grundbesitzer sind.

Nach M. Wirth's Handbuch des Bankwesens (1. Aufl. 1870) gaben von 110 englischen Joint-Stock-Banken

15 über 20 % Dividende

20 zwischen 15 und 20 % Dividende

¹⁾ Vgl. Walcker N.-Oek. S. 48.

36 zwischen 10 und 15 % Dividende
 36 „ 5 „ 10 % „
 3 unter 5 %, „
 während die Bank von England 8 % gab (vgl. Kämmerer
 S. 21, 22). Wagner (Syst. S. 729) giebt folg. Statistik
 der Londoner Joint-Stock-Banken:

	Divid. u. Bon. %	
	1871	1872
Lond. u. Westm.	18	20
Lond. J. St. B.	22,92	22,5
L. a. County	18,5	20
Union B. of L.	20	20
City	8,5	10
6 kleinere Lim.	4½-6¼	5½-8½

Er sagt sogar: „Diese Dividenden übertreffen meist weit selbst die der rentabelsten continentalen Creditbanken, sind aber nicht im Speculations- und Emissions-, sondern im reinen Bankgeschäft mittelst der Depositen erworben, daher volkswirtschaftlich erspriesslicher und viel gesicherter und regelmässiger für die Actionäre.“

Die Norddeutsche Bank und die Vereinsbank in Hamburg gaben nach Kämmerer in den letzten Jahren vor 1872 (wo K. schrieb) über 11 % Dividende. Die Preuss. Bank zahlte 1870 und 71 Dividenden von 11¾ und 12,3 %. Nach Saling's Daten habe ich folg. Tabelle über die Dividenden in % zusammengestellt:

	Preuss. Bank	H. Vereinsb.	Nordd. B.
		gegründet	1856
1857	8½	4	3⅓
1858	7⅔	5⅓	6
1859	6¾	4⅞	4⅜
1860	5⅓	4½	4
1861	4⅞	5¼	5

	Preuss. Bank	H. Vereinsb.	Nordd. B. gegründet 1856
1862	$6\frac{1}{40}$	6	6
1863	$7\frac{9}{10}$	$6\frac{1}{2}$	$6\frac{5}{8}$
1864	$10\frac{19}{20}$	$7\frac{2}{3}$	$7\frac{5}{8}$
1865	$10\frac{14}{15}$	$8\frac{5}{8}$	9
1866	$13\frac{1}{8}$	$10\frac{5}{16}$	$8\frac{1}{2}$
1867	$8\frac{1}{10}$	$8\frac{3}{4}$	$7\frac{1}{2}$
1868	8	$9\frac{17}{32}$	$8\frac{3}{10}$
1869	$9\frac{1}{6}$	$10\frac{5}{16}$	$9\frac{7}{10}$

Durschnitte zu ziehen wäre falsch, weil diese Hamburger Banken erst 1856 gegründet wurden. Trotzdem haben sie schon 1869 die Dividende der privilegienreichen, mit der Notenpresse arbeitenden Preuss. Bank vermittelst ihres Depositen,- Disconto- und Lombardgeschäfts überholt. Die folg. Jahre sind wegen des Krieges, der Gründerschwindels, des Krachs und seiner Nachwehen abnorme Jahre. Die erste Columne zeigt das unstete, aleatorische Wesen, welches jeder Zettelbank an und für sich anhaftet, während die Constanz der dritten und namentlich der zweiten Zahlenreihe den goldenen Boden und die gesunde Stetigkeit des wirklichen Bankgeschäfts beredt illustriert. Vgl. Geffcken S. 69. Auch Sonnemann (S. 26, 27) erkennt an, dass die englischen Depositenbanken und die deutschen Genossenschaften viel glänzendere Dividenden für die Theilhaber abwerfen, als die Zettelbanken. In der Handels-Beil. der Allg. Ztg. vom 17. März 1875 heisst es in einem Bericht über die am 12. d. M. abgehaltene Generalversammlung der Oldenburger Landesbank, die Situation der Bank dürfte, „auch den neuen Verhältnissen gegenüber eine günstige bleiben, da sich dieselbe in einer gesunden, entwicklungsfähigen Lage befindet, und auch, ganz abgesehen von dem Gewinne der Notencirculation, fortwährend sichere und nutzbringende Geschäfte zu machen im Stande ist.“

Im März 1875 stellten norddeutsche Blätter (und die Handels-Beil. der Allg. Ztg.) eine Schätzung an, wonach nur eine $4\frac{1}{2}\%$ ige (?) Dividende der Reichsbank zu erwarten sei. „Auf die fetten Dividenden, welche die Actionäre der Preuss. Bank in den letzten 4 Jahren bezogen haben (1873 20%, 1872 $13\frac{1}{3}\%$, 1871 $12\frac{3}{10}\%$, 1870 $11\frac{3}{4}\%$), haben die Reichsbank-Actionäre auch nicht entfernt zu hoffen. Nicht einmal stehen ihnen Dividenden in Aussicht, wie sie die preuss. Actionäre 1867—69 bezogen haben ... Die thatsächlichen Verhältnisse und die Rechtsverhältnisse, unter denen die Reichsbank in's Leben tritt, sind eben von Grund aus verschieden. Es wiederholt sich kein Jahr 1873, in welchem der Preuss. Bank 83 Mill. Thlr. Contributionsgelder das ganze Jahr hindurch unverzinslich überlassen wurden. Die billigen Depositen, welche die Preuss. Bank aus Vormundschaften, von Corporationen und aus streitigen Massen inne hatte, werden sich mit der bevorstehenden Aenderung der einschlagenden preuss. Gesetze von 30 auf etwa 10. Mill. Thlr. vermindern. Der Reservefonds von 6 Mill. Thlr., welcher mit verdienen half, vermindert sich nach Ueberweisung der Hälfte auf den preuss. Staatsantheil auf 3 Mill. Thlr.“ u. s. w. Die hieran geknüpfte Erwartung, die Reichsbank werde nur $4\frac{1}{2}\%$ Dividende geben, ist wohl, selbst für die erste Zeit, stark übertrieben, obgleich auch die ungewöhnlich starke Notenemission der Jahre 1871 ff. und die Contingentirung der Notenmenge durch das Reichsbankgesetz zu berücksichtigen sind.¹⁾ Die Reichsbank mit ihrem Netz von Filialen wird dagegen aus ihrem Depositen-, Discontogeschäft grössere und sicherere Gewinne erzielen als die Preuss. Bank verhältnissmässig erzielt hat. (Vgl. Kämmerer S. 37, 38, dessen Bemerkungen auch auf eine Reichsbank ohne Notenemission passen.) Da die Reichs-

¹⁾ Der Emissionscours der Reichsbankactien betrug 130%.

bank nach der Aufgabe des Notengeschäfts keinerlei Privilegium vor anderen Banken mehr voraus hätte, so könnte auch der die Dividende der Actionäre schmälernde Staatsantheil wegfallen, wie Kämmerer vorschlägt. So bewährt sich auch hier das grosse Wort Bastiat's und Roscher's, dass alle rechtmässigen (und wohlverstandenen) Interessen harmonisch sind, dass auch das pecuniäre Interesse der Reichsbank-Actionäre die Ersetzung der Notenemissionen durch das Depositengeschäft etc. fordert.

X.

Die politische Seite der Bankfrage.¹⁾

Geffcken beklagt sich darüber, dass die Reichsbank in hypercentralistischer Weise die Interessen der Hamburger etc. Bankiers und Banken schädigen werde. Für eine Reichsbank ist Dies zuzugeben, aber nicht für eine Reichsbank ohne Notenausgabe. Dass eine solche das Geschäftsgebiet anderer Banken und Bankiers verkleinern wird, ist unwahrscheinlich; wenn und insoweit es aber geschähe, so wäre es berechtigt, denn die Geschäftsleute sind um des Publicums willen da, nicht umgekehrt (vgl. Kämmerer a. a. O.). Selbst die Kathedersocialisten, z. B. Schmoller, geben zu, dass die freie Concurrenz für grosse Kaufleute ein genügender Regulator der Geschäftskreise ist. Wenn Hamburg z. B. einen Theil des Absatzgebietes von Bremen an sich zieht, oder wenn das Umgekehrte geschieht, so ist Das, wenn nicht verkehrte Eisenbahntarife etc. im Spiel sind, ein reiner Fortschritt.

¹⁾ Vgl. oben S. 112, 113.

Die Gründerpresse, der sonst das deutsche Vaterland ungefähr ebenso viel am Herzen liegt, wie dem Schauspieler die Hecuba,¹⁾ erging sich aus dem oben S. 85 angef. Grunde in hohlen Phrasen über den politischen Nutzen einer Reichsbank, wobei u. A. die kleine *petitio principii* unterlief, dass eine Reichsbank durchaus eine Notenbank sein müsse. Trotz der wirthschaftlichen und politischen Nachtheile einer Reichsnotenbank liegt es auf flacher Hand, dass selbst ein solches Reichsinstitut gewisse politische Vorthelle mit sich führen muss. Aber jene Phrasen werden dadurch nicht entschuldigt. Im Gegentheil könnten die süddeutschen und überhaupt die nichtpreussischen Fabrikanten und Kaufleute gegen solche Blätter fast einen Injurienprocess anstrengen. Bürgerthum und Nationalliberalismus sind — *cum grano salis* verstanden — Synonyme. Die Reichsfeinde sind in anderen Classen und Parteien zu suchen. Die Gefahr, dass die Ultramontanen, oder die Socialisten Aufstände machen, ist zwar nicht so gross, als Manche glauben, aber durch den Besitz von Reichsnoten würden sich jene Fanatiker wahrscheinlich von ihrem etwaigen Vorhaben nicht abhalten lassen. Socialisten haben ferner wenig Noten, weil sie überhaupt wenig besitzen, und ultramontane Bauern haben wenig Noten, weil sie vom Verkehrsstrom wenig berührt sind. Der ganze Phrasenschwall ist durch die einfache Erwägung niederzuschlagen, dass Reichsmünzscheine als Ersatz aller Noten das ganze deutsche Volk noch fester mit dem Reiche verknüpfen, als eine Reichsnotenbank, neben der ja so viele Landes- und Local-Zettelbanken fortbestehen würden.

Die Biercravalle, welche 1873 in Mannheim, Frankfurt etc. stattfanden, beruhten zwar zum Theil auf un-

¹⁾ Man denke an die Betheiligung deutscher Geldmänner an der französ. Kriegsanleihe von 1870, an gewisse deutscher Waffenlieferungen für Frankreich und die Carlisten etc.

politischen zufälligen Ursachen, auf der natürlichen Geldentwerthung, auf socialistischen Hetzereien etc., aber zum Theil auch auf der künstlichen Geldentwerthung durch die ungedeckten Noten und Papierscheine, wie Augspurg treffend hervorhebt.

Die Unhaltbarkeit einer Doctrin zeigt sich auch an der Ungeschichtlichkeit der Erklärungen wichtiger Ereignisse, welche sie giebt und consequenter Weise geben muss. Die Welfenpublicisten und Ultramontanen glauben z. B. zum Theil allen Ernstes, die deutschen Einheitsbestrebungen seien nur eine zufällige Erfindung des Herrn v. Bismarck u. A. gewesen, und die Reichsregierung sei durch die Freimauer und die „schlechte Presse“ zum Kampfe gegen die Partei Ravailac - Arbues - Kullmann verführt worden. Aehnlich müssen die Notenfreunde folgerichtig behaupten, die Grundtendenz des Entwurfes des Reichskanzleramtes und des Reichsbankgesetzes sei eine reine Zufälligkeit. Anklänge an diese Behauptung finden sich selbst bei einem so scharfsinnigen und hochverdienten Forscher wie Wagner, der in seiner Schrift über die Zettelbankreform wiederholt die Currency - Doctrin als die Hauptursache der seiner Meinung nach unrichtigen Bankpolitik der Reichsregierung betrachtet. Die Notenfreunde müssten consequenter Weise behaupten, die Grundtendenz des Reichsbankgesetzes sei eine Folge des zufälligen Umstandes, dass die leitenden preussisch-deutschen Staatsmänner „schlechte“ Bankschriften gelesen hätten, und dass die Tendenz des Gesetzes diametral verschieden ausgefallen wäre, wenn sie sich an „gute“ Bankschriften gehalten hätten.

Jeder Historiker wird a priori fühlen, dass hier eine ungeschichtliche¹⁾ Ansicht vorliegt. Es ist kein Zufall, dass

¹⁾ Auch die Voraussetzung ist falsch, dass jede richtige oder falsche Ansicht über die Notenfrage aus England importirt, oder

das Noten- und Papiergeld-Unwesen unter des durchlauchtigsten Metternich-Talleyrand'schen Bundes schützenden Privilegien so üppig empor wucherte, und dass eine der ersten Thaten der wiederhergestellten nationalen Monarchie darin bestand, das Notenregal wie einen rocher de bronze zu stabiliren,

„Denn geendigt nach langem verderblichem Streit
War die kaiserlose, die schreckliche Zeit,
Und ein Richter war wieder auf Erden.

• • • • •
Nicht fürchtet der Schwache, der Friedliche mehr,
Des Mächtigen Beute zu werden.“¹⁾

Trotz einzelner Mängel ist die Bankpolitik des Reiches im Wesentlichen eine logische Fortsetzung der besten Hohenzollern'schen Traditionen, jener grossartigen Politik, welche die Burgen der Quitzow's und Consorten brach, einen grundbesitzlichen Bauernstand conservirte und die bäuerliche und gewerbliche Arbeit sowie den Handel befreite.

Auch das System der Münzscheine wird von Deutschland aus die Runde um die Welt machen. Wenn dann die Völker fühlen werden, welchen Segen dieser Fortschritt durch das Seltenerwerden und die geringere Gefährlichkeit der Handelskrisen, durch die Beseitigung der Noth der Beamten, der Officiere etc. gebracht hat, so wird die ganze civilisirte Welt sich dankbar daran erinnern, dass sie auch diese Wohlthat dem Deutschen Reiche verdankt, ähnlich wie Preussen-Deutschland auch auf dem Gebiete der allge-

überhaupt aus Büchern gewonnen sein müsse. Ein Staatsmann, namentlich ein Volkswirth, kann auch das grosse Buch des grünen Lebens studiren und deductiv verfahren.

¹⁾ Vgl. die treffenden Bemerkungen über die bankreformatorsche, volksfreundliche Thätigkeit des älteren und jüngeren Peel in Faucher's Viertelj. Bd. XLIII. S. 82, 83.

meinen Schul-, Wehr- und Steuerpflicht, des paritätischen Staates und des Kampfes wider die Syllabus-Partei dem wahren, staatsmännischen Fortschritt eine Gasse gemacht hat.

XI.

Die Notenbank-Frage in den übrigen civilisirten Ländern und ihr Verhältniss zur Währungsfrage.

Ein detaillirtes Eingehen auf die Verhältnisse der verschiedenen Länder würde hier zu weit führen und ist auch insofern unnöthig, als die Münzschein-Frage eine fast ebenso einfache und kosmopolitische Sache ist, wie das metrische Maass- und Gewichtssystem. Ein Mitglied des Ausschusses des Schweiz. Handels- und Industrie-Vereins, A. Burckhardt-Bischoff, sagt mit Recht in seinem Referat über den Entwurf eines schweiz. Banknotengesetzes (Basel, 1875, S. 6), die verschiedenen Anschauungen, welche im deutschen Bankgesetz, in den Reichstagsdebatten und in der reichhaltigen deutschen Bankliteratur zu Tage traten, könnten auch von der Schweiz benutzt und verwendet werden. Analoges gilt von den übrigen Staaten.

In der Schweiz¹⁾ stieg der Notenumlauf 1870—74 von 18¹/₂ auf 65 Mill. Fr. (Vgl. Burckhardt S. 7.) Der Bundesrath wollte den Zettelbanken den Handel mit Effecten, Hypothekendarleihen und andere wie die Faust auf's Auge zum Notenwesen passende Geschäfte verbieten; die Commission des Nationalraths liess sich indess durch die Bankinteressenten beeinflussen. Sie wollte, wie Burckhardt (S. 15)

¹⁾ J. J. Pfau, das Bankwesen der Schweiz und des Auslandes, Zürich, 1875, ist mir noch nicht zu Gesicht gekommen.

sagt, den Pelz waschen, ohne ihn nass zu machen. Die demokratische Verfassung und der vorherrschend landwirthschaftliche Charakter der Schweiz werden den Uebergang zu vollgedeckten Münzscheinen begünstigen.

Aehnlich werden in England das landed interest, die Freihändler, die philosophischen Radicalen etc. den Sieg der Reform durchsetzen. Der bankpolitische status quo wird überhaupt mehr und mehr in Frage gestellt (vgl. A. v. Studnitz in Faucher's Viertelj. 1874 H. 4 S. 204—207 und 1875 H. 2 S. 184, 185). Die Geschäftswelt bat um die Untersuchung der Geld- und Bankverhältnisse durch eine Königliche Commission, und es wurde im Economist die Schaffung eines eigenen Reservefonds für die mit dem Clearing-House verbundenen Bankhäuser empfohlen. Derselbe soll nach diesem Vorschlage auf mindestens 8 Mill. Pf. St. erhöht werden. Ferner haben in London mehrere schottische, indische und Colonial-Notenbanken so wie eine irische Notenbank Filialen errichtet. Die aus der Concurrenz mit der Bank von England nothwendig erwachsenden neuen Notenmissbräuche, die Praktiken zur Incourssetzung der Noten, werden die Abschaffung des ganzen Notenunwesens beschleunigen.

Eine Pariser Corresp., welche 1875 in der Handels-Beil. der Allg. Ztg. erschien, behauptete, die Bank von Frankreich sei gegen die Herstellung der Valuta, um vermittelst (?) der Coursschwankungen das Ausland für Frankreich zu interessiren. Der wahre Grund der Goldanhäufungen der Bank ist wohl mit A. v. Studnitz (a. a. O. S. 204) in der Vorbereitung auf den Revanchekrieg zu suchen. Daneben wirken wohl das egoistische Interesse der Bank am Zwangscourse so wie schutzzöllnerische Motive mit. Trotzdem wird die Münzschein-Reform früher oder später von den ländlichen Abgeordneten, den Republikanern, der Bonapartistischen Imperialdemokratie und dem tüchtigsten Theile der Orleanisten

durchgesetzt werden, und in den V. Staaten, dem Vaterlande Webster's, werden der Süden, der ackerbautreibende Westen etc. die Sache der Reform zum Siege führen. Wie mächtig das landed interest ist, zeigen der Sieg der verbündeten Farmer über den Rattenkönig der monopolistischen „Eisenbahnkönige“, die grossartige Mississippi-Regulirung etc.

Die übrigen civilisirten Staaten werden nicht umhin können, dem allgemeinen Zuge der Cultur und des Zeitgeistes zu folgen, Oesterreich-Ungarn, Italien und Russland bei oder nach der Herstellung ihrer Valuta.

Auch die Währungsfrage, selbst die deutsche, wird durch die Münzschein-Reform in ein ganz neues Stadium treten. Alle bisherigen Arbeiten über die Währungsfrage gehen stillschweigend und unbewusst von der Voraussetzung aus, dass das ungedeckte Papiergeld (Noten und Staatspapiergeld) im Wesentlichen fortbestehen wird. Nur unter dieser Voraussetzung ist z. B. der Satz richtig, dass von grossen neuen Silberentdeckungen abgesehen, der Orient durch seine Nachfrage den Silberpreis bestimmt. Wenn die civilisirten Völker, d. h. also [Europa, ganz Amerika, Australien¹⁾ etc., indess zum System vollgedeckter, auf Gold und Silber basirter Münzscheine übergehen, so werden sie den Gold- und Silberpreis durch ihre Nachfrage bestimmen. Selbst grosse neue Edelmetall-Funde werden aus den von Roscher, Nat.-Oek. I. § 138, 139 angef. Gründen, wegen der steigenden Umsätze des Welthandels und wegen der Volldeckung der Münzscheine ein volkswirthschaftlich so wohlthätiges ziemlich constantes Werthverhältniss des Goldes und Silbers nur wenig oder gar nicht alteriren können.

Wenn das Deutsche Reich zum System vollgedeckter Münzscheine übergeht, so kann es auch seine Silbervorräthe ohne jenen grossen Verlust verwerthen, den es sonst erleiden

¹⁾ Auch Ostindien und Aegypten könnten hier genannt werden.

müsste. Es könnte nämlich das Währungsmaximum des Silbers von 20 Mark auf einen noch zu bestimmenden Betrag, z. B. 50, 100 oder 300 Mark, erhöhen. Gegenwärtig, beim Noten- und Papiergeld-Unwesen, wäre eine solche Maassregel nicht räthlich, weil sie Gold in's Ausland drängen würde. Beim Münzschein-System¹⁾ ohne Noten und Papiergeld würde indess der Verkehrsbedarf sowohl das Gold als das Silber an's Inland binden, ja das Reich würde wahrscheinlich noch Gold und Silber zukaufen müssen, um seinen Münzschein-Deckungs-Bedarf zu befriedigen.

Wenn nicht etwa ein grosser orientalischer Krieg ausbricht, so kann Oesterreich-Ungarn schon in Kurzem seine Valuta herstellen²⁾, da das Silberagio durch die Silberentwerthung fast verschwunden ist, und da wegen der Bequemlichkeit papierner Umlaufsmittel selbst ein kleines Notenagio möglich ist. Oesterreich-Ungarn hätte bei der Silberentwerthung der Gegenwart eine günstige, nie wiederkehrende³⁾ Gelegenheit, mit geringen Kosten seine Währung herzustellen und zwar die Silberwährung. Die Einwände gegen dieselbe sind nicht stichhaltig. Die Unbequemlichkeit des Silbers für grössere Zahlungen ist durch Münzscheine leicht zu vermeiden, und die meisten Gegenden des Staates befinden sich überdies auf einer niedrigen wirthschaftlichen

¹⁾ Als eine provisorische Maassregel wurden Münzscheine auch von Bamberger (und Wagner) empfohlen vgl. Hirth's Annalen 1874 S. 1610.

²⁾ Vgl. auch Wagner System S. XXI, XXII.

³⁾ Das weitere Sinken des Silberwerthes kann gewisse, ziemlich nahe Grenzen nicht überschreiten, weil sonst mehr Silber für die gleiche Zahl von Umsätzen nöthig würde, und weil die meisten Silberminen dann aufgegeben werden würden, vgl. Sötbeer in Hirth's Annalen des D. Reiches, 1875. Der Economist erwartete 1873 oder 74 sogar ein künftiges Werthsteigen beider Edelmetalle.

Culturstufe. Die unzähligen, nicht¹⁾ zur Kenntniss der Steuer-Behörden und der Statistik gelangenden inländischen Umsätze des täglichen Lebens sind ferner Summa Summarum viel grösser und wichtiger, als der, mercantilistischer Weise überschätzte auswärtige Handel (vgl. oben S. 16). Der österreichisch-ungarische Silberbedarf, Deutschlands Uebergang zum Münzschein-System, der in Folge des Baumwollbaues steigende Silberbedarf Ostindiens etc. würden ferner ein ziemlich constantes Werthverhältniss zwischen der österreichischen Silber- und der deutschen Goldvaluta zur Folge haben. Die Wechselcours-Schwankungen würden nicht grösser sein, als die Wechselcours-Schwankungen zwischen Goldwährungs-Ländern, z. B. zwischen Deutschland und England. Nach der Beseitigung des Noten- und Papiergeld-Unwesens und nach der erwähnten Erhöhung des Währungsmaximums der Silbermünzen würde Deutschland auch keinen Grund mehr haben, den von Süddeutschland so gewünschten Umlauf der österreichischen Guldenstücke als Zweimarkstücke zu verbieten. Hinter dem vulgären Geschrei für die Einführung der Goldwährung in Oesterreich steckt fast nichts als das — missverstandene²⁾ — Interesse der Nationalbank, welche Goldvorräthe besitzt. Auch J. Faucher empfiehlt in seinen Artikeln in der Neuen Freien Presse (1873) und im Deutschen Handelsblatt (1874) die Herstellung der Silberwährung. Das Münzschein-System würde auch dem ganzen unerquicklichen Notenbank-Streite zwischen Cis- und Transleithanien ein Ende machen. Beiläufig bemerkt, wird der weltläufige Notenaberglauben von Berliner etc. Gründern dazu benutzt, um, unter Irreführung des nationalen Gefühls der

¹⁾ Vgl. Bastiat's treffliche Broschüre: *Ce qu'on voit et ce qu'on ne voit pas.*

²⁾ Der allgemeine volkswirtschaftliche Aufschwung in Folge vollgedeckter Silberscheine würde auch der Bank zu Gute kommen.

Ungarn, nach der Ausbeutung des ungarischen Publicums mittelst der Notenpresse zu streben.

Da die Oesterr. Nationalbank an und für sich solvent ist, so kommt es nur darauf an, das Staatspapiergeld zu beseitigen, d. h. die Banknoten und Staatsnoten durch Münzscheine zu ersetzen. Eine Anleihe zu diesem höchst productiven Zwecke wäre unter günstigen Bedingungen aufzunehmen, da für solide Staatspapiere in Frankfurt, London etc. Geld genug zu haben ist. Eine solche Anleihe wäre indess nicht einmal nöthig, wenn der Staat die ungeheuren, für allerlei Nepoten und Drohen, für fürstlichen Luxus der Erzbischöfe etc. verwandten Güter der Todten Hand¹⁾ einzieht. Auch wenn er die Hungerlöhne des niederen Klerus menschenwürdig aufbessert und die Bischöfe auf mässige Staatsgagen setzt, so würde genug nachbleiben, um die Valutareform damit durchzuführen. In Ungarn und Siebenbürgen allein gehören von 46,600,000 Katastral-Joch 11,283,000 Katastral-Joch oder 24,2% (!) der Todten Hand. Dieselben sind sogar, entsprechend dem bekannten Artikel des Syllabus, völlig steuerfrei (!)

Analoge Gründe wie für Oesterreich sprechen auch in Russland²⁾ für die Silberwährung. Wagner tadelt die Goldanhäufung der Russ. Staatsbank und vom Tooke'schen Standpunkte aus betrachtet mag er Recht haben. Da indess auch in Russland die Zukunft vollgedeckten Münzscheinen gehört, so ist die Maassregel zu loben, denn für Gold kann man jetzt vortheilhaft Silber kaufen. Die Silberwährung empfiehlt sich auch deshalb für Russland, weil sein asiatisches

¹⁾ Vgl. Walcker, Selbstverw. des Steuerwesens, 1869, S. 154, 155, Sociale Frage 1873 S. 133 ff., Kirchenpolit., volkswirthsch. und polit. Zeitfragen 1875 S. 80 ff., 238 ff., 316, 317.

²⁾ Vgl. Wagner, die russ. Papierwährung etc. 1868, Walcker, Lage Russlands 1873 S. 38—50, Russ. Agrarfrage 1874 S. 123, 124, Zeitfragen S. 189 Note 3.

Gebiet und seine asiatischen Handelsbeziehungen stetig grösser und bedeutender werden, und weil China, Japan, Indien etc. Silber, nicht Gold haben wollen. Auch Russland wird die segensreiche Reform ohne Anleihe durchführen können, wenn es endlich die Steuerprivilegien, die Feldgemeinschaft und die solidarische Steuerhaft aufhebt und, dem Vorbilde Katharina's II. folgend, das Klostersvermögen einzieht, welches schon 1868 von gut informirter Seite auf 6—700 Mill. Rubel geschätzt wurde.

Ehe das 19. Jahrh. zu Ende geht, werden ungedeckte Noten und Papierscheine in gut verwalteten Ländern ebenso der Geschichte angehören, wie die Hexenprocesse, die Ketzerverbrennungen und die plasmacherischen Münzverschlechterungen des Mittelalters und des ancien régime.

in dem J. 1874. Bankstatistik, herausg. von der Red. Berlin. F. A. Herbig; Bankstatistik, herausg. von der Red. des Deutsch-Amerikan. Oekonomist. 2. Aufl. Frankfurt. a. M. 1874; Gerstthwohl's (populärer, für Kaufleute berechnet) Commentar zum Reichsbankgesetz, 1875. Die S. 18 erwähnte 1874er Denkschrift der Zettelbanken ist bei Weidmann in Berlin erschienen (obgleich ein Theil der Exemplare keine Verlagsstempel trägt). Die Motive zum Reichsbankgesetz (und reichhaltiges anderes Material) findet man auch in Hirth's Annalen 1874 ff.

S. 25. Vgl. J. Minoprio, Ein Wort über die Bankfrage, 1874, S. 13. S. 29. Hirth (Annalen 1873, S. 402) hebt treffend hervor, dass zwar die Wechselschuldner, aber nicht die Notenbanken, bzw. ihre Directoren, im Concurse die Härte des Wechselgesetzes zu fühlen haben.

S. 39. Vgl. die Denkschrift des Deutschen Landwirthschaftsraths in Hirth's An. 1873, S. 697 ff. S. 40. In einem im Aug. 1875 an's Reichskanzleramt gerichteten Gesuch der oberbair. Handelskammer um eine Reichsbankfiliale heisst es nach der Allg. Ztg. u. A.: „dass

Corrigenda und Nachträge.

S. 1 Z. 2 v. u. lies: Fehlschluss.

S. 11—13 ist Folgendes hinzuzufügen: F. Perrot, der Bank-, Börsen- und Actienschwindel 3 Th. 1873—1875; Röpell's Werke über die Bewegung der deutschen Banken in den J. 1857—63, 1864—66 (Danzig, Kafemann und Berlin, F. A. Herbig); Bankstatistik, herausg. von der Red. des Deutsch-Amerikan. Oekonomist. 2. Aufl. Frankf. a. M. 1874; Gerothwohl's (populärer, für Kaufleute berechneter) Commentar zum Reichsbankgesetz, 1875. Die S. 13 erwähnte 1874er Denkschrift der Zettelbanken ist bei Weidmann in Berlin erschienen (obgleich ein Theil der Exempl. keine Verlagsfirma trägt). Die Motive zum Reichsbankgesetz (und reichhaltiges anderes Material) findet man auch in Hirth's Annalen 1874 ff.

S. 25. Vgl. J. Minoprio, Ein Wort über die Bankfrage, 1874, S. 13.

S. 29. Hirth (Annalen 1873 S. 402) hebt treffend hervor, dass zwar die Wechselschuldner, aber nicht die Notenbanken, bezw. ihre Directoren, im Concursfalle die Härte des Wechselgesetzes zu fühlen haben.

S. 39. Vgl. die Denkschrift des Deutschen Landwirthschaftsraaths in Hirth's An. 1873 S. 697 ff.

S. 40. In einem im Aug. 1875 an's Reichskanzleramt gerichteten Gesuch der oberbaier. Handelskammer um eine Reichsbankfiliale heisst es nach der Allg. Ztg. u. A.: „dass

in Süddeutschland, speciell in München, der Wechseldisconto in der Regel etwas höher ist, als z. B. in Frankfurt am Main. Diesem Umstande verdanken seither verschiedene Banken, insbesondere die Württembergische Notenbank, die Badische Bank, die Bank für Süddeutschland, die Meininger Bank etc. die Circulation ihrer Noten. Dieselben wurden an Bankiers, insbesondere an Münchener Bankiers, um beiläufig $\frac{1}{2}$ % unter dem jeweiligen Discontosatz unter der Bedingung gegen Wechseldisconto gegeben: dass sie in den Verkehr gebracht, und nicht etwa zurückfliessen würden. (sic!) Folge hiervon war, dass keine Stadt Deutschlands eine solche Anzahl verschiedener Banknoten bei sich circuliren sieht, als gerade München.“

S. 41. Nach Sonnemann wurde im Reichstage constatirt, dass die Filialen mehrerer kleinstaatlicher Residenzbanken die Noten der eigenen Bank nicht einmal in Zahlung annehmen (!!).

S. 44. Burckhardt, der ein entschiedener Notenfreund ist, gesteht in seiner oben S. 126 angef. Schrift S. 28 Folg. zu: „Sie [die Banknote] soll am Platz des baaren Geldes circuliren. Der Empfänger einer Banknote beabsichtigt nicht, der Bank einen Credit zu gewähren, oder überhaupt zu der Bank in irgend ein directes Verhältniss zu treten. Sobald Letzteres der Fall ist, und er erst überlegen muss, ob er der emittirenden Bank, deren Verhältnisse ihm vielleicht durchaus unbekannt sind, creditiren will oder darf, so verliert die Banknote ihren Charakter eines allgemeinen Umlaufsmittels — —“. Vgl. oben S. 50 und 108.

S. 46. Das Rechtsgutachten über die Papiergeld- und Bankfrage von Prof. W. Endemann in Bonn in Hirth's Annalen 1873 S. 361 ff. wird von Conrad a. a. O. und von Hirth (Annalen 1874 S. 1633) mit Recht als sehr beachtenswerth bezeichnet. Hirth sagt treffend, dies Rechtsgut-

achten sei von den Bankinteressenten und ihren mächtigen Organen theils klüglich todtgeschwiegen, theils sinnentstellend kritisirt worden. Endemann weist nach, dass die Banknoten öffentlich-rechtlich als Geld zu betrachten sind, und dass der Staat, welcher Banknotenprivilegien ertheilt, für die Einlösbarkeit der Noten civilrechtlich verhaftet ist. Der schweiz. Bundes- und Nationalrath haben Dies dunkel gefühlt. Art. 6 ihrer Bankgesetzentwürfe sagt: „Der Bund übernimmt keine Verantwortlichkeit für den Werth und die Einlösung der Noten.“ „Qui s'excuse, s'accuse.“ Art. 2 des deutschen Reichsbankgesetzes unterscheidet scheinbar zwischen Noten und Geld (vgl. oben S. 86, 87); Art. 9 u. 12 geben indess den Geldcharakter der Noten zu. Die E'sche Abh. hat einige Mängel. S. 403 übersieht E. z. B. das Unrecht, welches ungedeckte Noten und Papierscheine der fixirten Bevölkerung und Anderen zufügen. Diese Detailmängel sind indess irrelevant für das erwähnte Schlussresultat. Da nun der Staat in diesem Zusammenhange mit den Steuerzahlern und mit den Noteninhabern im Wesentlichen identisch ist, so folgt daraus eine **ad absurdum deductio der ungedeckten Noten**, d. h. der Schluss, dass die Noteninhaber sich selbst für die stete Einlösbarkeit der Banknoten bürgen müssen, ähnlich wie Münchhausen sich an seinem eigenen Zopfe aus dem Sumpfe zog.

S. 54. Auch J. Minoprio o. c. S. 15, 16 hebt den Creditmissbrauch beim Checksystem hervor, er übersieht indess, dass derselbe eine Folge der Concurrenz der Notenbanken ist, ähnlich wie nach Hock und Wagner die Papiervaluta den Fiscus und die Privaten zur Verschwendung verführt. Wenn die Polizei, die Consumvereine etc. die übliche Verfälschung der Krämerwaaren verhindern, so wird der einzelne redliche Krämer oder Weinhändler nicht mehr genöthigt, zu fälschen. Aehnlich werden die Depositenbanken nicht mehr so maasslos zu creditiren brauchen, wenn der

Notenpresse das Handwerk der Emission fictiven, fast kostenlosen Geldes gelegt sein wird.

S. 65. Vgl. die oben S. 133 angef. Denkschrift des D. Landwirthschaftsraths und die in Hirth's An. 1873 S. 699 ff. abgedruckte Denkschrift des Prof. Richter in Tharand, der S. 713 die Volldeckung verlangt.

S. 73. Roscher Nat.-Oek. II. § 158 sagt in Betreff der Korntheuerungen: „Ein Staatsmann, welcher die Preise künstlich zu drücken sucht, — — — ist genau in demselben Sinne Quacksalber, wie ein Arzt, welcher heilsame kritische Ausscheidungen mit roher Gewalt zurückdrängt: so bei den Hämorrhoiden die Blutergüsse, beim Podagra die Gichtknoten etc.“ (An einem zurückgetriebenen Ausschlage kann ein Patient bekanntlich sterben, weil der Ausschlag sich auf edlere Theile wirft.) Dieser treffende Vergleich Roscher's passt auch auf die Quacksalberei der künstlichen Discontoerniedrigung durch ungedeckte Noten.

S. 76. Nach der Times und F. Kleinwächter in Hildebrand's Jahrb. Bd. XXIV. S. 439 fasste die britische Section der Internationale 1872 ausser verschiedenen communistischen Beschlüssen auch den Beschluss: „An Stelle der verschiedenen Banken soll eine einzige Nationalzettelbank errichtet werden.“ Was sagen Bamberger u. A. zu dieser Bundesgenossenschaft?

S. 76. Auch Sonnemann in Hirth's Ann. 1875 S. 1041 giebt zu, dass die Preuss. Bank durch die im Febr. 1873 erfolgte Herabsetzung des Discontos von 5 auf 4pCt. Oel in das im Verlöschen begriffene Feuer des Gründer-schwindels goss.

S. 80. Sonnemann a. a. O. S. 1039 tadelt mit Recht, dass die Actionäre der Preuss. Bank Reichsbankactien zum Course von 115 erhielten.

S. 87. § 7 des Reichsbankgesetzes muss nach Wagner's Vorschlage Zettelbankr. S. 184 durch das Verbot von Hypo-

theekengeschäften etc. ergänzt werden. Vgl. Wagner's System S. 254—422, 602, 716. Die Dessauer Bank kündigte noch im Sept. 1875 an, dass ein Berliner Bankhaus für sie Gesuche um unkündbare und kündbare hypothekarische (!) Darlehen entgegennimmt (während die Baier. Hypotheken- und Wechselbank ihr Notengeschäft aufgibt).

S. 88. Im Juli 1875 hatte die Preuss. Bank das steuerfreie Notenmaximum trotz der Geschäftsstockung bereits um 11,7 Mill. M. überschritten.

S. 92 Z. 12 v. o. muss es heissen: 1872.

S. 97. Vgl. über den Bankrott von Magdeburger Zuckerfabriken im J. 1866 Zugschwerdt in Hirth's An. 1873 S. 688, der S. 691 berichtet, Dr. Lutze in Köthen (der bekannte Homöopath) habe 1856 die Concession erhalten behufs eines Hausbaues (sic!) 50—100,000 Thlr. Noten auf seinen Namen auszugeben, und die Noten hätten auch $\frac{1}{2}$ Jahr coursirt.

S. 115. Die Nationalztg. brachte am 20. Aug. 1875 einen sehr beachtenswerthen, auch in der Handels-Beil. der Allg. Ztg. abgedruckten Leitart. über die künftige Politik der Reichsbank. Der Art. führt aus, dass die Preuss. Bank zugleich Verkehrsinstitut (d. h. Wechselkäuferin) und (Disconto-) Creditinstitut für Kaufleute und Fabrikanten gewesen sei. Die Reichsbank werde in erster Linie Verkehrsinstitut sein und ihren Credit auf 150—200 Mill. M. für Wechseloperationen und 100 Mill. M. für Lombard etc. einschränken müssen. „Im nordöstlichen Deutschland war die Preuss. Bank bisher so ziemlich der einzige Wechselkäufer. Die Privatzettelbanken haben sich wegen der vielfachen ihnen auferlegten Beschränkungen nicht kräftig entwickelt und der „Bankier“ dieser Landestheile hat sich im Grossen und Ganzen mit diesem Geschäftszweige überhaupt nicht befasst, vielmehr sich der Vermittelung von Börsengeschäften hauptsächlich hingegen. In Berlin z. B. haben sich sämtliche

Bankgeschäfte hauptsächlich auf die Vermittlung der Speculation in Börsenpapieren geworfen. Die Trennung zwischen Börse und eigentlichem Geschäft ist z. B. in Berlin sehr viel grösser als man glaubt. Mit dem Rückzuge der Preuss. Bank aus dem Wechseldisconto-Geschäft tritt also eine Lücke ein, welche auszufüllen gar nicht leicht ist. Diesem Nachtheil muss im Interesse des Verkehrs abgeholfen werden und es kann Dies nur geschehen in dem Falle, wenn die Preuss. Bank nicht nur ihre bisherige Stellung gegenüber den Privatzettelbanken schon jetzt aufgibt, sondern indem sie unter Aufrechterhaltung hoher Discontosätze nach und nach eine Generation von Waarenwechsel-Disconteuren, Depositenbanken u. s. w. schon jetzt heranzubilden sucht.“ (Damit soll natürlich nicht geleugnet werden, dass die Depositenbanken etc. naturwüchsig aufblühen werden, sobald sie vom Drucke ungedeckter Noten etc. befreit sind.)

S. 129. Schon jetzt schreibt Art. 9 des Reichsmünzgesetzes von 1873 vor: „Von den Reichs- und Landescassen werden Reichssilbermünzen in jedem Betrage in Zahlung genommen.“ Vgl. oben S. 50.

S. 130. Vgl. für die Herstellung der österreich. Silberwährung L. v. Stein u. A. im „Tresor“ 1873 No. 82 S. 578 ff., 1874 No. 119 S. 359 ff., No. 132 S. 464 ff. und den „Ungarischen Actionär“, August 1873.

Von demselben Verfasser sind früher erschienen:

Kritik der Parteien in Deutschland vom Standpunkte des Gneist'schen Englischen Verf.- u. Verw.-R. Berlin, 1865, J. Springer. 5 M. 50 Pf.

Die sociale Frage mit besond. Berücks. landwirthschaftlicher Reformen u. der Decentralisation der Bevölkerung. Ebend. 1873. 3 M.

Zur Lehre von den **Schutzzöllen**. Dorpat, 1867, W. Gläser. 1 M. 60 Pf.

Die Selbstverwaltung des Steuerwesens im Allg. u. die russische Steuerreform. Berlin, 1869, W. Peiser. 6 M.

Die russische Agrarfrage mit besond. Berücks. der Agrar-Enquête von 1873. Nebst einer Kritik der Schriften „Aus der Petersburger Gesellschaft“ und „Neue Bilder aus der Petersb. Gesellsch.“ Berlin, 1874, B. Behr. 2 M. 80 Pf.

Die gegenwärtige **Lage Russlands**, insbes. die constitutionellen Bestrebungen des russ. Adels und das Verhältniss Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu Russland. Leipzig und Kassel, 1873, F. Luckhardt. 3 M.

Die militärische, nationale, social- und kirchenpolitische Nothwendigkeit der **militärischen Jugenderziehung** und **wirklich allgemeinen Wehrpflicht**. Ebend. 1873. 3 M.

Kirchenpolitische, volkswirthschaftliche und politische Zeitfragen. Ebend. 1874 und 1875. 4 M. 50 Pf. Inhalt: Der christliche Ursprung der modernen Freiheits- und Humanitätsideen. — Das Verhältniss des Christenthums zur modernen Cultur. — Taktische Zeitgedanken über den Kampf gegen den Ultramontanismus. — Zur Pathologie und Therapie der Gründermissbräuche. — Lassalle und Engels. — Der s. g. Kathedersocialismus und die sociale Frage. — Zur

Geschichte der Finanzwissenschaft. — Die Wahlgesetz-Frage. — Die Pressgesetz-Frage. — Zur Entwicklungsgeschichte Preussens u. Oesterreich-Ungarns. — Der Bundesstaat und der Einheitsstaat. — Die Aufgaben der nationalen Parteien und des Deutschen Reiches.

Lehrbuch der Nationalökonomie für Studirende und Gebildete. Berlin, 1875, Th. Grieben. 3 M.

Grundriss des Allgemeinen Staatsrechts mit besond. Berücks. der Gneist'schen Forschungen und der neuesten preuss. Gesetzgebung. Berlin, 1875, C. Heymann. 3 M.

Aussprüche der deutschen Classiker und Friedrich's d. Gr. über Politik, Nationalökonomie, Kirche und Heerwesen. Zusammengestellt und erläutert. Berlin, 1875, Haude & Spener (F. Weidling). 3 M. In Goldschnitt gebunden 4 M. 20 Pf.

Die Aussichten der russ. Goldproduction (Faucher's Viertelj. für Volksw. 1869 H. 2).

Die Grundrenten-Frage der russ. Goldproduction (Zeitschrift für Staatswiss. 1871 H. 3).

Kritik der Gneist'schen Staatslehre. Ebend. 1872 H. 4.

Zur Tabaksteuer-Frage. Ebend. 1873 H. 3.

Die Frage der Communalsteuer-Freiheit des Reichseinkommens (W. Hartmann's Zeitschrift für Gesetzgebung etc. 1875).

F. X. BEER
kgl. Hofbuchbinde
MÜNCHEN
Lederergasse 25

Walcker, Karl

Die Notenbank- und die Währungs-Frage gemeinfasslich dargestellt

Berlin 1876

Merc. 260 i

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11318552-6